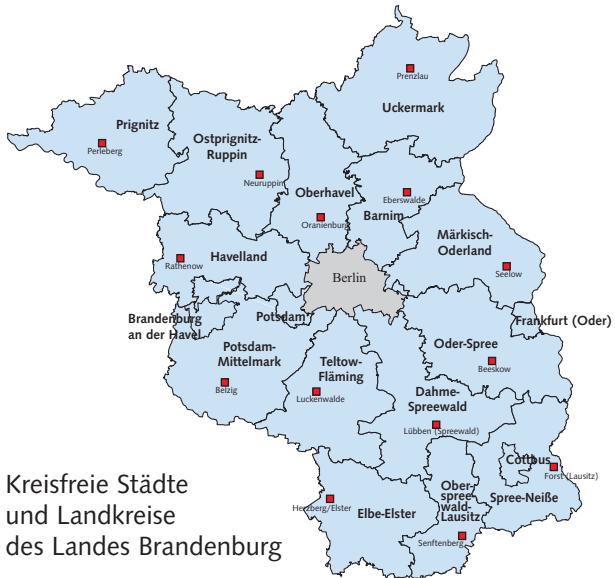


Daten + Analysen

Quartalsheft



| 2006



Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - = nichts vorhanden (genau null)
 - " = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
 - () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
 - / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
 - x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - r = berichtigte Zahl
 - D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
- Abweichungen in den errechneten Werten sind durch Rundungen und Hochrechnungen bedingt.

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 234
Mikrozensus, Arbeitsmarkt
Dr. Jürgen Hübner
Telefon: 0355 4868 - 201
E-Mail: juergen.huebner@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
Internet: [www.LDS-BB.de](http://www LDS-BB.de)
E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

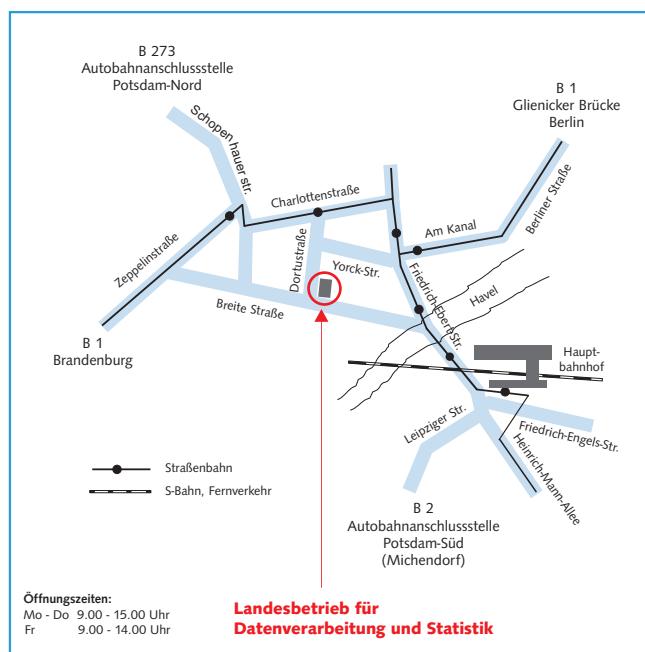
ISSN 1617 - 2809

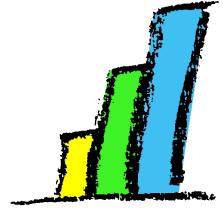
Erschienen im März 2006
Preis: 4,00 EUR

Auskünfte und Vertrieb

- | | |
|---------------------|------------------------|
| Informationsservice | Telefon: 0331 39 - 444 |
| | Fax: 0331 39 - 418 |
| Vertrieb | Telefon: 0331 39 - 496 |
| | Fax: 0331 39 - 418 |

So finden Sie uns:





Daten + Analysen

I 2006

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell.....	5
---------------------	---

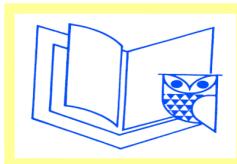
Beiträge	13
----------------	----

Wirtschaftstrends im Überblick – Dezember 2005	13
Raps – eine Ölpflanze mit Zukunft – Teil 2	18
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg	41
Veränderung des Haushaltsnettoeinkommens	57
Neukonzeption der Verdienststatistiken	65
Unternehmen des brandenburgischen Baugewerbes und deren Investitionen 1997 bis 2004	68
Ergebnisse der Bundestagswahl am 18. September 2005 im Land Brandenburg	75
Historisches – Todesursachen 1904 und 2004 –	84
Jahres-Inhaltsverzeichnis 2005	87

Neue Veröffentlichungen.....	89
------------------------------	----

Aus Brandenburg

182 Lehrernachwuchskräfte mit bestandener Zweiter Staatsprüfung



Im Jahr 2005 haben insgesamt 182 Lehramtskandidaten/innen an den vier Staatlichen Studienseminalen in Bernau, Cottbus, Neuruppin und Potsdam ihren zweijährigen Vorbereitungsdienst im Rahmen der Lehrerausbildung beendet und vor dem Landesprüfungsamt die Zweite Staatsprüfung bestanden. Das waren fünf Personen mehr als 2004. 72,5 Prozent der Absolventen waren Frauen. Für das dominierende Lehramt Gymnasium wurden die meisten Nachwuchskräfte in den Fächern Deutsch und Englisch mit Erfolg geprüft.

Weitere 382 Lehramtskandidaten/innen bereiteten sich im Ausbildungsjahr 2005 an den Studienseminalen im Land Brandenburg auf ihre Zweite Staatsprüfung vor. Darunter streben 55,2 Prozent das Lehramt Gymnasium, 13,4 Prozent das Lehramt Berufliche Schulen und 12,6 Prozent das Lehramt Primarstufe an. Die Lehramtskandidaten/innen absolvieren innerhalb ihrer Ausbildung einen theoretischen Teil am Studienseminal und einen praktischen Teil an Schulen im Einzugsbereich des Studienseminals. Insgesamt 38 hauptamtliche/hauptberufliche und 81 nebenamtliche/nebenberufliche Lehrkräfte standen für die Ausbildung des Lehrernachwuchses zur Verfügung. Den Berufswunsch Lehrer/in verwirklichen im Land Brandenburg zu zwei Dritteln Frauen.

Rückläufige Bevölkerungszahl in Brandenburg



Ende September 2005 lebten im Land Brandenburg 2 560 518 Personen, 7 200 Personen weniger als zum Jahresanfang 2005. Dieser Rückgang resultierte zu mehr als 80 Prozent aus dem Sterbeüberschuss, der fünfmal so hoch ausfiel wie der Wanderungsverlust. Es starben 6 000 Personen mehr als Kinder auf die Welt kamen.

Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Jahres 2004 weist die Bevölkerungsbilanz von Januar bis September 2005 annähernd gleiche Ergebnisse aus.

Ohne Zugewinne aus der Bundeshauptstadt Berlin (+ 5 200 Personen) wäre der Wanderungsverlust für Brandenburg von insgesamt rund 1 200 Personen höher ausgefallen. Allein in das Berliner Umland verlor Berlin an Brandenburg per saldo rd. 6 800 Personen. Dadurch konnte der negative Saldo gegenüber den alten Bundes-

ländern (~ 5 900 Personen) fast ausgeglichen werden. In die neuen Bundesländer gingen etwa 800 Personen mehr als von dort nach Brandenburg umzogen. Der Wanderungsgewinn aus dem Ausland lag bei 300 Personen.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen im Land Brandenburg gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozent gestiegen

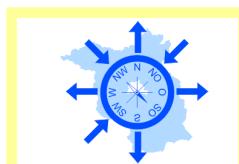


Das Bruttoinlandsprodukt (Summe aller im Land erzeugten Waren und Dienstleistungen) ist im Jahr 2005 nominal um 0,3 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs zurückgegangen. Die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes war 2005 gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent gestiegen. Damit konnte aber die rückläufige Tendenz anderer Wirtschaftsbereiche nicht abgefangen werden.

Dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkten die Ergebnisse im Baugewerbe sowie die Konsolidierungsbemühungen der Öffentlichen Haushalte.

Der verstärkte Abbau der Erwerbstätigkeit führte zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Es betrug 48 161 EUR und erreichte damit 83 Prozent des Bundesdurchschnitts.

Exportboom in Brandenburg setzt sich fort



Die Warenausfuhr Brandenburgs erreichte im November 2005 einen Wert von 610 Millionen EUR und überbot damit das Vorjahresergebnis um 165 Millionen EUR bzw. 37,0 Prozent. Das Exportvolumen erhöhte sich im Zeitraum Januar bis November 2005 auf 6,0 Milliarden EUR. Der Zuwachs gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum betrug 1,1 Milliarden EUR bzw. 23,4 Prozent. Dabei konnte die Ernährungswirtschaft mit einem Plus von 8,9 Prozent als auch die gewerbliche Wirtschaft mit einem Plus von 19,2 Prozent das entsprechende Vorjahresergebnis überbieten.

Mit einem Anteil von 8,5 Prozent an der Gesamtausfuhr Brandenburgs sowie einem Warenwert von 509 Millionen EUR führten pharmazeutische Erzeugnisse die Liste der Hauptexportgüter an. Auf den weiteren Plätzen folgten Luftfahrzeuge, Mineralölerzeugnisse, Blech aus Eisen oder Stahl sowie Sperrholz, Span- und Faserplatten.

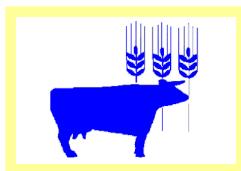
Bei den Hauptausfuhrländern rangierte Polen mit einem Warenwert von 780 Millionen EUR und einem Gesamtanteil von 13,0 Prozent vor den Niederlanden, Italien, den

Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Österreich. Mit 79,7 Prozent ging der größte Teil der ausgeförderten Waren nach Europa, der Anteil der EU-Länder betrug 69,8 Prozent.

Das Importvolumen erreichte in den Monaten Januar bis November 2005 einen Wert von 7,6 Milliarden EUR und lag damit 1,5 Milliarden EUR bzw. 23,9 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Mit 3,3 Milliarden EUR und einem Anteil von 43,6 Prozent an der Gesamteinfuhr Brandenburgs standen Erdöl und Erdgas an der Spitze der Hauptimportgüter. Dahinter folgten Luftfahrzeuge, Personenkraftwagen und Wohnmobile, Kraftmaschinen sowie Koks und Schwellkoks aus Steinkohle oder Braunkohle. Dabei hatte die Russische Föderation mit 44,2 Prozent den größten Importanteil vor Polen, Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten und den Niederlanden.

Die Hälfte des Ackerlandes mit Getreide bestellt



Nach den Ergebnissen aus der Agrarstrukturerhebung 2005 gab es im Mai vergangenen Jahres in Brandenburg 6 668 landwirtschaftliche Betriebe, die rund 1,336 Millionen Hektar bewirtschafteten. Das waren jeweils 0,6 Prozent weniger Betriebe und Fläche als zur Erhebung im Jahre 2003.

In den landwirtschaftlichen Betrieben Brandenburgs waren rund 39 700 Personen beschäftigt, darunter 16 800 in Vollzeit.

5 077 landwirtschaftliche Betriebe wurden als Einzelunternehmen geführt (2003: 5 145 Betriebe), 647 Betriebe gehörten zur Rechtsform einer Personengesellschaft/-gemeinschaft (2003: 641 Betriebe) und 944 Betriebe waren in der Hand einer juristischen Person (2003: 923 Betriebe).

Die durchschnittliche Betriebsgröße blieb mit 200 Hektar gegenüber der Erhebung 2003 nahezu konstant. Ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaftete weniger als 10 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF), 35 Prozent bewirtschafteten zwischen 10 und 100 Hektar und 26 Prozent zwischen 100 bis 1 000 Hektar. 6 Prozent der Betriebe verfügen über 1 000 Hektar LF und bewirtschaften 49 Prozent der LF im Land Brandenburg.

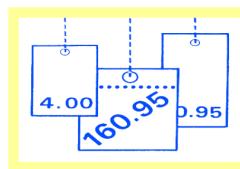
Die ackerbauliche Flächennutzung hat sich gegenüber 2003 nicht geändert. Fast 52 Prozent des Ackerlandes wurden mit Getreide bestellt (darunter ein Drittel mit Roggen), 16 Prozent mit Futterpflanzen, 14 Prozent mit

Handelsgewächsen (darunter drei Viertel mit Winterraps), und 12 Prozent der Ackerflächen waren der Brache zuzuordnen.

81 Prozent der LF waren im Mai 2005 Pachtflächen und 70 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschafteten Pachtflächen. Damit setzt sich der Trend des Pachtflächenrückgangs weiter fort. Im Jahre 2003 waren 86 Prozent der LF Pachtflächen und 1999 noch 89 Prozent.

Von den Brandenburger Landwirtschaftsbetrieben betrieben rund 4 800 die Tierproduktion. Am 3. Mai 2005 hielten rund 3 100 Betriebe in ihren Ställen 580 900 Rinder, rund 1 600 Betriebe 7,454 Millionen Stück Geflügel insgesamt, rund 1 100 Betriebe 773 600 Schweine und rund 650 Betriebe 136 500 Schafe.

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg im Monat Februar 2006



Der Verbraucherpreisindex für das Land Brandenburg erhöhte sich von Januar 2006 bis Februar 2006 um 0,4 Prozent auf einen Indexstand von 110,4 (Basis 2000 = 100). Die Jahresteuерungsrate gegenüber Februar 2005 betrug + 2,4 Prozent.

Der Anstieg des Verbraucherpreisindex binnen Monatsfrist ist vordergründig auf saisonale Einflüsse zurückzuführen. So musste der Verbraucher im Februar 2006 wieder mehr für Urlaubsreisen bezahlen als im Monat zuvor. Pauschalreisen verteuerten sich um 8,8 Prozent und die Miete für Ferienwohnungen um 14,7 Prozent. Auch für Gemüse und Frischfisch lagen die Preise deutlich über dem Vormonatsniveau. Preiszunahmen von 0,4 Prozent wurden für Bekleidung und Schuhe ermittelt. Weitere nennenswerte Preiserhöhungen waren bei Heizöl, Gas und Umlagen für Zentralheizung zu verzeichnen.

Günstig für den Verbraucher zeigte sich im Februar 2006 die Preisentwicklung für Kraftstoffe mit einer Senkung um 2,2 Prozent.

Der Vergleich mit dem Preisniveau von Februar 2005 ergab eine Teuerung von + 2,4 Prozent. Weiterhin haben die Energiepreise maßgeblichen Einfluss auf das Niveau der jährlichen Teuerung. Sie sind verglichen mit Februar 2005 um 15 Prozent angestiegen. So kosteten jetzt Heizöl 34,6 Prozent, Gas 17,1 Prozent, Strom 6,4 Prozent, Umlagen für Zentralheizung 21,8 Prozent und Kraftstoffe 12,7 Prozent mehr als im Februar des Vorjahrs. Ohne die Einrechnung der Preise für Energie wäre der Verbraucherpreisindex nur um 1,1 Prozent angestiegen. Merklich teurer als vor einem Jahr waren auch Obst, Gemüse, Kaffee, Tabakwaren, Verkehrs-, Freizeit-, Kultur-, Bil-

dungs-, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie Dienstleistungen sozialer Einrichtungen.

Preisnachlässe waren weiterhin für Telekommunikation, Heimelektronik sowie Haushaltsgroßgeräte zu beobachten.

1 004 Tausend Erwerbstätige in Brandenburg im Jahr 2005



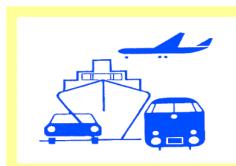
Im Land Brandenburg waren im Jahresdurchschnitt 2005 ca. 1 004 Tausend Personen erwerbstätig. Die Zahl der Erwerbstätigen sank gegenüber 2004 um ca. 10,6 Tausend Personen bzw. 1,0 Prozent. Trotz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, wie die Ausweitung von Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs), kam es in Brandenburg zu einem Beschäftigungsrückgang.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Beschäftigungsverluste in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr durch den Gewinn an Arbeitsplätzen in den Bereichen Finanzierung und Unternehmensdienstleister sowie öffentliche und private Dienstleister nicht kompensiert werden.

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Brandenburg im Vergleich zum Jahr 2004 zeigt die folgende Tabelle:

Erwerbstätige im Land Brandenburg im Jahr 2004 und 2005 nach Wirtschaftsbereichen			
Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige		Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	2004	2005	
	1 000		%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	39,9	37,5	- 6,0
Produzierendes Gewerbe	231,0	223,3	- 3,3
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	255,3	252,4	- 1,1
Finanzierung und Unternehmensdienstleister	133,8	135,2	+ 1,1
Öffentliche und Private Dienstleister	355,1	356,0	+ 0,3
Land Brandenburg	1 015,0	1 004,4	- 1,0

Jeder 14. Guest kam aus dem Ausland



Die Beherbergungsstätten mit mindestens neun Gästebetten und die Campingplätze mit Urlaubscamping im Land Brandenburg meldeten im November 2005 steigende Gästezahlen, aber weniger Übernachtungen. Rund 205 Tausend Besucher, darunter 15 Tausend Ausländer, buchten 514 Tausend Übernachtungen. Das waren 1,6 Prozent mehr Besucher als im November 2004. Die Zahl der Übernachtungen insgesamt nahm um 1,5 Prozent ab, erfreulicherweise stieg der Anteil der ausländischen Gäste aber um 11,6 Prozent.

In jeweils sechs von 13 Reisegebieten wurde ein Anstieg der Gästeankünfte und Übernachtungen verzeichnet. Am günstigsten stellte sich im November 2005 die Landeshauptstadt Potsdam dar, hier wurden 15,9 Prozent mehr Gäste und 11,9 Prozent mehr Übernachtungen gemeldet.

Von Januar bis November besuchten insgesamt 3,2 Millionen Gäste das Land Brandenburg und buchten 8,9 Millionen Übernachtungen. Das waren 3,2 Prozent mehr Gäste und ein Plus von 1,4 Prozent bei den Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug von Januar bis November 2,7 Tage.

Die angebotenen Betten in Beherbergungsbetrieben mit mindestens neun Gästebetten wurden in den zurückliegenden elf Monaten des Jahres 2005 durchschnittlich zu 33,6 Prozent ausgelastet (32,9 Prozent im Jahr 2004). Die Übernachtungszahlen in den Betrieben der Hotellerie stiegen im Zeitraum Januar bis November 2005 um 2,5 Prozent auf über 4,6 Millionen. Mit 10,4 Prozent war der Zuwachs bei den Jugendherbergen und Hütten im Bereich des sonstigen Beherbergungsgewerbes deutlich höher als im Durchschnitt aller Beherbergungsbetriebe (+ 1,4 Prozent).

Verdienste 2005 durchschnittlich um 2,8 Prozent gestiegen



Im Jahr 2005 betrug der durchschnittliche Bruttonatatsverdienst eines vollzeitbeschäftigen Arbeitnehmers in Brandenburg 2 333 EUR. Das waren 2,8 Prozent bzw. 64 EUR mehr als 2004. Frauen erhielten im Durchschnitt 2 191 EUR und Männer 2 395 EUR. Der Anstieg betrug bei beiden Geschlechtern 2,8 Prozent. Das entsprach bei den Männern 65 EUR und bei den Frauen 59 EUR brutto monatlich mehr als 2004.

Zwischen den Wirtschaftszweigen gibt es große Verdienstunterschiede. Am besten wurde 2005 in der Energieversorgung mit durchschnittlich monatlich 3 096 EUR verdient. Es folgten der Fahrzeugbau mit 2 782 EUR, der Bergbau mit 2 733 EUR und die Wasserversorgung mit 2 679 EUR.

Weniger als 2 000 EUR brutto im Monat erhielten Arbeitnehmer unter anderem im Hoch- und Tiefbau (1 967 EUR), im Ernährungsgewerbe (1 937 EUR), in der Möbelindustrie (1 811 EUR) sowie in der Recyclingwirtschaft (1 777 EUR). Deutliche Verdienststeigerungen von 2,4 Prozent verzeichnete 2005 das Textil- und Bekleidungsgewerbe, in dem mit 1 326 EUR bei großem Abstand am wenigsten verdient wurde.

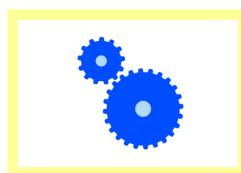
Für das gesamte produzierende Gewerbe wurde 2005 ein durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von 2 346 EUR ermittelt. Der Zuwachs gegenüber 2004 betrug 2,6 Prozent bzw. 60 EUR.

In den Dienstleistungsbereichen Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, in denen die Verdienste ausschließlich für Angestellte erfasst werden, war der Verdienstzuwachs 2005 mit 3,3 Prozent etwas höher als im produzierenden Gewerbe. Der Durchschnittsverdienst betrug 2 295 EUR. Das waren 74 EUR mehr als 2004.

Im Handel stiegen die Monatsverdienste vollzeitbeschäftigter Angestellter um 2,6 Prozent auf durchschnittlich monatlich 2 118 EUR. Der Zuwachs betrug 54 EUR. Das Kredit- und Versicherungsgewerbe legte um 4,6 Prozent zu. Der Bruttomonatsverdienst betrug 2 775 EUR. Das waren 121 EUR mehr als 2004.

Aus Deutschland

Verarbeitendes Gewerbe im Jahr 2005: – 1,4 Prozent Beschäftigte; + 4,6 Prozent Umsatz



Im Jahresschnitt 2005 waren 5,9 Millionen Personen in den Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten tätig. Dies sind 87 000 Personen oder 1,4 Prozent weniger als im Jahresschnitt 2004.

2005 wurden 9 179 Millionen Arbeitsstunden geleistet; 1,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Lohn- und Gehaltsumme lag mit 226,2 Milliarden EUR nur wenig höher (+ 0,1 Prozent) als 2004. Gegenüber 2004 stiegerte sich der Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) um 4,6 Prozent auf 1 488,6 Milliarden EUR. Dabei nahmen der Inlandsumsatz um 3,0 Prozent auf 885,0 Milliarden

EUR und der Auslandsumsatz um 7,0 Prozent auf 603,6 Milliarden EUR zu.

Die Gesamtumsätze wichtiger Branchen entwickelten sich im Jahr 2005 überwiegend positiv. Überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen gegenüber dem Vorjahr wurden vor allem in der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie in der Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Bruststoffen mit 12,8 Prozent beziehungsweise 12,1 Prozent erwirtschaftet. Leicht überdurchschnittlich nahmen die Umsätze in den folgenden Branchen zu: Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+ 6,9 Prozent), Herstellung von Metallerzeugnissen (+ 5,3 Prozent), Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+ 5,3 Prozent) sowie Maschinenbau (+ 5,2 Prozent).

Deutlich unterdurchschnittlich war das Umsatzplus in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren mit 3,3 Prozent, im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe mit 1,6 Prozent und im Ernährungsgewerbe mit 1,4 Prozent. In der Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik erhöhte sich der Umsatz um 1,0 Prozent. Einen starken Umsatrückgang musste die Tabakverarbeitung mit 10,5 Prozent hinnehmen.

Ende Dezember 2005 beschäftigten die Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes 5,9 Millionen Personen (– 1,3 Prozent). Mit 129,3 Milliarden EUR lag der Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) im Dezember 2005 um 6,8 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Erneuter Bevölkerungsrückgang für 2005 erwartet



Nach einer Schätzung ist die Einwohnerzahl Deutschlands 2005 leicht zurückgegangen. Ende 2005 dürften noch etwa 82,45 Millionen Personen in Deutschland gelebt haben. Ende 2004 waren es 82,50 Millionen gewesen.

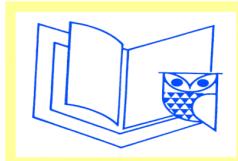
Für das Jahr 2005 ist mit circa 820 000 bis 830 000 Sterbefällen und damit nur einer geringen Veränderung gegenüber 2004 (818 000) zu rechnen. Dagegen dürfte die Zahl der Lebendgeborenen, die 2004 rund 706 000 betragen hatte, deutlich auf etwa 680 000 bis 690 000 zurückgegangen sein. Damit sind 2005 voraussichtlich etwa 140 000 mehr Menschen gestorben als Kinder zur Welt kamen. 2004 hatte dieses Geburtedefizit 113 000 Personen betragen.

Der Wanderungsüberschuss gegenüber dem Ausland dürfte 2005 bei etwa 90 000 bis 100 000 Personen ge-

legen haben. 2004 waren 83 000 mehr Personen aus dem Ausland nach Deutschland zugezogen als von hier weggezogen. Damit wird 2005 wie bereits 2004 das Geburtendefizit nicht durch den Wanderungsüberschuss ausgeglichen werden können.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Immer mehr Abiturienten mit Fachhochschulreife



Im Jahr 2004 erwarben rund 386 900 Jugendliche die Hochschul- oder Fachhochschulreife, das sind 41,5 Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung.

Knapp ein Drittel der Abiturienten erhielt die Fachhochschulreife. Dieser Anteil ist seit dem Jahr 2000 um nahezu ein Viertel von 26 Prozent auf 32 Prozent gestiegen. Die Fachhochschulreife wurde zu rund 90 Prozent in beruflichen Schulen erworben, insbesondere an Fachoberschulen (40 Prozent), Berufsfachschulen (28 Prozent) und Fachschulen (17 Prozent). Die Gesamtzahl der Absolventen mit Fachhochschulreife stieg seit dem Jahr 2000 deutlich um 33 500 (+ 37 Prozent) auf 123 400.

Dagegen erhöhte sich die Zahl der Absolventen mit Hochschulreife gegenüber dem Jahr 2000 lediglich um 5 800 (+ 2 Prozent). Die Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife erwarben ihren Abschluss auch 2004 weitgehend an allgemein bildenden Schulen, insbesondere an Gymnasien (77 Prozent) und Integrierten Gesamtschulen (6 Prozent). Die Schulen des Zweiten Bildungswegs (Abendgymnasien und Kollegs) spielten mit einem Anteil von 2 Prozent eine relativ geringe Rolle. Rund 14 Prozent der Abiturienten mit allgemeiner Hochschulreife erhielten diesen Abschluss an beruflichen Schulen, vor allem an Fachgymnasien (11 Prozent).

Im Jahr 2004 nahmen 36 Prozent der insgesamt 386 900 studienberechtigten Schulabgänger noch im gleichen Jahr ein Hochschulstudium auf. Abhängig von ihrer individuellen Lebensplanung schreiben sich viele Studienberechtigte erst mehrere Jahre nach ihrem Schulabschluss an einer Hochschule ein. Von 347 500 studienberechtigten Schulabgängern des Jahres 2000 hatten sich bis Ende 2004 fast drei Viertel (73 Prozent) für ein Hochschulstudium entschieden.

Nach einer Empfehlung des Wissenschaftsrates soll der Anteil der Studienberechtigten und damit der potenziellen Studienanfänger an der Bevölkerung gesteigert werden, um einem Mangel an wissenschaftlichen Nachwuchskräften vorzubeugen. Die „Studierneigung“ der Schulabgänger ist allerdings je nach Abschlussart unterschiedlich ausgeprägt: Von den Schulabgängern, die im Jahr 2000

die allgemeine Hochschulreife erworben hatten, entschieden sich bis Ende 2004 rund 82 Prozent für ein Studium. Bei den Schulabgängern mit Fachhochschulreife waren es weniger als die Hälfte (47 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt

1 274 Brauereien im Jahr 2005 in Deutschland

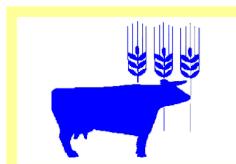


Im Jahr 2005 gab es in Deutschland 1 274 Brauereien. Ungefähr die Hälfte der Brauereien (623) befand sich in Bayern. Mehr als 100 Brauereien hatten außerdem in Baden-Württemberg (170 Brauereien) und Nordrhein-Westfalen (115) ihren Sitz.

Seit Mitte der 90er Jahre ist die Zahl der Brauereien weitgehend konstant geblieben (1995 gab es 1 282 Brauereien). Allerdings stieg die Zahl der kleinen Brauereien mit bis zu 5 000 Hektoliter Jahreserzeugung, zu denen auch die Gaststättenbrauereien zählen, von 643 Brauereien 1995 auf 804 im Jahr 2005 (+ 25,0 Prozent). Dagegen sank die Zahl der Brauereien mit einer Jahreserzeugung von 5 000 Hektoliter bis 500 000 Hektoliter deutlich um 28 Prozent von 585 im Jahr 1995 auf 421 im Jahr 2005. Bei den Großbrauereien mit mehr als 500 000 Hektolitern gab es ebenfalls einen Rückgang (– 54 im Jahr 1995, – 49 im Jahr 2005).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Schweinefleischproduktion auf Rekordniveau



Im Jahr 2005 wurden insgesamt 6,7 Millionen Tonnen Fleisch aus gewerblichen Schlachtungen erzeugt. Den Hauptanteil an der Fleischerzeugung hatte Schweinefleisch mit knapp 4,5 Millionen Tonnen. Damit erreichte Schweinefleisch einen Anteil von 67 Prozent an der gesamten Fleischerzeugung aus gewerblichen Schlachtungen, gefolgt von Rind- und Kalbfleisch mit 1,1 Millionen Tonnen (17,2 Prozent) und Geflügelfleisch mit 1,0 Millionen Tonnen (15,5 Prozent).

Die Zahl der gewerblichen Schweineschlachtungen ist gegenüber 2004 um 1,9 Millionen Tiere oder 4,3 Prozent auf einen neuen Höchststand von 47,8 Millionen Tieren gestiegen. Dabei erhöhten sich sowohl die Schlachtungen von Schweinen inländischer Herkunft (+ 1,4 Millionen; + 3,3 Prozent) als auch die von Schweinen ausländischer Herkunft (+ 0,52 Millionen Tiere; + 19,1 Prozent). Die Schlachtungen von Schweinen ausländischer Herkunft erreichten damit 2005 einen Anteil von 6,7 Prozent an allen

gewerblichen Schlachtungen von Schweinen; im Jahr 2004 waren es noch 5,9 Prozent.

Die Zahl der geschlachteten Rinder (einschließlich Kälber) ging im abgelaufenen Jahr um 358 000 oder 8,8 Prozent auf 3,7 Millionen Tiere zurück. Eine wesentliche Ursache hierfür ist der Wegfall der Schlachtprämie für männliche Rinder im Frühjahr 2005. Entsprechend gab es bei den Schlachtungen von Ochsen und Bullen ein Minus von 11,4 Prozent, gefolgt von einem Rückgang der Färsenschlachtungen um 10,8 Prozent. Die Schlachtungen von Kühen sanken dagegen nur um 6,2 Prozent und die von Kälbern um 5,2 Prozent.

Die Erzeugung von Geflügelfleisch ist gegenüber 2004 geringfügig um 1,3 Prozent gestiegen. Hier hatte Jungmasthühnerfleisch mit 566 000 Tonnen den größten Anteil (54,9 Prozent), gefolgt von Truthuhnfleisch mit 385 000 Tonnen (37,3 Prozent). Die Produktion von Jungmasthühnerfleisch stieg um 3,3 Prozent, die von Entenfleisch um 8,3 Prozent. Dagegen sank die Erzeugung von Truthuhnfleisch um 1,5 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Einführpreise für OPEC-Rohöl seit Dezember 2003 um 87,6 Prozent gestiegen

49 000 Beschäftigte befanden sich bereits in der Freistellungsphase der Altersteilzeit und waren damit aus dem aktiven Dienst ausgeschieden.

Von den Beschäftigten in Altersteilzeit waren 67 000 Beamte (einschließlich Richter), 112 000 Angestellte und 27 000 Arbeiter. Damit war jeder dritte Angestellte (33 Prozent), fast jeder vierte Arbeiter (knapp 25 Prozent) und knapp 21 Prozent der Beamten (einschließlich Richter) über 55 Jahre in Altersteilzeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Altersteilzeit im öffentlichen Dienst: Blockmodell am beliebtesten

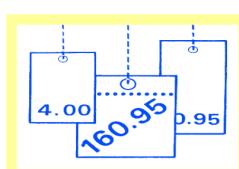


Mitte 2004 hatten nach Ergebnissen der Personalstandsstatistik 206 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes von der gesetzlich oder tarifvertraglich geregelten Möglichkeit einer

Altersteilzeitbeschäftigung Gebrauch gemacht; das waren 33 000 oder 16 Prozent mehr als Mitte 2003. Damit war gut jeder vierte Beschäftigte (27 Prozent) im öffentlichen Dienst im Alter zwischen 55 und 65 Jahren in Altersteilzeit. Beim Bund waren dies 39 Prozent, bei den Ländern 24 Prozent und bei den Gemeinden 27 Prozent.

Über 172 000 der Altersteilzeitbeschäftigten haben sich für das Blockmodell entschieden, das eine frühere Beendigung des aktiven Berufslebens ermöglicht. Das sind 84 Prozent aller Beschäftigten in Altersteilzeit. Nur 34 000 (16 Prozent) nutzten das Teilzeitmodell, das einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglicht. Die einzelnen Altersteilzeitmodelle werden von den Beschäftigten des Bundes, der Länder und der Gemeinden unterschiedlich genutzt. Während beim Bund nur knapp 5 Prozent das Teilzeitmodell nutzten, waren es bei den Gemeinden 18 Prozent und bei den Ländern 20 Prozent.

Von den 172 000 Beschäftigten, die das Blockmodell nutzten, standen Mitte 2004 gut 123 000 ihrem Arbeitgeber noch in vollem Umfang zur Verfügung; knapp



Die Preise für nach Deutschland eingeführtes Rohöl haben sich in den letzten beiden Jahren außergewöhnlich erhöht, nachdem in den Jahren 2001 bis 2003 die Preisentwicklung relativ ruhig verlaufen war. Zwischen Dezember 2003 und Dezember 2005 verteuerten sich die Ölimporte um 90,8 Prozent (darunter aus OPEC-Ländern + 87,6 Prozent beziehungsweise aus Nicht-OPEC-Ländern + 92,0 Prozent). Ursache war vor allem die erhöhte weltweite Nachfrage. Hierbei ist insbesondere der sprunghaft gestiegene Bedarf Chinas und Indiens aber auch der USA hervorzuheben. Daneben sorgten auch temporäre Sondereinflüsse für zusätzliche Ausschläge der Ölpreise. Dazu gehören zum Beispiel die Produktionsausfälle in Venezuela infolge von Streiks (August 2004) oder die Hurrikan-Katastrophe in den USA (August/September 2005).

Mit den Preiserhöhungen beim Rohöl verteuerten sich in den letzten Jahren auch sämtliche Mineralölprodukte. Dies wurde durch eine zunehmende Verknappung der weltweiten Raffineriekapazitäten verstärkt: Zwischen 2000 und 2004 erhöhte sich der weltweite jährliche Mineralölverbrauch um knapp 241 Millionen Tonnen, während gleichzeitig die weltweit verfügbaren Raffineriekapazitäten nur um ca. 62 Millionen Tonnen zunahmen.

Die Folgen bekamen auch die deutschen Verbraucher zu spüren. So erhöhten sich die Verbraucherpreise für Normalbenzin zwischen Dezember 2003 und Dezember 2005 um 15,9 Prozent, für Superbenzin um 15,7 Prozent, für Diesel um 26,3 Prozent und für leichtes Heizöl um 64,5 Prozent.

Die drastischen Preissteigerungen bei Rohöl schlagen auf die Verbraucherpreise durch – wenn auch in deutlich geringerem Umfang –, da der größte Teil der Kraftstoffpreise aus der Mineralölsteuer besteht, deren Höhe sich seit Januar 2003 nicht verändert hat. Die reinen Rohstoff-

kosten haben nur einen relativ geringen Anteil an den jeweiligen Verbraucherpreisen. Nach Angaben des Mineralölwirtschaftsverbandes trugen zum Beispiel im Dezember 2005 die Rohstoffkosten bei Superbenzin nur zu etwa 26 Prozent zum Gesamtpreis bei.

Betrachtet man die Auswirkungen der drastischen Rohstoffpreisseigerungen auf die reinen Produktpreise (ohne Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer und andere Abgaben), so ergaben sich im Dezember 2005 im Vergleich zum Dezember 2003 folgende Preisanstiege: Normalbenzin + 84,4 Prozent, Superbenzin + 85,2 Prozent, Diesel + 90,3 Prozent und leichtes Heizöl + 96,7 Prozent (Quelle: Mineralölwirtschaftsverband e. V.).

Für Deutschland, das 97 Prozent seines Ölbedarfs durch Importe decken muss, ist die Bedeutung der Einfuhren aus den OPEC-Ländern in den letzten Jahrzehnten spürbar zurückgegangen. Stammten zu Beginn der 1970er Jahre noch mehr als 90 Prozent der deutschen Ölimporte aus den OPEC-Staaten, so verringerte sich dieser Anteil im Laufe der Zeit kontinuierlich auf circa 20 Prozent im Jahr 2004. Insbesondere die Erschließung der Ölreserven in der Nordsee und die Ausweitung der Importe aus der Sowjetunion beziehungsweise Russland verringerten die Abhängigkeit vom OPEC-Öl, die vor allem während der beiden Ölkrisen Mitte und Ende der 1970er Jahre negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft hatte. Im Jahr 2004 importierte Deutschland insgesamt rund 110 Millionen Tonnen Rohöl. Die wichtigsten Lieferländer waren dabei Russland (37,1 Millionen Tonnen), Norwegen (21,8 Millionen Tonnen) und Großbritannien (13,0 Millionen Tonnen). Erst auf dem vierten Platz folgt mit Libyen (12,8 Millionen Tonnen) ein OPEC-Mitglied.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Absatz von versteuerten Zigaretten nahm im Jahr 2005 um 14 Prozent ab



Im Jahr 2005 wurden in Deutschland Tabakwaren im Kleinverkaufswert (Verkaufswert im Handel) von 24 Milliarden EUR versteuert, das war rund eine Milliarde EUR mehr als im Vorjahr (+ 4,6 Prozent). Dieser Betrag ergibt sich aus dem Steuerzeichenbezug von Herstellern und Händlern nach Abzug von Steuererstattungen für zurückgegebene Banderolen (Netto-Bezug).

Während die Menge der versteuerten Zigaretten im Jahr 2005 um 14,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr abnahm, wurde beim Feinschnitt eine deutliche Zunahme um 37 Prozent verzeichnet. Zum Feinschnitt zählt neben der

klassischen, losen Variante auch vorportionierter Tabak, sogenannte Sticks. Für diese Steckzigaretten wird nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs ab dem 1. April 2006 statt der ermäßigten Steuer für Feinschnitt der weitaus höhere Satz für Fertig-Zigaretten fällig. Der klassische Feinschnitttabak zum Selberdrehen ist von dem Urteil nicht betroffen.

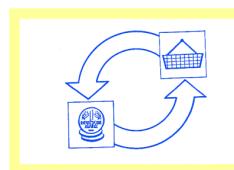
Die Steuerwerte der abgesetzten Tabakwaren-Banderolen betrugen für das Berichtsjahr 2005 insgesamt 14,4 Milliarden EUR (+ 4,5 Prozent).

Im Berichtsjahr wurden die Steuern für alle Tabakwaren zum 1. September 2005, im Jahr 2004 zum 1. März und zum 1. Dezember erhöht. Der dreistufigen Tabaksteuererhöhung lag das Ziel zugrunde, über die Steuer-Mehreinnahmen die Gesetzliche Krankenversicherung zu entlasten und gleichzeitig den Tabakkonsum zu verringern. Ein Vergleich der Tabaksteuereinnahmen für die 22 Monate nach der 1. Stufe der Tabaksteueranhebung zum 1. März 2004 mit den Einnahmen aus den Vergleichsmonaten vor der Steueranhebung ergibt eine rechnerische Mindereinnahme von rund 200 Millionen EUR für alle Tabakerzeugnisse. Die rechnerische Mindereinnahme bei Zigaretten in Höhe von 1,6 Milliarden EUR wurde dabei zum großen Teil durch Mehreinnahmen beim Feinschnitt in Höhe von circa 1,4 Milliarden EUR kompensiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Aus Europa

BIP in der Eurozone um 0,3 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 0,4 Prozent gestiegen



Im Vergleich zum Vorquartal ist im vierten Quartal 2005 das BIP in der Eurozone um 0,3 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU um 0,4 Prozent angestiegen, wie aus den veröffentlichten Schnellschätzungen von Eurostat hervorgeht. Im dritten Quartal 2005 betrug die Wachstumsrate noch + 0,6 Prozent in beiden Gebieten.

Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres ist das BIP im vierten Quartal 2005 in der Eurozone um 1,7 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU um 1,8 Prozent gestiegen, nach + 1,6 Prozent bzw. + 1,8 Prozent im Vorquartal.

Im Verlauf des vierten Quartals 2005 stieg das BIP der Vereinigten Staaten um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal an, nach + 1,0 Prozent im dritten Quartal 2005.

Für das gesamte Jahr 2005 ist das BIP in der Eurozone um 1,3 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU um 1,6 Prozent gestiegen, nach entsprechenden Werten von + 2,1 Prozent bzw. + 2,4 Prozent im Jahr 2004. In den Vereinigten Staaten betrug das BIP-Wachstum für das Jahr 2005 + 3,5 Prozent, nach + 4,2 Prozent im Jahr 2004.

Quelle: Eurostat

Arbeitslosenquote der Eurozone auf 8,4 Prozent gestiegen



Im Dezember 2005 betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der Eurozone 8,4 Prozent gegenüber 8,3 Prozent im Vormonat. Im Dezember 2004 hatte sie 8,8 Prozent betragen.

Die Arbeitslosenquote in den 25 Mitgliedstaaten der EU belief sich im Dezember 2005 auf 8,5 Prozent und blieb damit gegenüber November unverändert. Im Dezember 2004 hatte sie bei 9,0 Prozent gelegen.

Die niedrigsten Quoten wurden im Dezember 2005 in Irland (4,3 Prozent), Dänemark (4,4 Prozent), in den Niederlanden (4,7 Prozent), im Vereinigten Königreich (4,9 Prozent im Oktober) und in Österreich (5,2 Prozent) verzeichnet. Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten Polen (17,2 Prozent), die Slowakei (16,1 Prozent), Griechenland (10,1 Prozent im dritten Quartal 2005), Deutschland (9,5 Prozent) und Frankreich (9,2 Prozent).

Sechzehn Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang der Arbeitslosenquote, in zwei Staaten blieb die Quote unverändert und in sechs stieg sie an. Der stärkste relative Rückgang wurde in Litauen (von 10,2 Prozent auf 6,8 Prozent), Estland (von 8,7 Prozent auf 6,7 Prozent), Spanien (von 10,3 Prozent auf 8,5 Prozent), Lettland (von 10,0 Prozent auf 8,3 Prozent) und Dänemark (von 5,2 Prozent auf 4,4 Prozent) beobachtet. Den stärksten relativen Anstieg verzeichneten Luxemburg (von 5,0 Prozent auf 5,6 Prozent), Ungarn (von 6,6 Prozent auf 7,3 Prozent), das Vereinigte Königreich (von 4,6 Prozent im Oktober 2004 auf 4,9 Prozent im Oktober 2005) und Portugal (von 7,1 Prozent auf 7,5 Prozent).

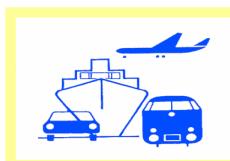
Vergleicht man den Dezember 2005 mit dem Dezember 2004, so sank die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 7,6 Prozent auf 7,2 Prozent, während sie in den 25 Mitgliedstaaten der EU von 8,1 Prozent auf 7,6 Prozent zurückging. Die Arbeitslosenquote der Frauen verringerte sich in der Eurozone von 10,3 Prozent auf 9,9 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU von 10,1 Prozent auf 9,7 Prozent.

Die Arbeitslosenquote für die unter 25-Jährigen betrug im Dezember 2005 in der Eurozone 17,6 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten der EU 18,4 Prozent. Im Dezember 2004 hatte sie bei 18,2 Prozent bzw. 18,8 Prozent gelegen. Die niedrigsten Quoten für die unter 25-Jährigen wurden in den Niederlanden (8,1 Prozent), in Dänemark (8,2 Prozent) und in Irland (8,5 Prozent) verzeichnet, die höchsten in Polen (35,5 Prozent), der Slowakei (30,4 Prozent) und in Griechenland (26,8 Prozent im dritten Quartal 2005).

Eurostat schätzt ein, dass im Dezember 2005 in der Eurozone 12,2 Millionen und in den 25 Mitgliedstaaten der EU insgesamt 18,6 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren. Dabei handelt es sich um saisonbereinigte Zahlen, die gemäß den Kriterien der ILO erstellt wurden.

Quelle: Eurostat

Personenbeförderung im Luftverkehr ist im Jahr 2004 um 8,8 Prozent gestiegen



Im Jahr 2004 stieg die Gesamtzahl der Fluggäste in den 25 Mitgliedstaaten der EU um 8,8 Prozent auf 650 Millionen. Davon wurden 24 Prozent auf innerstaatlichen Flügen befördert, 42 Prozent auf Flügen innerhalb der EU und 34 Prozent auf Extra-EU-Flügen.

London/Heathrow war auch im Jahr 2004 mit 67 Millionen Passagieren der Flughafen in der EU mit den meisten Fluggästen; er verzeichnete einen Anteil von rund 10 Prozent aller Fluggäste in der EU und einen Anstieg um 6,2 Prozent gegenüber 2003. Auf den Plätzen zwei und drei folgten Paris/Charles-de-Gaulle (+ 6,1 Prozent) und Frankfurt (+ 5,6 Prozent) mit jeweils knapp unter 51 Millionen Fluggästen, gefolgt von Amsterdam (42 Millionen) und Madrid (38 Millionen). Prag/Ruzyně lag mit 9,6 Millionen Fluggästen weiterhin an der Spitze der Flughäfen in den neuen Mitgliedstaaten und nahm den 27. Rang ein, nach Platz 36 im Jahr 2003.

Zwar stiegen die Passagierzahlen im Jahr 2004 in allen Mitgliedstaaten an, doch verzeichneten sieben der neuen Mitgliedstaaten Zuwächse von über 25 Prozent. Der kräftigste Anstieg wurde in der Slowakei verzeichnet (+ 73 Prozent); es folgten die drei baltischen Länder Lettland (+ 49 Prozent), Estland (+ 40 Prozent) und Litauen (+ 38 Prozent). Am geringsten fiel der Zuwachs in Portugal und Luxemburg aus (jeweils + 4 Prozent).

Quelle: Eurostat

Wirtschaftstrends im Überblick – Dezember 2005

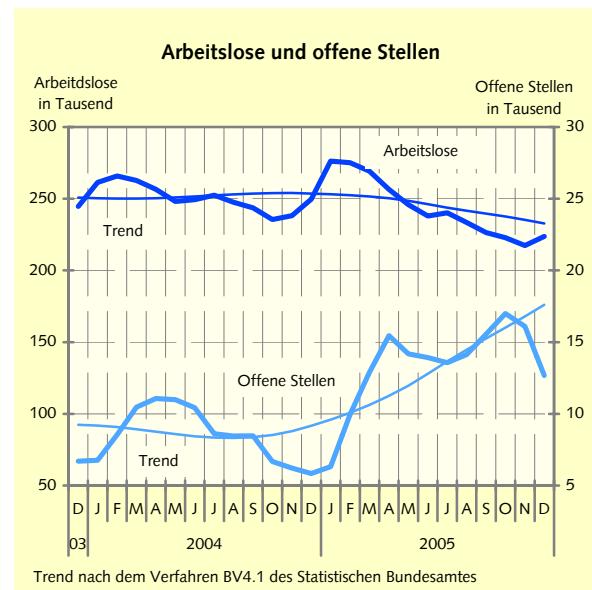
Die Zahl der Arbeitslosen in Brandenburg verminderte sich im Dezember 2005 gegenüber dem Dezember 2004 um 2,0 Prozentpunkte oder 10,4 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Produktionsindex und der Umsatz eine weiterhin langfristig ansteigende Tendenz bei sinkenden Beschäftigtenzahlen. Das Bauhauptgewerbe befindet sich dagegen nach wie vor in einer schwierigen Situation; neben der Beschäftigtenzahl waren auch die Auftragseingänge rückläufig. Beim Umsatz kam es durch Sondereffekte zu einer kurzzeitigen Stabilisierung des ansonsten leicht fallenden Trends. Der brandenburgische Einzelhandel meldete langfristig leicht fallende nominale Umsätze bei ebenfalls sinkenden Beschäftigtenzahlen. Eine ähnliche Tendenz war in leicht abgeschwächter Form – besonders beim Umsatz – auch im Gastgewerbe zu beobachten. Die brandenburgischen Aus- und Einfuhren legten – nach wie vor ungebrochen – sehr lebhaft zu. Der Verbraucherpreisindex stieg langfristig wieder stärker; die Inflationsrate lag bei 2,4 Prozent zum Vojahresmonat.

Die gemeinsame Konjunkturumfrage der berliner und brandenburgischen Industrie- und Handelskammern vom Februar 2006 signalisiert eine deutlich positive Stimmung. Die Prognosen der befragten Unternehmen deuten darauf hin, dass dieser positive Trend im Jahr 2006 anhalten wird. Der **Konjunkturklimaindex** ist auf 110 Punkte angestiegen – so hoch, wie in den letzten 10 Jahren nicht mehr. Die Signale sind jedoch noch nicht konstant genug, um von einem Aufschwung in der Region zu sprechen.



Von den brandenburgischen Arbeitsämtern wurden Ende Dezember 2005 mit 223 737 Personen rund 3,0 Prozent weniger **Arbeitslose** als im November 2005 registriert. Im Vergleich zum Dezember 2004 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 10,4 Prozent oder um 2,0 Prozentpunkte, das sind 25 923 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Brandenburgs betrug auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbs-

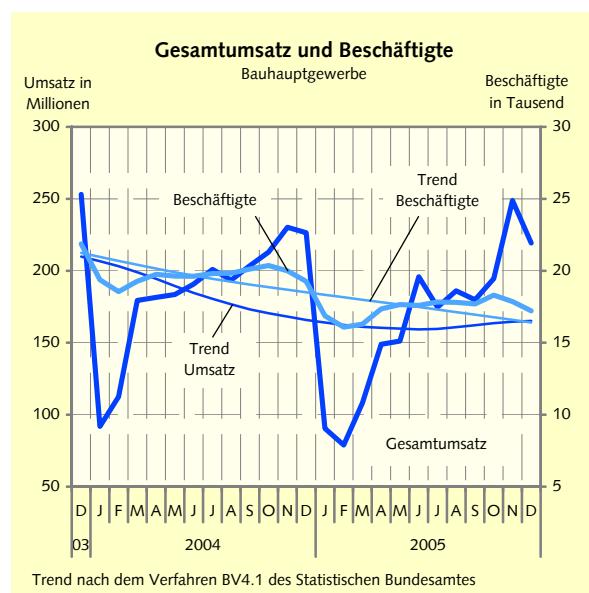
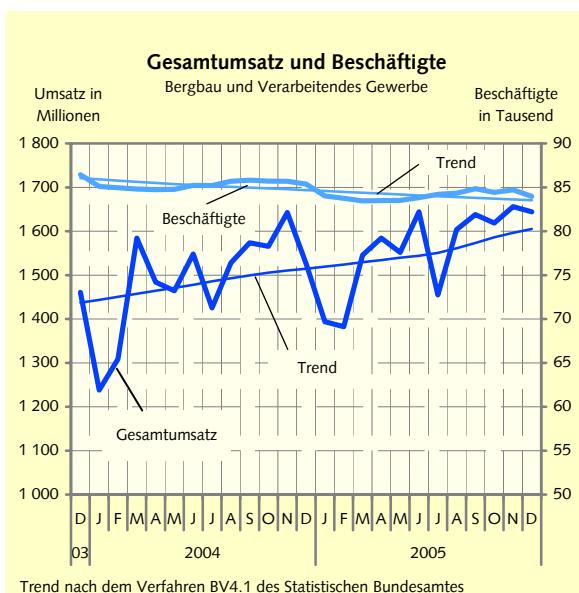
personen 18,3 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 16,7 Prozent. Das sind gegenüber dem Vorjahresmonat 2,0 bzw. 1,9 Prozentpunkte weniger. Damit liegt die Arbeitslosenquote 5,9 bzw. 5,6 Prozentpunkte über den bundesweiten sowie 0,7 bzw. 0,6 Prozentpunkte unter den ostdeutschen Werten. Dabei ist zu beachten, dass zum Jahreswechsel 2004/2005 bei beiden Kennziffern auf Grund der veränderten gesetzlichen Bestimmungen ein Zuwachs von etwa 2 Prozentpunkten auftrat. Die gemeldeten **offenen Stellen** haben sich seit dem Dezember vorigen Jahres um 6 839 oder um 117 Prozent erhöht. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag damit im aktuellen Monat bei 1 zu 17,7. Ein leichter Trend zur Senkung der Arbeitslosenzahl ist erkennbar. Die Trends wurde in der vorliegenden Veröffentlichung erstmalig nach dem vom Statistischen Bundesamt entwickeltem Verfahren BV4.1 ermittelt.



Die im Monat Dezember 2005 im **Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** berichtspflichtigen 1 082 brandenburgischen Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 644 271 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 118,5 Millionen EUR bzw. 7,8 Prozent überboten. Im gleichen Zeitraum fiel der Auftragseingangsindex des Verarbeitenden Gewerbes leicht um 1,5 Prozent, während der Index der Nettoproduktion um 8,0 Prozent anstieg. Der Trend der letzten zwei Jahre ist, trotz größerer Schwankungen, ungebrochen: sinkende Beschäftigte und steigender Umsatz. Im Zeitraum des Jahres 2005 konnten die brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 18,7 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Jahr 2004 bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 4,6 Prozent. Insgesamt stieg die Auslandsnachfrage im Jahr 2005 wiederum stärker als die Binnennachfrage. Dies zeigte sich sowohl beim Vergleich der Auftragseingänge als auch beim Vergleich der jeweiligen Umsatzzahlen. Der Auslandsumsatz des Wirtschaftszweiges verzeichnete im Vergleich zum Vorjahresmonat eine Verminderung um 0,6 Prozent oder 2,2 Millionen EUR, beim Vergleich der letzten 12 Monate ergab sich dem gegenüber ein stabiler Zuwachs von 9,9 Prozent. Die innerhalb Deutschlands erzielten Umsätze wuchsen in den jeweiligen Zeiträumen um 10,3 (zum Vorjahresmonat) bzw. 3,2 Prozent (zum Jahr 2004). Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses wichtigsten brandenburgischen Wirtschaftszweiges erreichte im Dezember 2005 ein Niveau von ca. 351 Millionen EUR. Er betrug im gesamten Jahr 2005 etwa 4,1 Milliarden EUR und bewirkte damit 21,8 Prozent des Gesamtumsatzes. Der Index der Auftragseingänge der brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden aus dem Ausland steigerte sich im

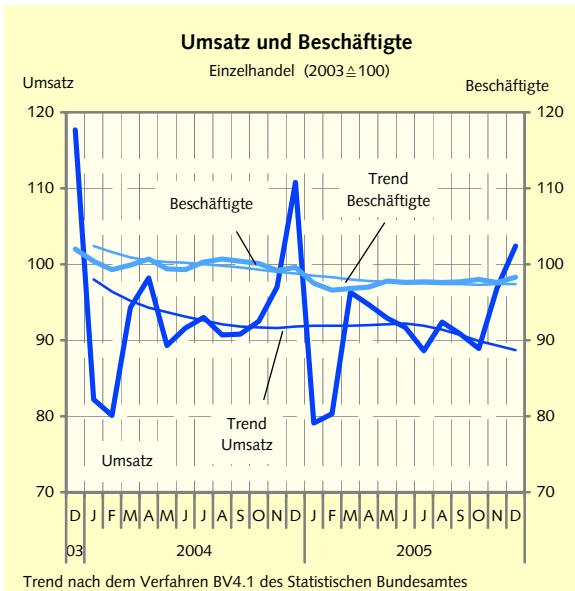
Jahresmittel 2005 auf 157 (Basisjahr 2000 \triangleq 100). Der positive Effekt eines Großauftrages im Juli bestimmte diese Entwicklung allerdings maßgeblich. Dieser Index lag im Monat Dezember 2005 um 1,7 Prozent unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats aber im Jahresmittel um 6,1 Prozent über dem des Jahres 2004. Der Auftragsvolumenindex aus dem Inland fiel beim Vergleich des Dezembers 2005 zum Dezember 2004 um 1,5 Prozent, stieg aber im Vergleich der Jahre 2004 zu 2005 um 0,6 Prozent. Im Dezember 2005 lag die Zahl der Beschäftigten bei 83 965 Personen. Sowohl gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat als auch gegenüber dem Vorjahresmittelwert entwickelte sich die Beschäftigtentzahl kontinuierlich rückläufig – um 1,7 bzw. 1,4 Prozent. Aus diesen Gründen – steigender Umsatz und sinkende Beschäftigtentzahl – stieg der Umsatz pro Beschäftigten im Zeitraum von Januar bis Dezember 2005 um 9,6 Prozent an.

Die tendenziell stark rückläufige Nachfrage im brandenburgischen **Bauhauptgewerbe** war zum Jahresende 2005 durch den Wegfall der Eigenheimzulage geprägt; wodurch jedoch keine Trendumkehr bewirkt werden konnten. Die 354 im Dezember 2005 berichtspflichtigen Betriebe erreichten mit 17 222 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 219,3 Millionen EUR, dieser lag um 3,1 Prozent unter dem Wert vom Dezember 2004. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen und es ist auch die fallende Tendenz der beiden Kennziffern erkennbar. Die Anpassung nach einer Hochphase im Gefolge der Wiedervereinigung ist im Bauhauptgewerbe noch nicht abgeschlossen. Im Dezember 2005 erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunkturer Frühindikator der Umsatzentwicklung – ein Niveau von rund 109 Millionen EUR. Es lag damit um 28,9 Prozent unter den Angaben im Dezember 2004. Bei Vergleichen der beiden Jahre waren die Auftragseingänge „nur“ um 6,3 Prozent niedriger. Die Beschäftigten im branden-

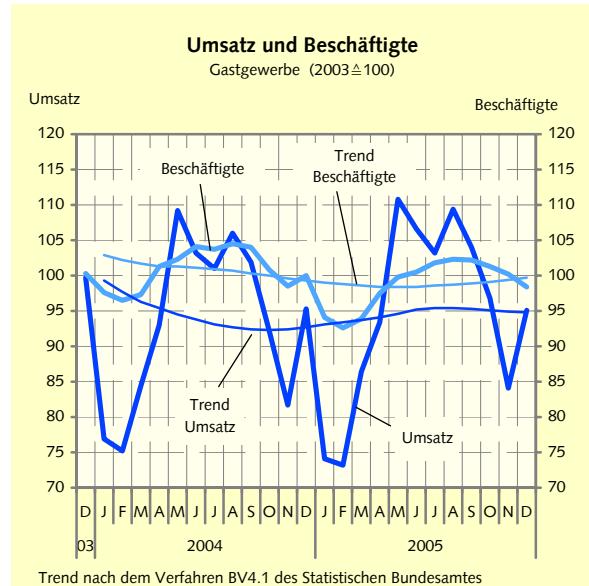


burgischen Baugewerbe verminderten sich im Verlauf des vergangenen Jahres (Dezember 2004 zu Dezember 2005) um 10,6 Prozent. Gegenüber dem weniger aussagefähigen Vormonat waren es 641 Beschäftigte oder 3,6 Prozent weniger. Der Umsatz je Beschäftigten folgte der saisonalen Schwankung des Umsatzes, während der Trend steigend war.

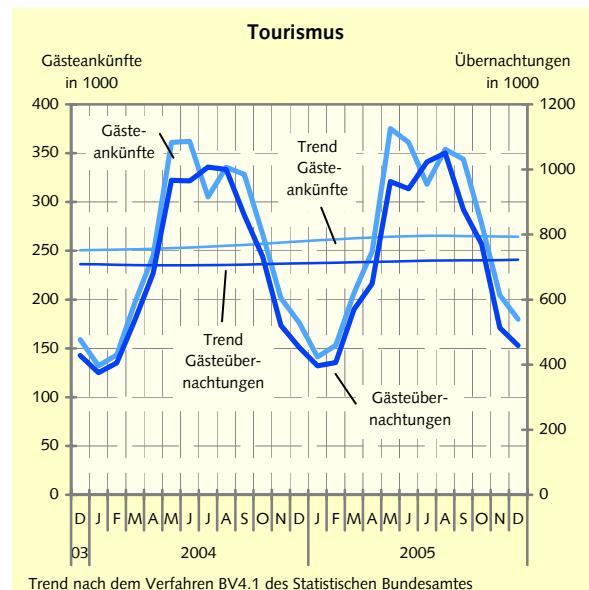
Beim nominalen Umsatz-Index im brandenburgischen **Einzelhandel** zeigte sich in den letzten 12 Monaten, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, eine leicht fallende Tendenz. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug zwar – 7,6 Prozent, doch beim Vergleich der letzten 12 Monate zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ergab sich ein Minus von 1,4 Prozent. Die saisonale Schwankung bei der Anzahl der Beschäftigten ist nicht so ausgeprägt wie beim Umsatz. Während der Trend bei den Beschäftigten weiter fallend ist, scheint er sich beim Umsatz etwas zu stabilisieren. Der Beschäftigten-Kennziffern lauten: – 1,3 Prozent für Dezember 2004 zum Dezember 2005 und – 2,4 Prozent für das Jahr 2005 im Vergleich zu 2004.



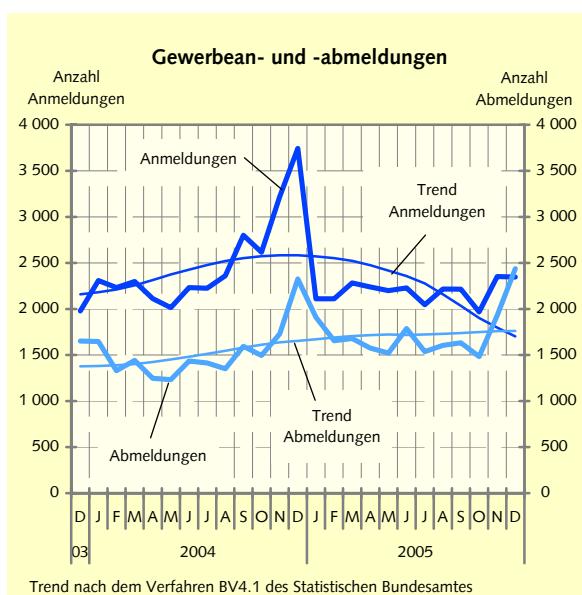
Im ebenfalls saisonal geprägten **Gastgewerbe** war beim nominalen Umsatz im Vergleich zum Dezember 2004 eine Veränderung von – 0,2 Prozent und im Vergleich des Jahres 2005 mit dem Vorjahr ein Zuwachs von 1,5 Prozent feststellbar. Der Index der Beschäftigtenanzahl fiel im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,6 und im Jahresvergleich um 2,1 Prozent. Die langfristigen Trends beider Kennziffern zeigen eine im Wesentlichen gleichbleibende Tendenz.



Im Dezember 2005 betrug die Anzahl der **Übernachtungen** 458,5 Tausend, gegenüber dem Dezember 2004 waren es + 1,1 Prozent. Beim Vergleich des jährlichen Zeitraumes ergibt sich ein Plus von 1,4 Prozent. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Gast im Dezember 2005 etwa 2,5 Übernachtungen.



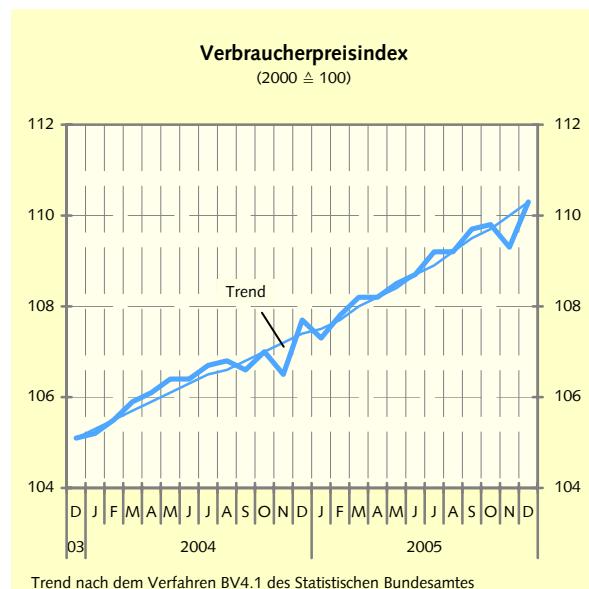
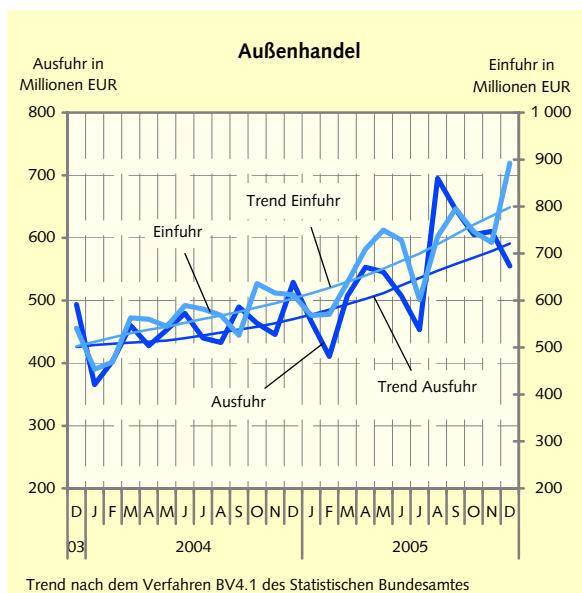
Die Zahl der **Gewerbeanmeldungen** verringerte sich gegenüber dem Dezember 2004 um 37,3 Prozent. Sie zeigte zwar zum Ende des Jahres 2004 eine steigende Tendenz, jedoch ist seit Januar 2005 wieder eine stabile Seitwärtsbewegung etwa auf dem alten Niveau von etwa 2 250 Gewerbeanmeldungen pro Monat erkennbar.



Bei den **Unternehmensinsolvenzen** ist ein nahezu konstanter Trend erkennbar. Sie pendeln langfristig um knapp über 100 Insolvenzen pro Monat. Bei den Insolvenzen der übrigen Schuldner ist, bis auf einige kurzfristige Rückgänge, eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten. Im Monat Dezember 2005 stiegen die Insolvenzen der übrigen Schuldner gegenüber dem Vorjahresmonat um 59,1 Prozent auf 366 Fälle an. Im Dezember 2005 waren es bei den Unternehmensinsolvenzen 90 Fälle, das sind + 15,4 Prozent zum Dezember 2004. Im Vergleich der Jahre 2004 zu 2005 sind es jedoch – 1,4 Prozent.

Der **Verbraucherpreisindex** als Indikator der Inflation der Verbraucherpreise lag im Monat Dezember 2005, bezogen auf das Jahr 2000, bei 110,3. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindexes zwischen Dezember 2004 und Dezember 2005, ergab sich damit der Wert von + 2,4 Prozent. Die Änderungsrate befand sich damit auf dem Niveau der jährlichen Vergleichswerte. Im langfristigen Vergleich der Jahresraten des Preisindexes ist eine „schleichende“ Erhöhung – ausgehend von etwa einem Prozent im Jahr 2003 auf über zwei Prozent im Jahr 2005 – erkennbar.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Exportwert der brandenburgischen Wirtschaft im Dezember 2005 ein Volumen von 555,1 Millionen EUR und lag damit um 4,9 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Bei den Vergleichen zum laufenden Jahr ergab sich ein Plus von 21,6 Prozent. In der Grafik ist sowohl für die Exporte (Generalhandel) als auch für die Importe (Spezialhandel) ein langfristiger Aufwärtstrend zu beobachten. Eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des brandenburgischen Außenbeitrags ist aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich.



**Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im Dezember 2005
(Basis: Originalwerte, Stand vom 01.03.2006)**

Merkmal	Einheit	Dezember		Januar 2005 – Dezember 2005	
		absolut	Verände- rung zum Vorjahres- monat	Mittelwert	Verände- rung zum Vorjahreszeit- raum
		%			
Arbeitsmarkt ¹⁾					
Arbeitslose	Anzahl	223 737	– 10,4	243 745	– 2,9
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ²⁾					
Auftragseingangsindex ³⁾	2000 ≈ 100	104,7	– 1,5	121,4	+ 5,3
Produktionsindex	2000 ≈ 100	128,0	+ 6,7	127,1	+ 1,5
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 644,3	+ 7,8	1 559,8	+ 4,6
Beschäftigte	1000	84,0	– 1,7	84,0	– 1,4
Bauhauptgewerbe ²⁾					
Auftragseingang	Mill. EUR	108,7	– 28,9	131,7	– 6,3
Gesamtumsatz	Mill. EUR	219,3	– 3,1	164,7	– 10,4
Beschäftigte	1000	17,2	– 10,6	17,4	– 11,4
Einzelhandel ⁴⁾					
Umsatz nominal	2003 ≈ 100	102,4	– 7,6	91,3	– 1,4
Beschäftigte	2003 ≈ 100	98,3	– 1,3	97,5	– 2,4
Gastgewerbe					
Umsatz nominal	2003 ≈ 100	95,1	– 0,2	94,8	+ 1,5
Beschäftigte	2003 ≈ 100	98,4	– 1,6	98,7	– 2,1
Außenhandel					
Ausfuhr	Mill. EUR	555,1	+ 4,9	546,2	+ 21,6
Einfuhr	Mill. EUR	892,4	+ 45,8	704,9	+ 25,9
Tourismus ⁵⁾					
Gästeankünfte	1 000	179,9	+ 2,0	263,7	+ 3,6
Gästeübernachtungen	1 000	458,5	+ 1,1	718,0	+ 1,4
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen					
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 346	– 37,3	2 193	– 12,8
Insolvenzen von Unternehmen	Anzahl	90	+ 15,4	104	– 1,4
Insolvenzen übriger Schuldner	Anzahl	366	+ 59,1	305	+ 25,1
Verbraucherpreisindex	2000 ≈ 100	110,3	+ 2,4	108,9	+ 2,3

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Die Daten gelten 3 Monate als vorläufig. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeit Suchende. Vergleichbarkeit zu früheren Monaten nur bedingt gewährleistet.

2) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) Für das Verarbeitende Gewerbe

4) Ohne Tankstellen und Kfz

5) Ohne Campingplätze

Jürgen Hübner



Raps – eine Ölpflanze mit Zukunft

– 2. Teil –

Während im 1. Teil des Beitrages¹⁾ über die Historie und Bedeutung von Raps, den verschiedenen Rapsformen und dem Rapsanbau im Land Brandenburg berichtet wurde, ist der Rapsanbau in Deutschland und in der Europäischen Union Schwerpunkt im folgenden Teil 2.

Es werden die Anbauflächen, die Erträge je Hektar und die Erntemengen von Winter- und Sommerraps sowie Winter- und Sommerrübsen im Vergleich der deutschen Bundesländer und der europäischen Länder dargestellt. Ausführungen über Raps als nachwachsender Rohstoff, den Ölsaatenhandel, Preis und den Weltverbrauch von Ölen und Fetten ergänzen das Thema zur wichtigsten in Deutschland angebauten Ölpflanze Raps. Des Weiteren werden die Perspektiven für die weitere Rapsproduktion aufgezeigt und die marktwirtschaftliche Bedeutung des Ölsaatenanbaus herausgestellt. Die Produktion und der Absatz von Biodieselkraftstoff und der mögliche Anbau von gentechnisch verändertem Raps spielen dabei in Deutschland eine wesentliche Rolle, auf die sich auch die Landwirtschaftsbetriebe in Brandenburg immer mehr ausrichten.

Rapsanbau in Deutschland

Der Winterrapsanbau nahm in Deutschland 2004 einen Anbauumfang von fast 1,27 Millionen Hektar ein, während es ein Jahr zuvor nicht ganz 1,22 Millionen Hektar waren (+ 4 Prozent). Im Vergleich zum sechsjährigen Durchschnitt bedeutet die Anbaufläche des Jahres 2004 eine Steigerung um 12,4 Prozent. Dem vorläufigen Ergebnis zufolge hat sich die Winterrapsfläche auch zur Ernte 2005 weiter ausgedehnt und beläuft sich auf rund 1,345 Millionen Hektar.

Weiterhin besteht eine steigende Rohstoffnachfrage durch die Biodieselindustrie. Seit dem 1. Januar 2004 hat der Einstieg in die Zumischung von bis zu 5 Prozent Biodiesel in mineralischem Diesel begonnen. Die Verwendung von reinem Biodiesel in freigegebenen Fahrzeugen bleibt weiterhin bestehen. Für das Jahr 2005 wird ein Absatz von Biodiesel von mehr als 1 Million Tonnen erwartet. Dies bedeutet auch, dass der Wettbewerb um Biodiesel und damit verbunden um Rapsöl sich in der Europäischen Union verstärken wird (siehe auch Abschnitt Biodiesel).

Gleichzeitig wird Rapsspeiseöl in der Ernährung immer beliebter. Durch namhafte Ernährungsexperten wird Rapsöl mit dem Prädikat „mustergültig“ bewertet. Im ersten Quartal des Jahres 2004 gab es eine Mengen-

steigerung von deklariertem Rapsöl im Lebensmittel-einzelhandel um 65 Prozent. Außerdem wird Rapsöl in immer mehr Verarbeitungsprodukten offen ausgewiesen.

Nicht zu unterschätzen ist der schon angesprochene Vorfruchtwert von Winterraps, welcher die Weizerträge erhöht und stabilisiert. Hinsichtlich der „Ackerhygiene“ ergeben sich ebenfalls Vorteile. Der Anbau von Raps dient auch der Entzerrung von Arbeitsspitzen durch eine bessere Maschinenauslastung und führt so auch zu ökologischen Vorteilen. Der monetäre Vorfruchtwert von Winterraps liegt zwischen 130 und 150 EUR je Hektar.

Besonders zugenommen hat der Anbau von Winterraps 2004 gegenüber 2003 in Niedersachsen (+ 18,9 Prozent), in Sachsen-Anhalt (+ 16 Prozent), in Schleswig-Holstein (+ 10,4 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (+ 10,3 Prozent). Dagegen ging der Rapsanbau in Bayern in diesem Vergleichszeitraum von 163 468 Hektar auf 138 432 Hektar deutlich zurück (- 15,3 Prozent). Dabei ist zu beachten, dass dies eine besonders kleine Winterrapsfläche ist, denn selbst im Vergleich zum mehrjährigen Durchschnitt bedeutete die Fläche von 2004 eine Reduzierung um fast 10 Prozent. In diesem Bundesland war die Trockenheit zur Aussaat der Hauptgrund für die Verringerung der Rapsfläche. Im Jahr 2005 stand Winterraps in Bayern auf etwa 161 400 Hektar.

1) siehe: Daten + Analysen Quartalsheft IV/2005, S. 18 – 37

Anbauflächen von Winterraps nach Bundesländern

Bundesland	Durchschnitt 1998 - 2003	2002	2003	2004	Veränderung 2004 gegenüber	
					dem Durchschnitt 1998 – 2003	%
		ha				
Baden-Württemberg	63 117	67 600	67 531	62 400	- 1,1	- 7,6
Bayern	153 264	166 300	163 468	138 432	- 9,7	- 15,3
Brandenburg	93 214	111 300	103 068	107 012	+ 14,8	+ 3,8
Hessen	51 795	52 700	55 433	54 965	+ 6,1	- 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	201 216	233 700	218 574	233 020	+ 15,8	+ 6,6
Niedersachsen	80 136	92 000	85 126	101 207	+ 26,3	+ 18,9
Nordrhein-Westfalen	47 298	49 000	50 877	56 130	+ 18,7	+ 10,3
Rheinland-Pfalz	27 596	27 300	31 271	32 970	+ 19,5	+ 5,4
Saarland	3 108	2 900	3 201	2 989	- 3,8	- 6,6
Sachsen	104 837	122 800	117 217	117 693	+ 12,3	+ 0,4
Sachsen-Anhalt	110 402	133 600	118 812	137 881	+ 24,9	+ 16,0
Schleswig-Holstein	95 061	104 100	102 495	113 143	+ 19,0	+ 10,4
Thüringen	95 904	112 200	100 499	108 873	+ 13,5	+ 8,3
Deutschland¹⁾	1 127 509	1 276 000	1 218 052	1 267 196	+ 12,4	+ 4,0

1) Einschließlich Stadtstaaten

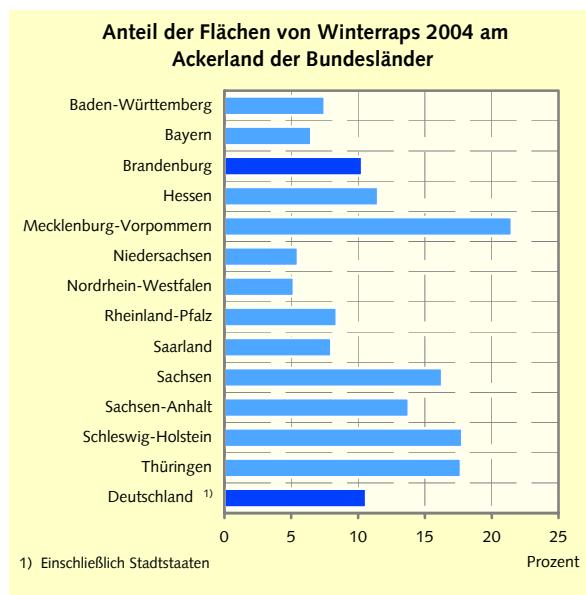
Auf mehr als 10 Prozent des Ackerlandes steht Winterraps

Gemessen am Ackerland hat Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Winterrapsanteil an dieser Position (vgl. Grafik nächste Seite). Dieser lag im Jahr 2004 bei 21,5 Prozent. Auch in den Bundesländern Schleswig-Holstein und Thüringen ist dieser Anteil mit jeweils fast 18 Prozent verhältnismäßig hoch. Für Brandenburg ergab sich ein Prozentwert von 10,3 Prozent, der in etwa dem des Deutschlanddurchschnitts entspricht. Bezogen auf die Ackerfläche war der Anteil von Winterraps in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit 5,5 Prozent bzw. 5,2 Prozent eher gering.

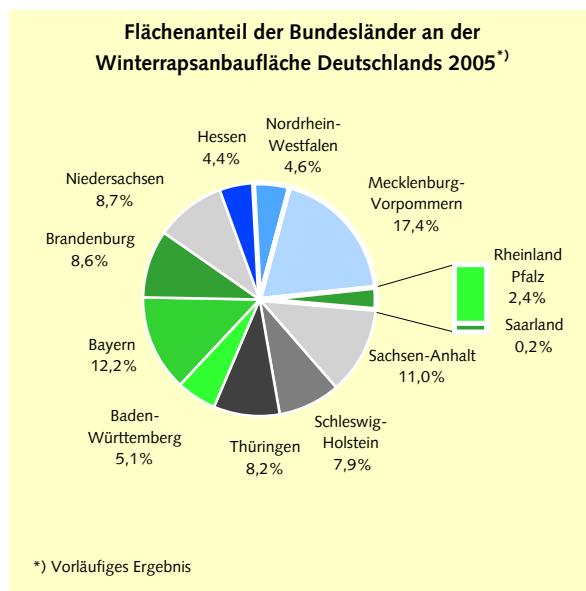
Das bedeutendste Anbualand von Winterraps ist allein schon durch dessen Fläche Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Grafik Flächenanteil der Bundesländer). Bezogen auf die Winterrapsanbaufläche Deutschlands wird in diesem Bundesland 2005 über 17 Prozent des gesamten Rapsanbaus durchgeführt. Danach folgen Bayern und Sachsen-Anhalt. Der Brandenburger Anteil liegt mit 114 100 Hektar bei fast 9 Prozent an der deutschlandweiten Winterrapsfläche. Werden hier die Flächenanteile der letzten drei Jahre gegenübergestellt, so zeigt sich eine große Konstanz, wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich ist.

Flächenanteil der Bundesländer an der Winterrapsanbaufläche Deutschlands 2002 – 2004

Bundesland	2002	2003	2004	%	
Baden-Württemberg	5,3	5,5	4,9		
Bayern	13,0	13,4	10,9		
Brandenburg	8,7	8,5	8,4		
Hessen	4,1	4,6	4,3		
Mecklenburg-Vorpommern	18,3	17,9	18,4		
Niedersachsen	7,2	7,0	8,0		
Nordrhein-Westfalen	3,8	4,2	4,4		
Rheinland-Pfalz	2,1	2,6	2,6		
Saarland	0,2	0,3	0,2		
Sachsen	9,6	9,6	9,3		
Sachsen-Anhalt	10,5	9,8	10,9		
Schleswig-Holstein	8,2	8,4	8,9		
Thüringen	8,8	8,3	8,6		



Für die weitere Zukunft ist davon auszugehen, dass auch aufgrund der angespannten Weltlage in Bezug auf fossile Energien der Rapsanbau weiter an Bedeutung erlangen kann. Wie stark dabei die Ausdehnung in den jeweiligen Ländern erfolgen wird, ist schwer vorherzusagen. In Mecklenburg-Vorpommern wird es eher nur noch geringe Wachstumsraten geben, da hier schon ein sehr intensiver Winterrapsanbau erfolgt und sich so beispielsweise Probleme aus phytosanitärer Sicht ergeben könnten, da dann zum Teil auch die Fruchfolgegrenzen überschritten werden. In Brandenburg ist diese Gefahr weniger gegeben, dafür gibt es hier Grenzen aufgrund der weniger günstigen Anbaubedingungen. Allerdings sollte in diesem Zusammenhang auch der weitere Züchtungsfortschritt beachtet werden, da sich auf dieser Basis durchaus neue Perspektiven für diese Ölpflanzen ergeben können.



Sommerraps spielt in Deutschland als Ölfrucht eine eher untergeordnete Rolle. Im Jahr 2004 wurde nur noch auf knapp 16 200 Hektar diese Sommerölkultur angebaut. Ein Jahr zuvor waren es noch mehr als 47 500 Hektar, wobei 2003 aufgrund der Auswinterungsschäden kein typisches Anbaujahr für Sommerraps war. Eine signifikante Erhöhung der Anbaufläche 2004 im Vergleich zum Jahr 2003 gab es nur in Schleswig-Holstein. Hier hat sich die Fläche in etwa vervierfacht. In den meisten anderen Bundesländern zeigte sich bei der Gegenüberstellung der Anbauflächen von 2004 zum Vorjahr eine deutliche Veränderung. Diese lag im Bundesdurchschnitt bei 66 Prozent. In den Jahren 2003 und 2004 stand in Brandenburg der meiste Sommerraps im Vergleich der Länder. Ersten Einschätzungen für 2005 zufolge wird in Niedersachsen diesmal mehr Sommerraps angebaut. Wird eine Beziehung zwischen Sommerrapsfläche 2004 und dessen Anteil am Ackerland aufgestellt, so zeigt sich, dass dieser Prozentwert zwischen 0 und 0,4 Prozent liegt. Dies unterstreicht die geringe Bedeutung des Sommerrapsanbaus in Deutschland.

Rasperträge in Deutschland

Wie schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, differieren die Bedingungen für den Winterrapsanbau und damit für gute und sichere Erträge zwischen den Bundesländern. Allgemein ist das Betriebssystem des Marktfruchtbau mit Raps als eine entscheidende Größe besonders konkurrenzfähig, wenn folgende drei Faktoren zusammentreffen:

- eine hohe Eigenrentabilität von Raps,
- eine hohe Rentabilität der Begleitkulturen der Fruchfolge und
- ein agrarpolitisch bevorzugter Standort.

Ausgezeichnete Bedingungen findet Raps vor diesem Hintergrund vor allem im Bundesland Schleswig-Holstein und in einigen so genannten Prämiengebieten Niedersachsens, da hier alle drei Faktoren zutreffen.

Sehr gute Verhältnisse sind unter anderem in den Küstengebieten Mecklenburg-Vorpommerns, in Nordrhein-Westfalen und in Mitteldeutschland gegeben. Dort sind wie in Mecklenburg-Vorpommern entweder zwei Voraussetzungen erfüllt – eine hohe Eigenrentabilität und eine hohe Rentabilität der Begleitkulturen, aber agrarpolitisch ungünstige Bedingungen. Oder es ist wie in Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine Bedingung vollständig und zwei Bedingungen sind teilweise erfüllt – eine hohe Eigenrentabilität von Raps trifft hier mit einer mittleren bis hohen Rentabilität der Begleitkulturen und durchschnittlichen bis guten agrarpolitischen Umständen zusammen.

Anbauflächen von Sommerraps, Winter- und Sommerrübsen in Deutschland 2002 – 2004 nach Bundesländern

Bundesland	Durchschnitt 1998 – 2003	2002	2003	2004	Veränderung 2004 gegenüber	
					dem Durchschnitt 1998 – 2003	2003
		ha			%	
Baden-Württemberg	4 343	2 700	2 612	2 286	– 47,4	– 12,5
Bayern	2 805	900	2 429	785	– 72,0	– 67,7
Brandenburg	5 634	3 400	9 210	3 258	– 42,2	– 64,6
Hessen	1 136	800	864	704	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	6 606	3 300	8 745	1 176	– 82,2	– 86,6
Niedersachsen	6 203	4 600	4 372	2 228	– 64,1	– 49,0
Nordrhein-Westfalen	1 057	1 000	1 304	870	– 17,7	– 33,3
Rheinland-Pfalz	1 513	1 000	1 082	497	– 67,2	– 54,1
Saarland	220	100	88	90	– 59,1	+ 2,3
Sachsen	795	700	1 010	556	– 30,1	– 45,0
Sachsen-Anhalt	2 253	600	7 709	1 378	– 38,8	– 82,1
Schleswig-Holstein	622	600	249	1 248	+ 100,6	+ 4-fach
Thüringen	3 143	900	7 842	1 045	– 66,8	– 86,7
Deutschland¹⁾	36 406	20 600	47 556	16 161	– 55,6	– 66,0

1) Einschließlich Stadtstaaten

Mittlere bis gute Bedingungen findet der Raps unter anderem in den küstenfernen Gebieten Mecklenburg-Vorpommerns, in Brandenburg, auf schwächeren Standorten in Niedersachsen, in vielen Gebieten Bayerns und Baden-Württembergs vor. Die Eigenrentabilität des Rapses ist dort niedriger, die Rentabilität der Begleitkulturen ist deutlich schwächer und die agrarpolitischen Bedingungen sind unterhalb des Durchschnitts einzustufen.²⁾

In den Tabellen auf der folgenden Seite sind die Erträge für Winterraps bzw. für Sommerraps, Winter- und Sommerrübsen der Jahre 2002 bis 2004 festgehalten. 2002 und 2003 lagen die Brandenburger Winterrapperträge unter dem deutschlandweiten Durchschnitt. In beiden Jahren wurde hier der niedrigste Ertrag im Vergleich der Länder erzielt. Dies ist u. a. mit den Klima- und Bodenverhältnissen von Brandenburg zu erklären.

Die besonders günstigen Witterungsbedingungen im Jahr 2004 ermöglichten auch auf den verhältnismäßig leichten Böden Brandenburgs hohe Winterrapperträge. Mit 41,5 Dezitonnen pro Hektar wurde ein Rekordergebnis von den Feldern eingefahren, das im deutschlandweiten Vergleich sogar den 5. Platz bedeutete. Insbesondere in den Rapsanbauländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein wurden 2004 sogar Durchschnittserträge um die

45 bzw. 44 Dezitonnen pro Hektar erreicht. Die Schwankungsbreite lag im Jahr 2004 in Deutschland zwischen 35,2 und 45,2 Dezitonnen pro Hektar. Im Vergleich zu 2003 hat sich der Winterrappertrag in Brandenburg nahezu verdoppelt. Auch gegenüber dem sechsjährigen Durchschnitt gab es mit einem Plus von 47,2 Prozent einen deutlichen Ertragszuwachs. Dem zweiten vorläufigen Ergebnis des Statistischen Bundesamtes zufolge wird 2005 in Brandenburg von einem Ertrag von 36,2 Dezitonnen pro Hektar ausgegangen. Dieses Landesresultat würde damit etwas unter dem Durchschnittsergebnis für Deutschland liegen, welches derzeit auf 37,8 Dezitonnen pro Hektar eingeschätzt wird.

Die Sommerrapperträge der Bundesländer lagen fast immer unter denen der Winterrapperträge. Eine Ausnahme gab es aber beispielsweise im Jahr 1996 in Brandenburg, wo der Sommerrappertrag sich auf 13,9 Dezitonnen pro Hektar belief und vom Winterraps nur 9,6 Dezitonnen pro Hektar geerntet wurden. Ein besonders niedriger Ertrag wurde mit 16,4 Dezitonnen pro Hektar im Jahr 2003 für Deutschland ermittelt. In diesem Jahr erfolgte zwar ein verstärkter Sommerrapsanbau, welcher den ungünstigen äußeren Verhältnissen geschuldet war. Oft mussten Winterrapsflächen umgebrochen werden. Daraus ergab sich, dass eine optimale Saatbettbereitung kaum zu gewähr-

2) www.ufop.de/3264.htm

Erträge von Winterraps in Deutschland 2002 – 2004 nach Bundesländern

Bundesland	Durchschnitt 1998 – 2003	2002	2003	2004	Veränderung 2004 gegenüber	
					dem Durchschnitt 1998 – 2003	2003
		dt/ha			%	
Baden-Württemberg	32,7	32,1	26,6	38,3	+ 17,1	+ 44,0
Bayern	30,9	29,7	23,8	38,6	+ 24,9	+ 62,2
Brandenburg	28,2	26,2	20,8	41,5	+ 47,2	+ 99,5
Hessen	32,7	32,5	28,8	35,2	+ 7,6	+ 22,2
Mecklenburg-Vorpommern	37,4	32,2	34,0	45,2	+ 20,9	+ 32,9
Niedersachsen	32,0	27,2	31,7	40,6	+ 26,9	+ 28,1
Nordrhein-Westfalen	33,0	31,6	30,7	39,0	+ 18,2	+ 27,0
Rheinland-Pfalz	30,2	31,7	27,3	40,2	+ 33,1	+ 47,3
Saarland	26,8	30,2	21,5	35,3	+ 31,7	+ 64,2
Sachsen	31,6	28,4	26,1	41,8	+ 32,3	+ 60,2
Sachsen-Anhalt	32,3	27,9	30,1	41,7	+ 29,1	+ 38,5
Schleswig-Holstein	37,9	32,0	37,9	44,2	+ 16,6	+ 16,6
Thüringen	34,2	29,5	29,8	39,6	+ 15,8	+ 32,9
Deutschland¹⁾	33,2	29,9	29,2	41,3	+ 24,4	+ 41,4

1) Einschließlich Stadtstaaten

Erträge von Sommerraps, Winter- und Sommerrübsen in Deutschland 2002 – 2004 nach Bundesländern

Bundesland	Durchschnitt 1998 - 2003	2002	2003	2004	Veränderung 2004 gegenüber	
					dem Durchschnitt 1998 - 2003	2003
		dt/ha			%	
Baden-Württemberg	22,5	21,9	19,8	25,6	+ 13,8	+ 29,3
Bayern	23,7	24,8	18,5	27,1	+ 14,3	+ 46,5
Brandenburg	13,8	13,7	9,9	22,9	+ 65,9	+ 131,3
Hessen	27,7	28,6	20,6	-	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	16,2	12,7	16,0	16,1	- 0,6	+ 0,6
Niedersachsen	21,9	19,9	20,0	25,5	+ 16,4	+ 27,5
Nordrhein-Westfalen	24,1	23,1	23,0	27,7	+ 14,9	+ 20,4
Rheinland-Pfalz	20,5	20,2	17,6	21,7	+ 5,9	+ 23,3
Saarland	22,2	23,7	16,0	23,1	+ 4,1	+ 44,4
Sachsen	18,5	16,9	12,9	25,3	+ 36,8	+ 96,1
Sachsen-Anhalt	19,7	10,6	17,8	30,5	+ 54,8	+ 71,3
Schleswig-Holstein	23,0	22,6	26,9	27,3	+ 18,7	+ 1,5
Thüringen	17,2	14,3	17,4	20,3	+ 18,0	+ 16,7
Deutschland¹⁾	19,4	18,2	16,4	24,5	+ 26,3	+ 49,4

1) Einschließlich Stadtstaaten

leisten war. Außerdem spielt der Saattermin eine wichtige Rolle für den Ertrag. Dieser war 2003 aber nicht immer zu realisieren. Eher gute Sommerrapserträge konnten für das Jahr 2003 in Schleswig-Holstein (26,9 Dezitonnen pro Hektar) und Nordrhein-Westfalen (23,0 Dezitonnen pro Hektar) verzeichnet werden. Dagegen wurde in Brandenburg mit 9,9 Dezitonnen pro Hektar der niedrigste Sommerrapsertrag seit 1994 geerntet. Im darauf folgenden Jahr sah die Situation in fast allen Bundesländern besser aus. Gleichzeitig veranschaulichen auch diese Erträge, dass das Ertragspotenzial von Winterraps deutlich höher ist. Damit stellt sich die Frage, warum überhaupt noch Sommerraps angebaut wird. Einige Gründe sollen dazu an dieser Stelle genannt werden:

- Eine nasse Witterung im August und September kann dazu führen, dass Betriebe nicht mehr alle eingeplanten Flächen mit Winterraps bestellen können. Da der Betrieb auch die Fruchfolge im Auge behalten muss, kann statt des öfters ausgesäten Stoppelweizens, welcher einige ackerbauliche Probleme und Risiken birgt, der Sommerraps eine interessante Alternative sein, da die Fläche in der normalen Fruchfolgestellung gehalten wird und der nachfolgende Weizen gute Startvorgaben bekommt.
- Herbizidschäden sowie späte Saattermine in Verbindung mit Nässe können vielfach zu sehr schwachen Winterrapsbeständen führen. Ein Umbruch mit Nachbau von Wintergetreide im Herbst ist wegen der eingesetzten Rapsherbizide ausgeschlossen. Für die Nachsaat von Winterraps wäre es aber in jedem Fall zu spät. Auch hier bietet sich der Anbau von Sommerraps an.
- Ein weiteres Problem können spät räumende Vorfrüchte im Herbst verbunden mit hoher Bodenfeuchte sein, die keine ordnungsgemäße Bestellung im Herbst mehr zulassen. Dies trifft beispielsweise auf die Ernte von Körnermais und Silomais zu. Gerade hier können die Böden bei der Ernte stark strapaziert werden. Insbesondere im Hinblick auf einen Fusarium-Infektionsdruck nach Maisvorfrucht ist ein ordnungsgemäßer und Boden schonend bestellter Sommerraps die bessere Alternative zu einem spät und schlecht bestellten Winterweizen.
- Viehhaltende Betriebe auf sehr leichten Standorten bauen auf ihren Ackerflächen neben Mais hauptsächlich Winterroggen oder Triticale an. Unter Berücksichtigung der Futtergetreidepreise kann Sommerraps hier durchaus eine ernsthafte Alternative sein, zumal diese Sommerölfrucht in solchen Landwirtschaftsbetrieben auch arbeitswirtschaftlich hervorragend in die Fruchfolge passt und ein guter Gülleverwerter ist.
- Die weltweit hohe Ölsaatenrente des Jahres 2004 traf auf einen stetig weiter steigenden Verbrauch. Insbesondere Raps erfreut sich – auch wegen des hohen Biodieselbedarfs – einer regen Nachfrage bei insge-

samt gesehen zufriedenstellenden Preisen. Damit kann der Sommerraps als Frühjahrskultur eine attraktive Alternative zum Getreideanbau sein, wobei immer die Ertragssicherheit mit zu berücksichtigen ist. Bei einer interessanten Marktleistung, den verhältnismäßig geringen Produktionskosten und der einfachen Anbau-technik spricht einiges für leistungsstarke Sommerraps-sorten. In Kanada, dem weltweit größten Raps-Erzeugerland, überwiegt auch aufgrund der klimatischen Bedingungen Sommerraps. Mit dem Durchschnittsertrag von 24,5 Dezitonnen Sommerraps pro Hektar scheint aus den vorangestellten Gründen der Anbau dieser Kultur durchaus lohnenswert und sinnvoll.³⁾

Rapserntemengen in Deutschland

Im Jahr 2004 wurde in Deutschland mit fast 5,237 Millionen Tonnen die größte Winterrapsrente der zurückliegenden Jahre eingefahren (vgl. Tabelle nächste Seite). Auch für 2005 geht die vorläufige Ernteschätzung, die durch das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft veröffentlicht wurde, von etwas mehr als 5 Millionen Tonnen aus. Damit betrüge der Rückgang zum Vorjahresrekord nur knapp 5 Prozent. Das mehrjährige Mittel der Jahre 1998 bis 2003 (3,746 Millionen Tonnen) wird auch 2005 aufgrund der überdurchschnittlichen Erträge und der weiter gestiegenen Anbauflächen um nahezu ein Viertel übertragen.

Bei einem Vergleich der Winterrapserntemengen von 2004 mit dem sechsjährigen Durchschnitt (1998 bis 2003) ergab sich die deutlichste Steigerung für Brandenburg mit 69,1 Prozent. Ebenfalls sehr große Zunahmen zeigten sich in Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Die größte Erntemenge an Winterraps absolut gesehen ernteten die Landwirte aus Mecklenburg-Vorpommern. In diesem Bundesland wurde ein Fünftel des gesamten Winterrapses von Deutschland produziert. Die zweitgrößte Menge kam aus Sachsen-Anhalt, gefolgt von Bayern.

Bei Sommerraps, Winter- und Sommerrübsen hat sich die Gesamterntemenge in Deutschland 2004 im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert (vgl. Tabelle nächste Seite). Wurden 2003 noch 77 828 Tonnen Erntegut von dieser sommerannuellen Pflanze geborgen, so waren es ein Jahr später nur noch 39 668 Tonnen. Auch die Gegenüberstellung zum sechsjährigen Durchschnitt verdeutlicht einen deutlichen Rückgang um etwa 44 Prozent. Gerade bei Sommerraps zeigt sich auch hier, dass die Erntemengen stark schwanken können und diese ganz besonders von den Witterungsbedingungen im Herbst und im Winter abhängig sind.

3) Quelle:www.rapool.de/index.cfm/startid/57/doc/81/sorttype/Sommerraps/cfid/2834180/cftoken/19466067.html

Erntemengen von Winterraps in Deutschland 2002 – 2004 nach Bundesländern

Bundesland	Durchschnitt 1998 – 2003	2002	2003	2004	Veränderung 2004 gegenüber		
					dem Durchschnitt 1998 – 2003	2003	%
		t					
Baden-Württemberg	206 408	216 799	179 871	238 993	+ 15,8	+ 32,9	
Bayern	473 692	493 391	388 401	534 487	+ 12,8	+ 37,6	
Brandenburg	262 490	291 340	214 485	443 780	+ 69,1	+ 106,9	
Hessen	169 580	171 348	159 647	193 640	+ 14,2	+ 21,3	
Mecklenburg-Vorpommern	751 716	751 657	742 933	1 053 250	+ 40,1	+ 41,8	
Niedersachsen	256 572	249 982	269 678	410 698	+ 60,1	+ 52,3	
Nordrhein-Westfalen	156 246	154 797	156 026	219 155	+ 40,3	+ 40,5	
Rheinland-Pfalz	83 360	86 436	85 360	132 441	+ 58,9	+ 55,2	
Saarland	8 324	8 754	6 874	10 540	+ 26,6	+ 53,3	
Sachsen	330 777	348 763	305 937	491 955	+ 48,7	+ 60,8	
Sachsen-Anhalt	356 911	372 212	358 099	574 828	+ 61,1	+ 60,5	
Schleswig-Holstein	359 925	333 342	387 945	499 752	+ 38,8	+ 28,8	
Thüringen	328 238	331 073	299 285	431 355	+ 31,4	+ 44,1	
Deutschland¹⁾	3 746 131	3 811 141	3 556 107	5 236 922	+ 39,8	+ 47,3	

1) Einschließlich Stadtstaaten

Erntemengen von Sommerraps, Winter- und Sommerrübsen in Deutschland 2002 – 2004 nach Bundesländern

Bundesland	Durchschnitt 1998 – 2003	2002	2003	2004	Veränderung 2004 gegenüber		
					dem Durchschnitt 1998 – 2003	2003	%
		t					
Baden-Württemberg	9 784	6 003	5 166	5 859	- 40,1	+ 13,4	
Bayern	6 636	2 328	4 494	2 127	- 67,9	- 52,7	
Brandenburg	7 762	4 625	9 118	7 460	- 3,9	- 18,2	
Hessen	3 146	2 288	1 780	-	-	-	
Mecklenburg-Vorpommern	10 732	4 261	13 992	1 887	- 82,4	- 86,5	
Niedersachsen	13 588	9 190	8 749	5 676	- 58,2	- 35,1	
Nordrhein-Westfalen	2 552	2 351	3 005	2 410	- 5,6	- 19,8	
Rheinland-Pfalz	3 095	1 930	1 906	1 078	- 65,2	- 43,4	
Saarland	489	131	141	208	- 57,5	+ 47,5	
Sachsen	1 469	1 207	1 303	1 405	- 4,4	+ 7,8	
Sachsen-Anhalt	4 439	625	13 722	4 209	- 5,2	- 69,3	
Schleswig-Holstein	1 430	1 296	669	3 408	+ 138,3	+ 4,1-fach	
Thüringen	5 406	1 282	13 676	2 122	- 60,7	- 84,5	
Deutschland¹⁾	70 688	37 555	77 828	39 668	- 43,9	- 49,0	

1) Einschließlich Stadtstaaten

2004 wurde mit 7 460 Tonnen in Brandenburg die größte Sommerrapsertemenge im Vergleich der Bundesländer produziert. Aber auch diese Erntemenge stellt eine Verringerung um 18 Prozent gegenüber 2003 dar. Wesentlich stärker reduzierte sich die Erntemenge bei dieser Kultur in Mecklenburg-Vorpommern (- 86,5 Prozent). In diesem Bundesland wurde für 2003 eine Erntemenge von fast 14 000 Tonnen festgestellt, während diese sich ein Jahr später auf 1 887 Tonnen belief. Diese Entwicklung ist mit der deutlichen Anbauverlagerung zu Gunsten von Winterraps zu begründen. Bei der Betrachtung des mehrjährigen Mittels zeigt sich, dass der meiste Sommerraps aus Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen kommt.

Rapsqualität aus deutschen Ländern

Hinsichtlich ausgewählter Qualitätsmerkmale zeigten sich zwischen den Bundesländern beim Feuchtigkeitsgehalt von Winterraps kaum größere Unterschiede, wie aus folgender Tabelle ersichtlicht ist. Dabei ist anzumerken, dass dieses Datenmaterial aus der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung (BEE) stammt. Nicht alle Bundesländer beproben den Winterraps im Rahmen dieses Gremiums. Außerdem lagen nicht immer die vergleichbaren Daten in den „Raps-BEE-Ländern“ vor.

Qualitätsmerkmale von Winterraps ausgewählter Bundesländer 2003 und 2004

Bundesland	Feuchtigkeitsgehalt		Ölgehalt	
	2003	2004	2003	2004
	%			
Baden-Württemberg	-	8,4	-	43,6
Bayern	8,2	7,9	39,7	41,9
Brandenburg	8,3	7,8	-	43,0
Hessen	-	7,8	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	7,7	8,2	42,6	43,7
Rheinland-Pfalz	-	7,1	-	44,6
Sachsen-Anhalt	-	8,5	-	43,0
Thüringen	7,8	8,2	42,4	43,4
Deutschland	-	8,1	-	43,2

Der Ölgehalt belief sich im deutschlandweiten Mittel von 2004 auf 43,2 Prozent. In Rheinland-Pfalz wurde mit 44,6 Prozent der höchste Ölertrag realisiert, während dieser in Bayern bei 41,9 Prozent lag. Insgesamt gesehen handelt es sich bei dem Ergebnis für 2004 um ein sehr gutes Resultat in Bezug auf die Ölausbeute.

Im Zusammenhang mit den Qualitätsmerkmalen ist in nachfolgender Tabelle das typische Fettsäuremuster für Doppel-Null-Raps aufgezeigt. Aufgrund seines hohen Gehalts an ungesättigten Fettsäuren ist das Rapsöl ein wertvolles Speiseöl. Ölsäure, Linolsäure und Linolensäure gehören zu den essenziellen Fettsäuren, die für den menschlichen Körper lebensnotwendig sind. Vor allem die kaltgepressten Pflanzenöle enthalten einen hohen Anteil an fettlöslichen Vitaminen wie Vitamin A und E. Tierische Fette und Öle besitzen weniger ungesättigte Fettsäuren als pflanzliche Produkte und enthalten einen hohen Anteil an Cholesterin. Letzteres beschleunigt die Bildung von Gicht und Harnsteinen. Cholesterin verstopft Blutbahnen und fördert besonders im Alter Herzinfarkte (Durchblutungsstörung im Herzen) und Schlaganfälle (Durchblutungsstörung im Gehirn).⁴⁾

Fettsäuremuster von Rapsöl (Doppel-Null-Sorten)

Fettsäure	%	C-Atome	Doppelbindungen
Palmitinsäure	3,2 – 5,0	16	0
Stearinsäure	1,0 – 2,5	18	0
Ölsäure	52,6 – 63,2	18	1
Linolsäure	20,7 – 28,1	18	2
Linolensäure	10,1 – 15,5	18	3
Erukasäure	0,0 – 1,7	22	1

Quelle: AGRA-EUROPE 29/05, Markt + Meinung, S. 12

Raps als nachwachsender Rohstoff in Deutschland

Wie schon an anderer Stelle angesprochen, ist Raps eine wichtige Frucht auch für den Bereich der nachwachsenden Rohstoffe. Dabei spielt diese Fruchtart zum Beispiel für die Biodieselherstellung eine wichtige Rolle. Um hierfür in Deutschland die Rohstoffsicherung zu gewährleisten, werden erhebliche Mengen aus dem Ausland importiert. Nach Informationen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) wurden zur Ernte 2005 durch hier zu Lande ansässige Ölmühlen etwa 46 000 Hektar Stilllegungsflächen sowie 82 800 Hektar Energiepflanzen in anderen EU-Mitgliedstaaten unter Kontrakt genommen. Bei den Energiepflanzen erhöhten sich diese Kontrakte gegenüber dem Jahr 2004 um 53,3 Prozent.

In Deutschland legte der Anbau von Doppel-Null-Energierraps um 52 Prozent auf fast 122 000 Hektar zu (vgl. Tabelle nächste Seite).

4) www.seilnacht.com/Lexikon/Leinoel.htm

**Entwicklung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe in Deutschland 1995, 2000 und 2003 – 2004
nach Art des Anbaus**

Nachwachsende Rohstoffe	1995	2000	2003	2004	2005 ¹⁾	Veränderung 2005 gegenüber		
						2003	2004	%
	ha							
Anbau auf Stilllegungsflächen								
Doppel-Null-Raps	324 893	311 667	314 573	195 652	309 619	-	1,6	+ 58,2
Eruca-Raps	5 627	20 687	10 610	12 996	12 428	+	17,1	- 4,4
Sonnenblumen	17 176	5 253	3 280	753	1 899	-	42,1	+ 152,2
Roggen (Körner)	.	.	15	17	735	x		x
Silomais	.	.	3 774	2 875	19 330	+ 4,1-fach		x
Triticale ²⁾	.	.	79	143	656	x	+ 3,6-fach	
Weizen (Körner)	3 827	31	7	27	20 448	x		x
Insgesamt	360 796	340 614	334 806	213 918	370 502	+	10,7	+ 73,2
Energiepflanzenanbau								
Doppel-Null-Raps	.	.	.	80 251	121 926	x	+	51,9
Roggen ²⁾	.	.	.	21 459	49 863	x	+	132,4
Silomais ²⁾	.	.	-	7 863	40 498	x	+ 4,2-fach	
Triticale ²⁾	.	.	-	449	2 203	x	+ 3,9-fach	
Weizen ²⁾	.	.	.	466	22 720	x		x
Insgesamt	.	.	.	111 510	242 777	x	+	117,7

1) Vorläufige Angaben der BLE, Stand 2. Mai 2005

2) Einschließlich Ganzpflanzenanbau

Quelle: AGRA-EUROPE 29/05, Markt + Meinung, S. 12

Dass nachwachsende Rohstoffe auf Stilllegungsflächen zur Ernte 2005 in Deutschland verstärkt angebaut werden (+ 73,2 Prozent gegenüber 2004), ist maßgeblich mit der Wiederanhebung des Stilllegungssatzes auf durchschnittlich 10 Prozent zu erklären. Wegen der Ausweitung der prämienberechtigten Ackerflächen sank der nominale Stilllegungssatz von 10 Prozent auf 7,57 bis 9,00 Prozent je nach Bundesland (Brandenburg: 8,73 Prozent). Dies bedeutet aber auch, dass Betriebe mit Kartoffeln, Rüben, Gemüse, Ackerfutter usw. ebenfalls anteilig stilllegen. Aufgrund der extremen Trockenheit und der dadurch bedingten schlechten Getreideernte im Jahr 2003 hatte die Europäische Kommission damals den obligatorischen Stilllegungssatz zur Ernte 2004 auf 5 Prozent halbiert.

Nach wie vor ist die bedeutendste Kultur auf den Stilllegungsflächen eindeutig der Doppel-Null-Raps. Mit etwa 309 600 Hektar nimmt dieser fast 84 Prozent des gesamten Anbaus nachwachsender Rohstoffe auf diesen Flächen ein. In einigen Anbauregionen ist damit offenbar die Grenze der Fruchtfolgemöglichkeiten erreicht. Beim Anbau auf Stilllegungsflächen ist mittlerweile der Weizen mit fast 20 500 Hektar gegenüber nur 27 Hektar im Jahr 2004 am

Zweitwichtigsten. Auch bei dieser Pflanzenart zeigt sich der „Bioenergieboom“. Im Rahmen des Energiepflanzenanbaus stand diese Kultur auf fast 23 000 Hektar. Ein Jahr zuvor waren es noch 466 Hektar.

Die mit Erucaraps bestellte Brachfläche verringerte sich im Jahresvergleich um 4,4 Prozent auf gut 12 400 Hektar. Dagegen hatte sich die Erucarapsanbaufläche in Deutschland von 2003 zu 2004 um über 17 Prozent ausgedehnt. Ein entscheidendes Kriterium für den Anbau dieser speziellen Rapszüchtung sind die Kontrakte, die hierfür mit den Unternehmen der aufnehmenden Hand abgeschlossen werden können. Wichtigstes Bundesland beim Anbau von nachwachsenden Rohstoffen auf Stilllegungsflächen war im Jahr 2005 Bayern mit 44 718 Hektar. Aber auch in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen wurde zur Ernte 2005 jeweils über 40 Tausend Hektar Stilllegungsfläche mit nachwachsenden Rohstoffen bestellt. Auf dem Gebiet des Energiepflanzenanbaus war Brandenburg mit 59 952 Hektar vor Mecklenburg-Vorpommern mit 44 898 Hektar und Sachsen-Anhalt mit 40 820 Hektar führend.⁵⁾

5) AGRA-EUROPE, 29/05, Markt + Meinung S. 12

Produktion der Rapssaat in der Europäischen Union 1999 – 2004

Länder	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ¹⁾
	Millionen t					
EU-15 insgesamt	11,40	8,95	8,87	9,50	9,48	10,45
darunter						
Frankreich	4,39	3,48	2,87	3,41	3,34	3,50
Deutschland	4,28	3,59	4,16	3,89	3,65	4,40
Großbritannien	1,74	1,16	1,16	1,53	1,77	1,74
andere	0,99	0,72	0,68	0,67	0,72	0,81
EU-10 neu gesamt	2,78	2,24	2,60	2,33	1,57	2,50
darunter						
Tschechische Republik	0,93	0,84	0,97	0,71	0,39	0,80
Slowakei	0,24	0,13	0,24	0,26	0,05	0,18
Ungarn	0,33	0,18	0,21	0,21	0,10	0,17
Polen	1,13	0,96	1,06	0,95	0,80	1,10
Estland	0,03	0,04	0,04	0,06	0,07	0,08
Lettland	0,01	0,01	0,01	0,03	0,04	0,04
Litauen	0,11	0,08	0,07	0,11	0,12	1,13
EU-25 insgesamt	14,18	11,19	11,47	11,83	11,05	12,95

1) Geschätzt,

Quelle: AGRA-EUROPE 28/04, Markt + Meinung, S. 12

Rapsanbau in der Europäischen Union

In der Europäischen Union (EU-25) spielt der Rapsanbau in Bezug auf die Ölsaatenproduktion die entscheidende Rolle (vgl. oben stehende Tabelle). Im Jahr 2004 wurden in den bisherigen 15 Mitgliedstaaten (EU-15)⁶⁾ zirka 10,45 Millionen Tonnen Rapssaat produziert, während es 2003 etwa 9,48 Millionen Tonnen waren. Eine über der Produktionsmenge von 2004 liegende Rapssaatmenge wurde im Jahr 1999 erzielt. In diesem Jahr lag die Erntemenge bei rund 11,40 Millionen Tonnen. Hauptproduzenten in der EU-15 waren neben Deutschland noch Frankreich und mit größerem Abstand Großbritannien. Im Jahr 2004 sind als bedeutendere Rapsanbauländer der zehn neuen Beitrittsstaaten (EU-10 neu)⁷⁾ Litauen und Polen zu nennen. In den zehn neuen EU-Staaten wurden 2004 rund 2,50 Millionen Tonnen Raps produziert. Im Jahr davor waren es 0,93 Millionen Tonnen weniger.

Momentan ist die Frage zu stellen, warum der Rapsanbau in Europa auch in den Jahren 2005 und 2006 attraktiv bleiben wird. Folgende Punkte sprechen gegenwärtig für den Rapsanbau in der Europäischen Union und damit auch in Deutschland:

- Es wird weltweit von eher sehr kleinen Getreidevorräten (nächsten zwei bis drei Jahre) ausgegangen. Dies kann dazu führen, dass die Ölsaatenfläche zugunsten der von Getreide reduziert wird und führt dann gegebenenfalls zu steigenden Ölsaatenpreisen.
- Die Preise für Sonnenblumensaat und -öl sollen 2004/2005 relativ hoch bleiben, da sich die Weltproduktion etwas verringerte. Eine solche Entwicklung kommt ebenfalls den Rapspreisen zugute.
- In Südamerika gab es 2004 große Probleme mit einem nur an Sojabohnen auftretenden Pilz. Aus diesem Grund erhöhten sich die Produktionskosten für Sojabohnen in Argentinien, Brasilien und Paraguay. Damit verloren Sojabohnen einen Teil ihrer Konkurrenzfähigkeit und die südamerikanischen Farmer können möglicherweise wieder vermehrt andere Ölsaaten oder auch Getreide anbauen.
- Bis Ende 2004 blieben die Vorräte aller Öle und Fette verhältnismäßig klein.
- In Europa entwickelt sich eine zunehmende Nachfrage nach Rapsöl für Food und Nonfood (Biodiesel).
- Außerdem ist davon auszugehen, dass sich in China, Indien und anderen asiatischen Ländern der Verbrauch von Ölen und Fetten auch in den kommenden Jahren weiterhin überproportional erhöht. Wahrscheinlich wird die Landwirtschaft in diesen Ländern nicht mit der Verbrauchsentwicklung Schritt halten können, sodass die Importabhängigkeit weiter zunehmen wird.

6) Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereiniges Königreich

7) Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Tschechische Republik, Zypern

- Die hiesige Profitabilität und Erlössituation wird aber stark durch die weitere Entwicklung des US-Dollars mit bestimmt.
- Aus der Sicht der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) könnte der Anbau von Winterraps sowohl für Nahrungsmittel- als auch für Nicht-nahrungszwecke bis zur Fruchtfolgegrenze ausgedehnt werden. Des Weiteren könnte der Vertragsanbau auf Stilllegungsflächen erhöht werden. Es ist durchaus davon auszugehen, dass der europäische Ölsaatenmarkt attraktiv bleibt. Es gab im zweiten Halbjahr 2004 keinen Exportüberschuss innerhalb der Europäischen Union bei Rapssaat und Rapsöl. Dabei erscheint ein Zuwachs der weltweiten Ölsaatenproduktion für den Ausgleich der abgebauten Vorräte und zur Deckung der steigenden Nachfrage erforderlich.⁸⁾

Für die EU-25 wird im Jahr 2005 mit einer Gesamternte von 14,9 Millionen Tonnen Raps gerechnet. Ein Drittel davon wird aus Deutschland kommen, gefolgt von Frankreich mit schätzungsweise 4,2 Millionen Tonnen.

Der Ölsaatenhandel

Der Handel mit Ölsaaten spielt weltweit eine sehr große Rolle. Der größte Teil der Ölsaaten, welcher in Deutschland verarbeitet wird, kommt aus den großen Agrarstaaten Nord- und Südamerikas sowie den Ländern der Europäischen Union. Des Weiteren werden auch das Öl der Ölpalme und Kokosöl aus Asien und Afrika in deutschen Ölmühlen verarbeitet und für die Herstellung von Spezialfetten verwendet. Die Warenbörse in Chicago ist der Brennpunkt, wo Angebot und Nachfrage von Ölsaaten, Ölschrotten und Ölen aufeinander treffen. Die Preise, die sich hier bilden, bestimmen weltweit das Marktgeschehen. Bevor die Saaten den verschiedenen Verwendungsbereichen zugeführt werden, durchlaufen die Saaten viele Stationen, wie im Warenflussschema auf der nächsten Seite dargestellt ist. Die Sojabohne hat für die Preisgestaltung der Ölsaaten auf dem Weltmarkt eine überragende Bedeutung. Mit einem Anteil von über 46 Prozent (Stand September 2005) an der Weiterzeugung der fünf wichtigsten Ölsaaten (Sojabohnen, Baumwollsaaat, Erdnüsse, Sonnenblumensaat, Rapssaat) und als führendes Produkt im Handel an der Wareterminbörse in Chicago, nehmen die Sojabohnen eine Art Führungsrolle bei der Preisgestaltung vieler anderer Ölsaaten und deren Nachprodukte ein.

Die Ausfuhr von Ölfrüchten des Landes Brandenburg erhöhte sich von 808 Tonnen im Jahr 2002 auf fast 16 000 Tonnen im Jahr 2004. Aufgrund der Anbaustruktur dürfte hier der Winterraps bestimend sein. Der Ausfuhrwert lag 2004 bei knapp 4,36 Millionen EUR. Eine rückläufige Entwicklung zeigte sich bei den pflanzlichen Ölen und Fetten.

8) UFOP-Empfehlungen für die Anbauplanungen 2004. In: AGRA-EUROPE, 28/04, Markt + Meinung, S. 10 – 14.

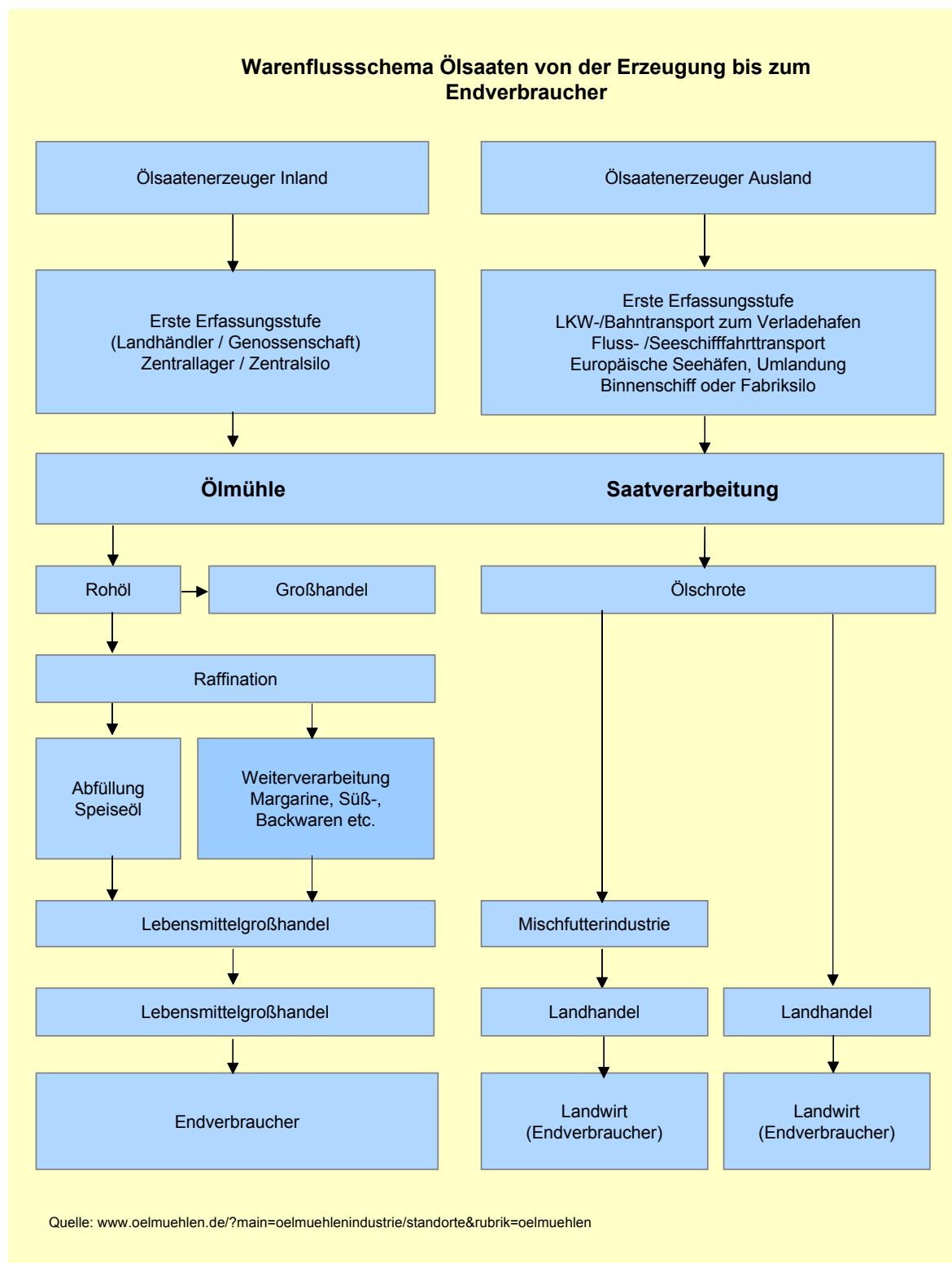
Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Export von 698 Tonnen auf 257 Tonnen.

Während 2002 noch 7 856 Tonnen Ölfrüchte nach Brandenburg importiert wurden, waren es 2 Jahre später mehr als 30 600 Tonnen, deren monetärer Wert sich auf fast 7,5 Millionen EUR belief. Eine Aufgliederung hinsichtlich der Ölfrüchte ist an dieser Stelle nicht möglich. Des Weiteren gab es bei den pflanzlichen Ölen und Fetten eine Erhöhung von 3 686 Tonnen auf über 5 600 Tonnen.

Die Standorte für die Sojaverarbeitung konzentrieren sich auf den Hafen Hamburg und den Mittelrhein, da Sojabohnen ausschließlich importiert werden. Raps- und Sonnenblumenverarbeiter suchen eher die Nähe zu den deutschen Anbaugebieten. Sie sind infolgedessen breiter gestreut und an folgenden Orten angesiedelt: Hamburg, Salzgitter, Riesa, Hamm, Spyck/Emmerich, Neuss, Krefeld – Alberdingk Boley, Mainz, Mannheim. Die Ölsaatenverarbeitung in Deutschland wird auf 6,5 bis 8,8 Millionen Tonnen pro Jahr eingeschätzt. Am stärksten werden in den deutschen Ölmühlen Soja (3,0 bis 4,0 Millionen Tonnen) und Raps (2,8 bis 4,0 Millionen Tonnen) verarbeitet. Von wesentlich geringerer Bedeutung sind Sonnenblumen sowie Lein, Rizinus und Kokos. Bezeichnenderweise gibt es im Nordosten der Republik kaum Ölmühlen, obwohl hier ein großer Teil des Winterrapses produziert wird. Im Jahr 2004 machte die in den neuen Bundesländern erzeugte Erntemenge an Winterraps mehr als 57 Prozent der Gesamtproduktionsmenge aus. Von den zehn durch den Verband Deutscher Ölmühlen genannten Mühlen stehen neun auf dem Gebiet der alten Bundesländer.

Im Wirtschaftsjahr 2003/2004 wurden in Deutschland 8,6 Millionen Tonnen Ölsaaten verarbeitet. Das waren nach Angaben des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft 1,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Rapsverarbeitung ist um 3,7 Prozent gestiegen, die Verarbeitung von Sonnenblumen um 28,6 Prozent. Abgenommen hat dagegen die Verarbeitung von Sojabohnen (– 8,8 Prozent) und anderen Ölsaaten (– 5,1 Prozent).

Aktuell verarbeiten etwa 250 dezentrale Ölmühlen in Deutschland Raps. Dort werden Rapsspeiseöl für die Direktvermarktung sowie Rapskuchen als wertvolles Eiweißfutter hergestellt. Stark gestiegen sind nicht zuletzt als Ergebnis der Änderung der Agrardieselregelung die Produktion von Rapsölkraftstoff zur Verwendung in der Land- und Forstwirtschaft sowie die Produktion von Rapsöl für den Weitervertrieb an Bioldieselanlagen. Der Betrieb einer dezentralen Ölmühle ist dabei aber kein Selbstläufer, sondern stellt hohe Anforderungen an den Anlagenbetreiber. Diese betreffen ebenso die Rohstoffbeschaffung und -qualität wie die Auswahl der Anlagengröße und -konzepte im Hinblick auf die zu erfüllenden Qualitätsanforderungen der jeweiligen Endprodukte.



Rapsschrot und -kuchen

Das bei der Ölgewinnung anfallende Rapsextraktionschrot findet zunehmende Verwendung in der Tierfütterung, weil insbesondere deutsches Rapsschrot einen ausgewiesenen niedrigen Glucosinolatgehalt hat. Das Raps-

extraktionsschrot fällt in der Ölmühle bei der Extraktion von Rapsöl an. Die Rapssaat wird in der Ölmühle vorgepresst, extrahiert, getoastet und getrocknet/gekühlt. Durch Extraktion wird eine sehr hohe Ölausbeute erzielt. Als Folge ist der Rohfettgehalt in Extraktionsschrot mit 2 bis 4 Prozent sehr niedrig.

Als Eiweißfuttermittel für Rinder und Schweine wird neben den klassischen Komponenten Soja- und Rapsextraktionschrot zunehmend auch Rapskuchen angeboten, der beim so genannten Kaltpressen von Rapssaat anfällt. In vorwiegend von Landwirten und Landhändlern betriebenen Ölmühlen wird Rapsöl für die Bio-Dieselherstellung erzeugt, wobei als Pressrückstand eiweißreicher Rapskuchen in beträchtlichen Mengen anfällt. Je nach Intensität des Pressvorganges kann die Ölausbeute schwanken. Rapskuchen weist somit je nach Ausmaß der Pressung 8 bis 20 Prozent Rohfett auf.

Aus einer Dezitonnen Rapssaat lassen sich rund 55 bis 60 Kilogramm Rapsextraktionsschrot gewinnen. Das würde bedeuten, wenn der gesamte Raps Brandenburgs des Jahres 2004 den großen Ölmühlen zugeführt worden wäre, dann wäre Rapsextraktionsschrot in einer Höhe von etwa 250 Tausend bis 270 Tausend Tonnen angefallen (Raps-erntemenge 2004 insgesamt: 451 240 Tonnen).

In der Rinderfütterung haben sich Einsatzmengen von 0,5 bis 1,2 Kilogramm Rapsextraktionsschrot je Tier und Tag bei Mastbullen und ein bis vier Kilogramm bei Milchkühen bewährt. Bezogen auf die Gesamtration sind Anteile bis 15 Prozent Rapsextraktionsschrot in der Trockenmasse der Gesamtration möglich. Würden die 174 600 Milchkühe des Landes (Stand: 3. Mai 2005) 300 Tage mit täglich vier Kilogramm Rapsextraktionsschrot gefüttert werden, würden 209 520 Tonnen dieses Futters benötigt werden.

In der Schweinfütterung ist ein Einsatz in begrenztem Umfang ebenfalls möglich. Hier sind aber unter anderem Glucosinolatgehalte und die Gewährleistung der ausreichenden Zufuhr von umsetzbarer Energie im Futter mit zu berücksichtigen.

Im Mischfutter, insbesondere im proteinreichen Ausgleichskraftfutter, sind entsprechend höhere Anteile mit Erfolg einsetzbar. Ähnlich ist die Situation in der Fütterung bei Schaf und Ziege. Beim Einsatz in der Kälberfütterung liegen bisher sehr wenige Ergebnisse vor. Beim Jungtierfutter ist die Akzeptanz neben dem Futterwert entscheidend für die Einsatzwürdigkeit. Grundsätzlich ist die Akzeptanz von Rapsextraktionsschrot bei entsprechender Anfütterung und Konstanz in der Fütterung gegeben. Die Verwendung von Rapsextraktionsschrot in der Aufzucht ist unter Beachtung der weiteren Anforderungen möglich. Die angesprochenen Fütterungsdaten beruhen auf den Ergebnissen verschiedener Studien, die im Auftrag der UFOP erfolgten.

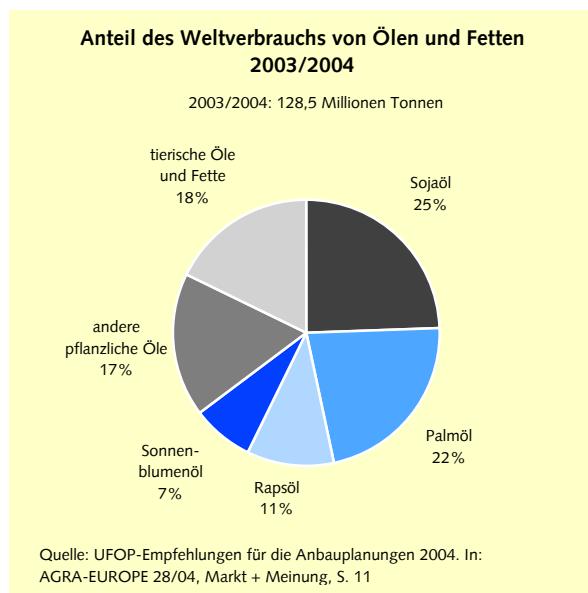
In der Fütterung sind Rapsextraktionsschrot und Rapskuchen daher zwei völlig verschiedene Futtermittel. Während bei Rapsextraktionsschrot in erster Linie der Protein- und Energiegehalt die Einsatzmenge bestimmen, wird diese bei Rapskuchen durch den Fettgehalt begrenzt, der in

der Gesamtration 800 bis 1 000 Gramm nicht überschritten sollte. Als Faustzahl kann von einem Kuchen-Öl-Verhältnis von zwei Dritteln zu einem Drittel ausgegangen werden. Da in den kleineren Ölpressen keine Extraktionsmittel verwendet werden, darf dieser Rapskuchen auch in nach der EU-Öko-Verordnung 2092/91 wirtschaftenden Betrieben eingesetzt werden.

Der gegenüber Sojaextraktionsschrot doppelt so hohe Rohfasergehalt des Rapsextraktionsschrotes ist auf seinen relativ hohen Anteil an Schalen zurückzuführen. Deren Rohfaser besteht hauptsächlich aus Lignin (etwa 80 Gramm je Kilogramm Rapsextraktionsschrot). Rapssamen und demzufolge auch die Rapsfuttermittel sind im Unterschied zu Getreide und den Körnerleguminosen praktisch stärkefrei. Verschiedene Ein- und Mehrfachzucker wurden aber nachgewiesen, deren Gehalte in Rapsextraktionsschrot und Rapskuchen jedoch nicht die des Sojaextraktionsschrotes erreichen. Neben den Futterwert bestimmenden Inhaltsstoffen enthalten die Rapsfuttermittel auch sekundäre Pflanzenstoffe, die in größeren Mengen ungünstig wirken können und zu Begrenzungen im Einsatz führen. In erster Linie handelt es sich um Glucosinolate. Die Doppel-Null-Sorten sind frei von Erucasäure und arm an Glucosinolaten.

Weltproduktion bestimmt die Preise

Der Weltverbrauch von 17 wichtigen Ölen und Fetten ist innerhalb der letzten 20 Jahre um durchschnittlich 4 Prozent oder 3,4 Millionen Tonnen pro Jahr gestiegen. In der OIL WORLD Prognose von Anfang Dezember 2004 wird der Gesamtweltverbrauch im Zeitraum von Oktober 2004 bis September 2005 auf ein neues Rekordvolumen von 134,4 Millionen Tonnen geschätzt. Trotz eines stark zunehmenden Bedarfes an Ölen und Fetten für die Produktion von Biodiesel, der chemischen Industrie und im Mischfutter findet der mit etwa 80 Prozent weitaus größte Teil im Ernährungssektor Verwendung. Dagegen sind die Vorräte an diesen 17 Ölen und Fetten innerhalb der letzten drei Jahre um 2,7 Millionen Tonnen abgebaut worden. Deshalb wird ein großer Teil des Zuwachses, von dem ausgegangen wurde, benötigt, um die momentan kleinen Vorräte auszugleichen und die voraussichtliche Nachfrage zu decken. Insgesamt könnten die weltweiten Bestände von Ölsaaten innerhalb der Saison 2004/2005 um etwa acht bis neun Millionen Tonnen zunehmen. Nachfolgende Grafik zeigt die Aufsplittung des Weltverbrauchs an Ölen und Fetten 2003/2004. Sojaöl ist das wichtigste Öl mit einem Anteil von einem Viertel am Weltverbrauch. Anfang der 90er Jahre waren es rund 19 Prozent. Damals spielten die tierischen Öle und Fette mit 24 Prozent eine stärkere Rolle. Neben Sojaöl sind Palmöl und Rapsöl von großer Bedeutung. Etwas rückläufig war die Entwicklung beim Sonnenblumenöl von 10 auf 7 Prozent.



Die Öl- und Fettindustrie gehört weiterhin zu den weltweit stärksten Wachstumsbranchen. In den letzten Jahren wurde das größte Verbrauchswachstum in China und anderen asiatischen Ländern registriert. Der Bevölkerungsanstieg und zunehmender Wohlstand sind die Wachstumsmotoren. Die Steuerbefreiung von Biodiesel sowie Rohölpreise von zeitweise etwa 70 US-Dollar pro Barrel haben die Attraktivität der Biodieselproduktion weiter verbessert.

Auch in Brasilien und den USA wird eine Expansion der Biodieselproduktion durch finanzielle Anreize stimuliert, wobei in diesen beiden Ländern hauptsächlich Sojaöl eingesetzt wird. Ähnliche Förderungsprogramme gibt es (zum Einsatz von Palmöl, Kokosöl, Sojaöl und anderen) bereits in Malaysia, Thailand, Japan, den Philippinen und anderen asiatischen Ländern. Weitere Programme sind für die Produktion von Biodiesel auf Basis von Pflanzenöl geplant, um die Abhängigkeit von Mineralölimporten zu reduzieren. Diese Entwicklung wird weltweit spürbare Auswirkungen haben, da sie die Nachfrage nach pflanzlichen Ölen erhöht und daher zu höheren Ölpreisen und steigender Ölsaatenverarbeitung führen kann. Dies wird gleichzeitig einen tendenziellen Überschuss an Ölkuchen sowie -schrot bzw. Futtermitteln nach sich ziehen.

Die Weltproduktion von Raps (einschließlich Canola aus Kanada) wird in der Saison 2004/2005 etwa 12 Prozent der Produktion aller Ölsaaten ausmachen. China produziert in der Saison 2004/2005 in etwa 12 Millionen Tonnen Rapssaat gefolgt von Kanada mit rund 7,7 Millionen Tonnen, Indien mit 6,6 und Australien mit 1,4 Millionen Tonnen. Die Weltproduktion von Raps hat sich seit Mitte der 80er Jahre mehr als verdoppelt und wird in 2004/2005 ein Rekordvolumen von fast 45 Millionen Tonnen erreichen.

Es muss auch davon ausgegangen werden, dass weitere deutliche Produktionssteigerungen in den Jahren 2005 bis 2010 notwendig sind, um den weiterhin kräftig steigenden Weltbedarf an Rapsöl befriedigen zu können. Zum einen wird die Weltnachfrage auf dem Ernährungssektor weiter stark ansteigen, insbesondere in Indien und China. Hinzu kommt die Nachfrage nach Rapsöl seitens der Biodieselindustrie. Gerade hier gibt es eine Reihe von Unsicherheiten, wie z. B. die zukünftige Preisentwicklung von Mineralöl und die Frage, inwieweit Biodiesel in Europa weiterhin die heutigen enormen Steuervorteile behält. Derzeit ist damit zu rechnen, dass im Durchschnitt der nächsten drei Jahre allein in Europa der Rapsölbedarf der Biodieselindustrie jährlich um mindestens 0,5 Millionen Tonnen wachsen wird.

Zusammenfassend gilt, dass der Rapsmarkt der Europäischen Union und damit der von Deutschland in Verbindung mit den Ölsaaten insgesamt und den Produktionsmärkten zu sehen ist. Die guten Substitutionsbedingungen zwischen Rohstoffen und Produkten stehen für einen lebhaften Wettbewerb. Dabei beeinflussen die Sojanozierungen den Markt und tragen zur Preisbildung für die hiesigen Ölsaaten bei. Große Erntemengen wirken sich auf die Preisbildung für europäischen Raps senkend aus. Außerdem sind die Wechselkursschwankungen zwischen EUR und US-Dollar eine weitere Komponente für die Preisbildung im Land.

Perspektiven für die Rapsproduktion

Die Perspektiven für die Rapsproduktion in Europa und damit verbunden auch in Brandenburg sind günstig und besser als für andere Ölsaaten. Die Produktion von Biodiesel hat sich in der Europäischen Union immer mehr zu einem wichtigen Standbein entwickelt, das bald 50 Prozent der jährlichen Rapsölproduktion in Europa einfordern wird. Zurzeit beträgt der Anteil von Rapsöl an der gesamten Biodieselproduktion mehr als 90 Prozent. Dies könnte sich durchaus ändern, wenn andere Öle (z. B. Sojaöl oder Palmöl) ihren Marktanteil erhöhen. Sollte die Europäische Kommission an ihrem ehrgeizigen Plan zur weiteren Ausdehnung der Verwendung nachwachsender Rohstoffe für die nächsten Jahre festhalten und die Biodieselproduktion weiterhin ausreichende staatliche Förderung erhalten, so wird es schwierig werden, die Produktion von Rapssaat und anderen nachwachsenden Rohstoffen für Energiezwecke innerhalb der Europäischen Union ausreichend zu erhöhen, um mit der schnell wachsenden Nachfrage Schritt zu halten. Es kann ohne weiteres möglich sein, dass die Europäische Union ab dem Jahr 2006 ein Nettoimporteur von Rapssaat und -öl sein wird. Das ergibt sich schon daraus, dass in vielen anderen Ländern außerhalb der Europäischen Union der Raps ein hohes Potenzial für Produktionssteigerungen besitzt. Raps wird in den kommenden Jahren in Ländern wie der Ukraine, Russland,

Argentinien und anderen südamerikanischen Ländern, Australien, Indien und wahrscheinlich auch in China eine größere Bedeutung erlangen. Dabei ist die weltweite Entwicklung der Nachfrage für die zukünftige Produktion und die Preise von Raps, Sojabohnen, Sonnenblumensaft, anderen Ölsaaten und Palmöl von überragender Bedeutung. Berechnungen haben ergeben, dass sich innerhalb der letzten zwanzig Jahre der Weltverbrauch für die 17 wichtigsten Öle und Fette etwas mehr als verdoppelt hat und dieser wird, wie schon weiter oben angesprochen, in der Saison 2004/2005 etwa 134,4 Millionen Tonnen betragen. In jüngster Zeit hat sich die jährliche Expansion des Verbrauchs zum Teil aufgrund eines kräftigen Wachstums in China und anderen asiatischen Ländern beschleunigt. Als zusätzliche Nachfragequelle ist zuletzt auch die mittlerweile nicht mehr zu unterschätzende Biodieselindustrie in Erscheinung getreten. In den kommenden Jahren ist gerade der Entwicklung in China und Indien eine besondere Bedeutung beizumessen. In diesen beiden Ländern leben etwa 37 Prozent der Weltbevölkerung. Der Durchschnittsverbrauch pro Kopf ist in diesen Ländern noch relativ gering. Die Befriedigung des zukünftigen Verbrauchs an Biodiesel in Asien und anderen Ländern der Welt wird an jeden Beteiligten auf der Angebotsseite große Herausforderungen stellen. Mit ziemlich hoher Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass auch in Zukunft mit erheblichen Preisfluktuationen auf den Agrarmärkten gerechnet werden muss.

Langfristig ist damit zu rechnen, dass eine Befriedigung des weltweiten Bedarfs an Ölsaaten und Ölen nur möglich sein wird, wenn die Preise ausreichend hoch sind, um weitere Flächen in die Bewirtschaftung zu nehmen. Untersuchungen haben zu dem Ergebnis geführt, dass für die nächsten zehn Jahre der Durchschnittspreis für Ölsaaten und Öle über dem des vergangenen Jahrzehnts liegen wird.⁹⁾

Biodiesel – ein Markt mit Zukunft

Biodiesel, auch als Rapsmethylester oder kurz RME bekannt, ist eine Alternative zum herkömmlichen Dieselkraftstoff. Fossile Energierohstoffe sind nur begrenzt verfügbar. Schon aus diesem Grund sollte ihr Einsatz durch die Nutzung von erneuerbaren Energien reduziert werden. Hierbei können Ölpflanzen helfen, denn sie speichern im Pflanzenöl – etwa 1 200 Liter je Hektar – Sonnenenergie. Bekanntermaßen ist in Deutschland der leuchtend gelb blühende Raps der bedeutendste Lieferant von Pflanzenöl, das durch eine einfache chemische Reaktion zu Biodiesel umgewandelt wird. Das Rapsöl aus der Ölmühle wird in einer Umesterungsanlage zu Rapsmethylester umgewandelt. Bei diesem Vorgang wird Methanol eingesetzt, welches heute noch größtenteils aus Erdgas hergestellt

wird. Hierdurch entsteht der mit Abstand größte Energieaufwand bei der Umesterung. In Zukunft kann Methanol auch aus Biomasse erzeugt werden. Damit wird sich der Einsatz von Fossilenergie weiter reduzieren. Biodiesel, welches praktisch in jedem Dieselmotor einsetzbar ist, gibt weitestgehend nur so viel CO₂ ab, wie die Pflanze bei ihrem Wachstum aufgenommen hat. Der Biodiesel enthält keinen Schwefel und trägt damit nicht zum „sauren Regen“ bei. Rapsmethylester ist biologisch schnell abbaubar und reduziert auch die Gefahr für Boden und Grundwasser. Biodiesel wurde in die Wassergefährdungsklasse 1 eingestuft und ist somit nicht als Gefahrgut klassifiziert.

Folgende positiven Eigenschaften gelten im Prinzip für den Biodiesel:

- positive Energiebilanz,
- geschlossener CO₂-Kreislauf,
- sehr geringe Motoremission,
- leicht biologisch abbaubar,
- schwefelfrei und nicht giftig,
- wirtschaftliche und ökologische Alternative zur Flächenstilllegung und
- marktgerechte Bereitstellungskosten.

Zu den Nachteilen gehören:

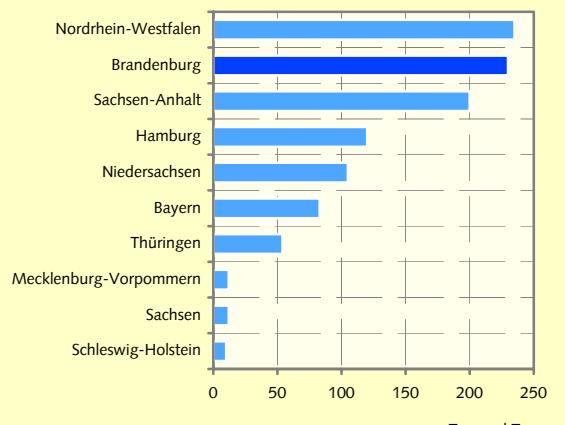
- eine mögliche überhöhte Freisetzung von Lachgas und
- hoher Subventionsbedarf.

Die Entwicklung der Biodieselproduktion und Vermarktung hat in den vergangenen Jahren einen in dem Ausmaß nicht erwarteten Aufschwung in Deutschland und der Europäischen Union erfahren. Von 1996 bis 2003 wurde die Biodieselproduktionskapazität europaweit mit insgesamt zwei Millionen Tonnen mehr als vervierfacht. In Deutschland produzieren 23 Unternehmen Biodiesel mit einer Gesamtkapazität von mehr als einer Million Tonnen.

Biodiesel wird bundesweit mittlerweile an zirka 1 900 Tankstellen angeboten. Der Jahresabsatz an Biodiesel dürfte im Jahr 2004 auf etwa 850 Tausend bis 900 Tausend Tonnen angestiegen sein (Vorjahr 700 Tausend Tonnen). Dies entspricht einer Anbaufläche von fast 600 Tausend Hektar. Am herkömmlichen Dieseleinsatz macht Biodiesel in Deutschland derzeit fast 3,2 Prozent aus. Die deutschen Biodiesel-Produktionskapazitäten sind innerhalb von sechs Jahren von 80 Tausend (1998) auf 1 100 Tausend Tonnen (2004) gestiegen (vgl. nachstehende Grafik). Bedeutsame Kapazitäten gab es im Jahr 2004 in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen mit etwa 235 Tausend Tonnen und Brandenburg mit zirka 230 Tausend Tonnen. Europaweit beträgt die Biodieselkapazität 2004 etwa 2,4 Millionen Tonnen.

9) Mielke, T.: Rapsöl – der Wachstumsmarkt der Zukunft; Innovation 2/2005, S. 4 bis 7

Biodieselkapazität in ausgewählten Bundesländern 2004



Quelle: Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e.V.

Entwicklung des Biodieselabsatzes in Deutschland 1991 – 2003



Quelle: Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e. V.

Immer noch rasant steigt die Produktionskapazität für Biodiesel in Deutschland. Unter Berücksichtigung der im Bau befindlichen und konkret geplanten neuen Anlagen wird die Kapazität der deutschen Biodieselproduzenten von 290 Tausend Tonnen im Jahr 2000 bis Ende 2006 auf etwa 2,3 Millionen Tonnen steigen. Diese Einschätzung der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen gab im Juli 2005 der Deutsche Bauernverband bekannt. Die Änderung des Mineralölsteuergesetzes zur Mineralölsteuerbegünstigung von Biokraftstoffen im Jahr 2004 habe eine Investitionswelle ausgelöst. Das Resultat sei ein sprunghafter Anstieg um 716 Tausend Tonnen auf über 1,9 Millionen Tonnen bis Ende dieses Jahres. Mit den neuen Anlagen, die im Jahr 2006 hinzukommen, kann Deutschland mit über zwei Millionen Tonnen Kapazität ein im internationalen Vergleich einmaliges Ergebnis erreichen. Insgesamt wurden im Jahr 2001 etwa 450 Tausend Tonnen Biodiesel abgesetzt, in den Folgejahren 2002 und 2003 jeweils weitere 100 Tausend Tonnen mehr (vgl. Grafik Entwicklung Biodieselabsatz in Deutschland). Alle Daten basieren auf Informationen der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen e.V.

Der Absatzboom im Treibstoffsektor hat sich bislang auch positiv auf die Rapsnachfrage ausgewirkt. Die kräftige Steigerung der Rapsverarbeitung sorgt jedoch für einen anhaltend hohen Ausstoß von Rapsöl. Immerhin produzierten die hiesigen Ölmühlen nach Angaben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung vom Juli 2004 bis Januar 2005 rund 1,33 Millionen Tonnen Rapsöl, beachtliche 18 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Das umfangreiche Angebot an Rapsöl übt derzeit einen kräf-

tigen Preisdruck aus, zumal die erhofften marktentlastenden Impulse aus dem Treib- und Schmierstoffsektor bisher weitgehend ausgeblieben sind, obgleich in der ersten Hälfte 2004/2005 bereits über 60 Prozent des Rapsöls in den technischen Bereich flossen.

Eine nicht zu unterschätzende Problematik mit der Ausweitung der Biodieselkapazitäten ist die Frage, woher der Rohstoff kommen soll, welcher hierfür benötigt wird. Würden 2007 die Biodieselkapazitäten auf 2,7 Millionen Tonnen anwachsen, so wäre rein rechnerisch eine Anhebung der Verarbeitung in Deutschland um 1,5 Millionen Tonnen auf etwa 7 Millionen Tonnen Raps notwendig. Marktkenner halten diese Zahl trotz möglicher Importe und einer Anbauausdehnung im Inland für kaum realisierbar. Ein viel größeres Problem droht noch von anderer Seite. Was wird mit dem anfallenden Rapsschrot geschehen? Es würden zusätzlich etwa 850 Tausend Tonnen Rapsschrot dem Markt zur Verfügung stehen. Damit könnte aus diesem hochwertigen Futtermittel ein nicht von der Hand zu weisendes Entsorgungsproblem werden.¹⁰⁾

Neben der energetischen Verwertung ist auch die stoffliche Nutzung des Rapsöls von großer Bedeutung. Hier lässt sich die Produktlinie Öle und Fette in den Bereich Schmierstoffe (Verlustschmierstoffe, Sägekettenöle, Hydraulikflüssigkeit, Schälöle, Haftöle, Betontrennmittel, Getriebeöle, Motorenöle) und den oleochemischen Bereich (Tenside, Biotenside, polyurethane Kunststoffe, Lake, Linoleum, Farben, Holzschutzmittel, oleochemische Zwischenprodukte) unterteilen.

10) Steffen, H.: Es boomt. In: Ernährungsdienst 61/2005, S. 3

Verkaufserlöse und Produktionswert

Der Produktionswert für die Landwirtschaft umfasst alle Verkäufe landwirtschaftlicher Erzeugnisse an andere Wirtschaftsbereiche, den Eigenverbrauch, die Vorratsveränderungen und die selbst erstellten Anlagen (Vieh, Anlage von Dauerkulturen). Die Ausgangsbasis ist die Produktionsmenge der einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, welche aus den Daten über die Anbauflächen und die Viehbestände einerseits und aus den geschätzten Erträgen je Hektar bzw. je Tier andererseits ermittelt wird. Die entsprechenden Werte ergeben sich dann durch Multiplikation der Mengen mit den entsprechenden Erzeugerpriisen. Nach den Bestimmungen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) beinhaltet der Produktionswert auch die Erzeugung von Futtermitteln (Futtergetreide, Silage, Heu) in landwirtschaftlichen Betrieben, landwirtschaftliche Lohnarbeiten (auch von gewerblichen Lohnunternehmen durchgeführt) sowie nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten (z. B. Ferien auf dem Bauernhof).

Nachfolgende Tabellen beinhalten Angaben zu den Produktionswerten der Landwirtschaft nach Bundesländern

insgesamt sowie für die Ölsaaten gesondert. Der Produktionswert der Landwirtschaft in Brandenburg belief sich 2003 auf 1,619 Milliarden EUR. Im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern ist dies ein eher geringer Wert und bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Veränderung. Am Produktionswert der deutschen Landwirtschaft hat Brandenburg einen Anteil von 4 Prozent. Bei den Ölsaaten waren es 7,2 Prozent im Jahr 2003 (bezogen auf den Ölsaatenproduktionswert).

Stellt man den Ölsaatenproduktionswert ins Verhältnis zum jeweiligen Produktionswert insgesamt, so ergibt sich für Brandenburg ein Anteil von 5,4 Prozent. Besonders hoch ist dieser Anteil mit 12,7 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern, gefolgt von Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg. Während der Produktionswert für Ölsaaten in Mecklenburg-Vorpommern 251 Millionen EUR betrug, waren es in Brandenburg 88 Millionen EUR und in Nordrhein-Westfalen 51 Millionen EUR. Dies unterstreicht auch die große Bedeutung der Ölsaatenproduktion in den neuen Bundesländern. Im Deutschlanddurchschnitt betrug der Anteil des Produktionswertes für Ölsaaten am Produktionswert insgesamt 3 Prozent.

Der Produktionswert der Landwirtschaft in Deutschland 2003 nach Bundesländern

Bundesland	Produktionswert der Landwirtschaft in jeweiligen Preisen				
	insgesamt Mio. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	1995 ≈ 100	Anteil	
				an Deutschland	am Produktions- wert insgesamt
Baden-Württemberg	3 737	– 5,5	96	9,3	100
Bayern	8 173	– 5,5	92	20,3	100
Brandenburg	1 619	– 15,5	85	4,0	100
Hessen	1 590	– 1,2	95	3,9	100
Mecklenburg- Vorpommern	1 975	– 3,1	98	4,9	100
Niedersachsen	8 045	– 1,7	103	20,0	100
Nordrhein-Westfalen	5 412	+ 2,1	104	13,4	100
Rheinland-Pfalz	2 005	– 1,1	98	5,0	100
Saarland	115	– 5,8	81	0,3	100
Sachsen	1 735	– 9,0	92	4,3	100
Sachsen-Anhalt	1 684	– 3,9	92	4,2	100
Schleswig-Holstein	2 765	+ 0,8	95	6,9	100
Thüringen	1 320	– 4,9	90	3,3	100
Berlin, Bremen, Hamburg	154	– 15,7	94	0,4	100
Deutschland	40 328	– 3,5	97	100	100

Quelle: www.statistik-bw.de/Landwirtschaft/LGR

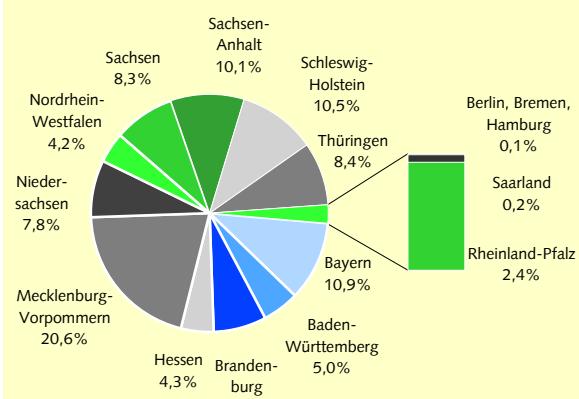
Der Produktionswert von Ölsaaten in Deutschland 2003 nach Bundesländern

Bundesland	Produktionswert der Landwirtschaft in jeweiligen Preisen				
	insgesamt Mio. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	1995 ≈ 100	Anteil	
				an Deutschland	am Produktions- wert insgesamt
Baden-Württemberg	61	- 12,3	137	5,0	1,6
Bayern	133	- 16,9	97	10,9	1,6
Brandenburg	88	- 14,4	130	7,2	5,4
Hessen	52	- 4,1	113	4,3	3,3
Mecklenburg- Vorpommern	251	+ 4,7	153	20,6	12,7
Niedersachsen	95	+ 10,8	147	7,8	1,2
Nordrhein-Westfalen	51	+ 3,1	130	4,2	1,0
Rheinland-Pfalz	29	+ 3,1	132	2,4	1,5
Saarland	2	- 16,2	111	0,2	2,0
Sachsen	101	- 7,1	138	8,3	5,8
Sachsen-Anhalt	124	+ 10,0	138	10,1	7,3
Schleswig-Holstein	128	+ 20,2	150	10,5	4,6
Thüringen	103	- 1,6	124	8,4	7,8
Berlin, Bremen, Hamburg	1	+ 42,7	64	0,1	0,4
Deutschland	1 220	- 0,5	132	100	3,0

Quelle: www.statistik-bw.de/Landwirtschaft/LGR

Die Verkaufserlöse für Ölsaaten bezifferten sich für 2003 bei den Ölsaaten des Landes Brandenburg auf 64 Millionen EUR (vgl. Tabelle nächste Seite). 2002 waren es 10 Prozent mehr gewesen. Es ist davon auszugehen, dass die Ölsaatenverkaufserlöse 2004 höher ausfallen. Insgesamt ergaben sich Verkaufserlöse von 1 213 Millionen EUR. Somit wurden 5,3 Prozent der Verkaufserlöse aus der Ölsaatenproduktion erzielt. Aufgrund des sehr umfangreichen Rapsanbaus in Mecklenburg-Vorpommern ergaben sich hier Verkaufserlöse von 177 Millionen EUR. Diese stellten ein Plus von 8 Prozent zu 2002 dar. Die Verkaufserlöse für Ölsaaten machen bezogen auf die Verkaufserlöse insgesamt 2,9 Prozent aus. Der Anteil der Verkaufserlöse von Ölsaaten aus Brandenburg in Bezug auf das Gesamtergebnis für Deutschland lag 2003 bei 7,5 Prozent. Für das führende Rapsanbaugebiet Mecklenburg-Vorpommern lässt sich ein Wert von rund 21 Prozent errechnen.¹¹⁾

Anteil des Produktionswertes von Ölsaaten in der Landwirtschaft der Bundesländer 2003 am gesamtdeutschen Produktionswert



Quelle: www.statistik-bw.de/Landwirtschaft/LGR

11) www.statistik-bw.de/Landwirtschaft/LGR

Verkaufserlöse der Landwirtschaft insgesamt und von Ölsaaten in Deutschland 2003 nach Bundesländern

Bundesland	Verkaufserlöse der Landwirtschaft in jeweiligen Preisen				
	insgesamt Mio. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	1995 ≙ 100	Anteil	
				an Deutschland	an den Verkaufs- erlösen insgesamt
Verkaufserlöse insgesamt					
Baden-Württemberg	2 783	– 5,0	103	9,3	100
Bayern	5 597	– 4,6	97	18,8	100
Brandenburg	1 213	– 6,9	106	4,1	100
Hessen	1 094	– 4,0	98	3,7	100
Mecklenburg-Vorpommern	1 336	– 0,1	120	4,5	100
Niedersachsen	6 419	– 3,4	105	21,5	100
Nordrhein-Westfalen	4 164	– 0,7	104	14,0	100
Rheinland-Pfalz	1 605	– 1,6	99	5,4	100
Saarland	75	+ 3,5	87	0,3	100
Sachsen	1 288	– 5,6	109	4,3	100
Sachsen-Anhalt	1 217	– 3,6	105	4,1	100
Schleswig-Holstein	1 966	– 0,2	104	6,6	100
Thüringen	896	– 4,2	104	3,0	100
Berlin, Bremen, Hamburg	142	– 13,8	102	0,5	100
Deutschland	29 794	– 3,3	103	100	100
Verkaufserlöse von Ölsaaten					
Baden-Württemberg	42	– 8,8	179	5,0	1,5
Bayern	94	– 13,0	132	11,0	1,7
Brandenburg	64	– 10,0	166	7,5	5,3
Hessen	36	– 0,9	153	4,2	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	177	+ 8,1	210	20,7	13,2
Niedersachsen	67	+ 12,3	205	7,8	1,0
Nordrhein-Westfalen	36	+ 4,9	177	4,2	0,9
Rheinland-Pfalz	21	+ 8,0	173	2,4	1,3
Saarland	2	– 10,7	152	0,2	2,2
Sachsen	71	– 3,5	181	8,3	5,5
Sachsen-Anhalt	86	+ 12,6	179	10,0	7,0
Schleswig-Holstein	89	+ 23,1	208	10,4	4,5
Thüringen	72	+ 1,3	166	8,4	8,0
Berlin, Bremen, Hamburg	0	+ 39,8	88	0,0	0,3
Deutschland	856	+ 2,7	178	100	2,9

Quelle: www.statistik-bw.de/Landwirtschaft/LGR

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung

Die betriebswirtschaftliche Ausrichtung eines Betriebes stellt den Ausdruck für die Spezialisierungsrichtung des jeweiligen Betriebes dar. Sie kennzeichnet seinen Produktionsschwerpunkt. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden entsprechend dem Anteil des Standarddeckungsbeitrages, welcher sich für die einzelnen betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen am gesamten Standarddeckungsbeitrag ergibt, einer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung zugeordnet, die wie folgt benannt sind:

- Ackerbaubetriebe
- Gartenbaubetriebe
- Dauerkulturbetriebe
- Futterbaubetriebe
- Veredlungsbetriebe
- Pflanzenbauverbundbetriebe
- Viehhaltungsverbundbetriebe
- Pflanzenbau-Viehhaltungsbetriebe
- Nicht klassifizierbare Betriebe

Mit Bezug auf die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Betriebe Brandenburgs, die Winterraps und/oder Sommerraps anbauen, zeigt sich, dass die Produktion von Raps in den Ackerbaubetrieben dominiert (vgl. nachstehende Tabelle). Im Jahr 2003 standen 53 Prozent des Winterrapses in den stark auf den Ackerbau ausgerichteten Betrieben.

Noch deutlicher wurde es bei Sommerraps. Hier waren es über 62 Prozent. In Betrieben mit der Ausrichtung Pflanzenbau-Viehhaltungsbetriebe erfolgte der Anbau von 33,8 Prozent des Brandenburger Winterrapses. Der Sommerrapsanteil lag hier 2003 bei 26,8 Prozent. Für Betriebe, die stark auf die Viehhaltung ausgerichtet sind, wie die Viehhaltungsverbundbetriebe, spielte der Anbau von Winter- und/oder Sommerraps nur eine untergeordnete Rolle. Beim Winterraps waren es 1 340 Hektar (1,3 Prozent der Gesamtwinterapsfläche) und beim Sommerraps 20 Hektar (0,2 Prozent der Gesamtsommerrapsfläche). 2003 konnten alle Betriebe mit dem Anbau von Winter- und/oder Sommerraps hinsichtlich einer bestimmten betriebswirtschaftlichen Ausrichtung zugeordnet werden. In der Tabelle auf der nächsten Seite werden bei Unterstellung bestimmter Annahmen verschiedene Deckungsbeiträge für Brandenburg aufgezeigt, die zum einen in Bezug auf die Produktionsrichtung (Nonfood bzw. Food) differieren und zum anderen hinsichtlich der Flächenzahlung Unterschiede aufweisen. Unter Berücksichtigung des Vorfruchtwertes liegt der Deckungsbeitrag in den Betrieben, die Winterraps zur Food-Nutzung anbauen, immer etwas höher als in den Betrieben mit Winterraps zur Nonfood-Nutzung. Wichtig für den jeweils möglichen Deckungsbeitrag ist die Flächenzahlung. Bei den vorliegenden Tabellenwerten wurde sich auf die Angaben eines Wirtschaftlichkeitsrechners vom deutschen Rapool-Ring bezogen.¹²⁾

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Betriebe mit Winterraps- und/oder Sommerrapsanbau im Land Brandenburg 2003

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung	Landwirtschaftliche Betriebe mit Winterraps- und/oder Sommerrapsanbau			
	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Winterraps	Sommerraps
	Anzahl	ha		
Ackerbaubetriebe	728	366 541	54 577	5 739
Gartenbaubetriebe	-	-	-	-
Dauerkulturbetriebe	-	-	-	-
Futterbaubetriebe	79	53 926	3 938	217
Veredlungsbetriebe	-	-	-	-
Pflanzenbauverbundbetriebe	47	71 383	7 965	704
Viehhaltungsverbundbetriebe	19	20 043	1 340	20
Pflanzenbau-Viehhaltungsbetriebe	365	365 316	34 793	2 470
Land Brandenburg insgesamt	1 257	880 762	103 068	9 210

12) www.stichnoth.net/rapool/rapool.cfm?aktland=8

Ausgewählte Deckungsbeitragsrechnungen für Winterraps in Brandenburg nach Regionen

Merkmale	Einheit	Winterraps	Winterraps	Winterraps	Winterraps
		(Nonfood)	(Food)	(Nonfood)	(Food)
		Südwest-Region		Nordost-Region	
Fläche	ha	20	30	20	30
Ertrag	dt/ha	35	38	35	38
Preis	EUR/dt	21,5	22	21,5	22
Variable Kosten	EUR/ha	438	475	438	475
Vorfruchtwert	EUR/ha	155	155	155	155
Flächenzahlung	EUR/ha	343	343	285	285
Deckungsbeitrag incl. Vorfruchtwert	EUR/ha	813	859	755	801
Deckungsbeitrag ohne Vorfruchtwert	EUR	13 160	21 120	12 000	19 380

Quelle: www.stichnoth.net/rapool/rapool.cfm?aktland=8

Bioraps – Anbau nicht ohne Risiken

Die gelbe Blütenpracht steht wie in den meisten Jahren fast ausnahmslos auf den konventionell bewirtschafteten Flächen. Wenn davon ausgegangen wird, dass Raps 2005 auf etwa 1,345 Millionen Hektar steht, so ist zu vermuten, dass der Anbau von Bioraps höchstens auf wenigen Tausend Hektar erfolgt. Dass der Anbau nicht stärker auf der Basis der ökologischen Richtlinien durchgeführt wird, hat mit mehreren Hemmnissen zu tun. Die Erträge liegen meist bei etwa der Hälfte und darunter. Raps hat einen hohen Nährstoffanspruch und beim Stickstoff ist dieser im Vergleich zu den anderen bedeutsamen Kulturen am höchsten. Wird beim Bioraps von einer Ertragserwartung von 20 bis 25 Dezitonnen pro Hektar ausgegangen, so müssen beim Stickstoff über Fruchtfolge und Vorfrucht zusätzliche Quellen erschlossen werden. Das kann in Betrieben ohne Viehhaltung schnell ein Problem sein. Ebenfalls können die Unkrautbekämpfung sowie die Regulierung des Befalls mit Schädlingen und Krankheiten gewisse nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten bereiten. Hier zeichnen sich aber auch Möglichkeiten ab.

Insgesamt gilt auch für Brandenburg, dass Raps eher ein Neueinsteiger in den ökologischen Landbau ist. Im Rahmen der Ernte- und Betriebsberichterstattung wurde für 2005 kein Landwirtschaftsbetrieb mit Ökorapsanbau in der Stichprobe ermittelt. Dabei sind die Vorzeichen für einen solchen Anbau als günstig zu bezeichnen. Ölmühlen suchen Ökoware und zahlen zirka 45 EUR je Dezitonnen. Mit über zwei Dritteln ungesättigter Fettsäuren am Gesamtöl ist natives, kaltgepresstes Rapsöl eines der ernäh-

rungsphysiologisch besten Pflanzenöls. So gibt es Anteile im Brot, im Hennenfutter und in der Kosmetik, um nur ein paar wenige zu nennen.

Die besten Voraussetzungen findet der Ökoraps in Betrieben mit Rindviehhaltung. Das mehrjährige Futter ist eine vorzügliche Vorfrucht. Des Weiteren sorgen Wirtschaftsdünger und der Leguminosenanbau für eine günstige Stickstoffsituation. In reinen Marktfruchtbetrieben kann der Rapsanbau nach den ökologischen Prinzipien aber auch zu einem unkalkulierbaren Risiko werden.¹³⁾

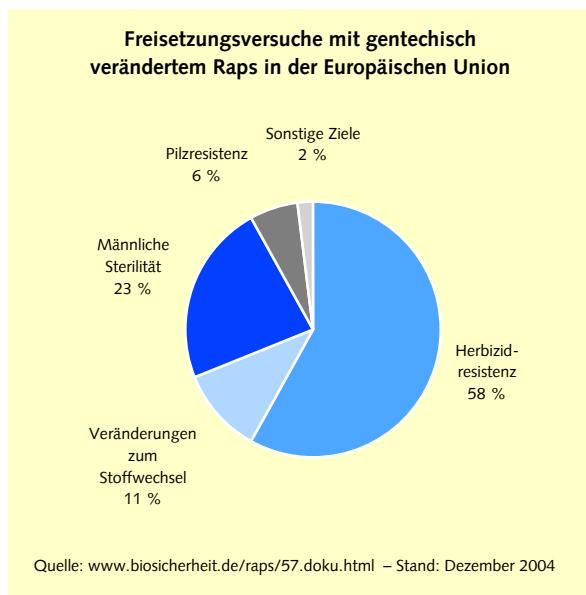
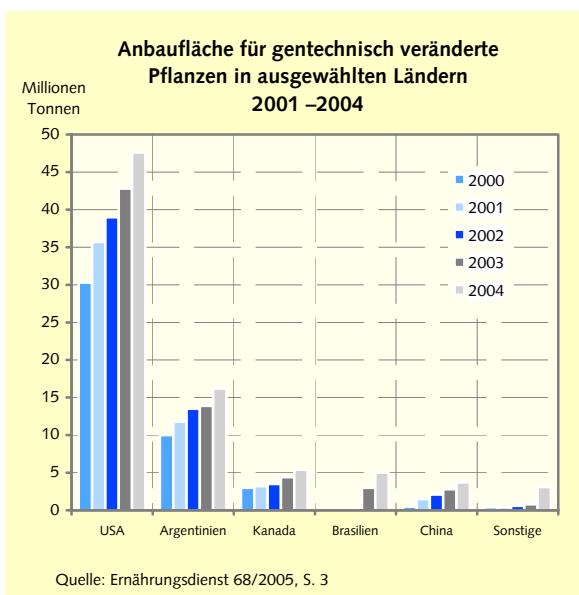
Insgesamt gesehen müssen die Landwirte Brandenburgs selbst abwägen, inwieweit sie das „Risiko“ des ökologischen Anbaus von Raps eingehen.

Raps und die Gentechnik

Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen hat in den vergangenen Jahren weltweit stark expandiert. Allein von 2003 auf 2004 legte dieser spezielle Anbau um 20 Prozent auf weltweit 81 Millionen Hektar zu. Mehr als ein Drittel der weltweit gentechnisch veränderten Pflanzen wächst in so genannten Entwicklungsländern. Von China, Indien, Argentinien und Brasilien gehen wahrscheinlich auch in Zukunft große Wachstumsimpulse aus. Von Anfang an führend sind die Vereinigten Staaten, die ihren großen Vorsprung bisher halten konnten. In diesem Land stehen 59 Prozent der Kulturen, die gentechnisch verändert wurden. Europa rangiert in der Rubrik Sonstige. (vgl. Grafik nächste Seite).¹⁴⁾

13) Debruck, J.: Bioraps für Könner. In: Bauernzeitung 32/2005, S. 22 bis 24

14) Anbaufläche für gentechnisch veränderte Pflanzen; Ernährungsdienst 68/2005, S. 3



Raps gehört zu den landwirtschaftlichen Kulturen, die auf eine Reihe Wild- und Kulturpflanzen treffen, mit denen er sich kreuzen und seine Gene austauschen kann. Raps blüht nicht nur auf den Feldern, sondern auch an Wegrändern und Bahndämmen. Damit könnten sich gegebenenfalls auch gentechnisch veränderte Rapssorten auskreuzen. Für Europa und somit auch für Deutschland und Brandenburg besteht dieses Problem derzeit noch nicht. Auf Europas Feldern wachsen keine gentechnisch veränderten Rapsarten. Obwohl einige von ihnen in Form einer Freisetzung zugelassen sind (d. h. Ausbringen eines gentechnisch veränderten Organismus – GVO – in die Umwelt, z. B. für Versuche unter Freilandbedingungen), wird derzeit EU-weit kein Saatgut für transgene Rapssorten gehandelt. Interessant ist der Fakt, dass Raps jedoch derzeit nach Mais die Kulturpflanze mit den meisten Freisetzungsversuchen in den Ländern der Europäischen Union ist. Ende 2004 waren es nach Angaben der European Commission; Joint Research Center; Biotechnology & GMOs 367 solcher Anträge. Davon stellten Frankreich und Großbritannien zusammen über 60 Prozent der entsprechenden Anträge.

Bei den Pflanzen-Merkmalen, die über neu eingeführte Gene eingerichtet werden, dominiert eindeutig die Herbizidresistenz, wie aus folgender Grafik erkennbar ist. Veränderungen im Stoffwechselgeschehen, die bei Raps meist eine für einen Verarbeitungszweck maßgeschneiderte Fettsäurezusammensetzung zum Ziel haben, befinden sich weiterhin in der Entwicklungsphase. Des Weiteren gibt es eine hohe Zahl von Versuchen mit männlich sterilen Rapsarten.

Der Anbau von gentechnisch verändertem Raps erfolgt bisher nur in Kanada, in den USA und in Japan. Kanada, der weltweit größte Raps(Canola)produzent, baut in größerem Umfang gentechnisch veränderte herbizidresistente Rapssorten an. In Kanada wird vorwiegend Sommerraps angebaut. 2003 stand dort auf einer Anbaufläche von insgesamt 4,7 Millionen Hektar 3,2 Millionen Hektar so genannter GVO-Raps. Somit sind mehr als zwei Drittel des kanadischen Rapses gentechnisch verändert. In den USA hatte im Jahr 2003 der GVO-Raps an der Gesamtfläche einen Anteil von 76 Prozent (528 Tausend Hektar). Im Jahr 2000 entfielen auf transgenen Raps mit veränderter Fettsäurezusammensetzung allein 70 Tausend Hektar. In der Europäischen Union sollen einige Sorten unmittelbar vor der Markteinführung stehen. Derzeit befinden sich einige Winterrapssorten in der amtlichen Prüfung. Bisher hat in Deutschland aber noch keine gentechnisch veränderte Rapssorte eine Zulassung erhalten. Es ist jedoch davon auszugehen, dass künftig auch in Deutschland gentechnisch veränderter Raps angebaut wird. Dies wird dann sicher auch Auswirkungen auf den Rapsanbau in Brandenburg haben, die aber derzeit schwer abzuschätzen sind.¹⁵⁾

Dass sich der Markt für transgene Pflanzen und damit auch für den Raps immer mehr in Entwicklung befindet, zeigt eine Entscheidung der Europäischen Kommission. Diese Kommission hat am 31. August 2005 grünes Licht für die Einfuhr und Verarbeitung einer gentechnisch veränderten Rapssorte des US-Agrarkonzerns Monsanto gegeben, nachdem sich die EU-Umweltminister noch im letzten Dezember nicht auf eine Zulassung der Sorte hatten einigen können. Dieser gegen Glyphosat-Herbizide resistente GT73-Ölraps wird bereits in Nordamerika in großem Stil eingesetzt, ohne dass schädliche Auswirkungen auf die

15) www.biosicherheit.de/raps/57.doku.html

Gesundheit oder die Umwelt bekannt geworden sind. Die gentechnisch veränderte Pflanze GT73 darf nun in den 25 EU-Staaten zu Tierfutter und in der Industrie verarbeitet werden. Der Anbau der Rapssorte bleibt in der EU jedoch verboten. Da die Händler nicht garantieren können, dass die exportierte Menge keine Verunreinigungen mit anderen genveränderten Sorten enthält, ist es derzeit unwahrscheinlich, dass Europa mit kanadischem Raps überschwemmt wird.

Fazit

Raps ist nicht nur in Brandenburg, sondern auch in Deutschland und in Europa die bedeutendste Ölpflanze. Gerade in Deutschland zeigt sich in einigen Bundesländern eine immer stärkere Anbaukonzentration von Raps. Der Schwerpunkt der Rapsproduktion liegt bei der winterannuellen Form. Allein im Jahr 2005 standen auf Brandenburgs Feldern über 114 Tausend Hektar Winterraps. Noch nie wurde derart viel Raps in dem für den Anbau dieser Kultur nicht unbedingt prädestinierten Land angebaut. Über die Jahre hinweg gab es beim Winter- sowie beim Sommerraps stärkere Ertragsschwankungen, doch die Bedeutung von Raps im Rahmen der Fruchtfolge lässt sich auch aus ökonomischer Sicht veranschaulichen. Bei hohen Getreidekonzentrationen kam es zu deutlich höheren Ertragsdepressionen als gegenwärtig beim Raps. Somit bleibt diese Blattfrucht weiterhin eine wichtige Komponente für gute Fruchtfolgen in landwirtschaftlichen Unternehmen. Immerhin wurde 2004 in Brandenburg die sechstgrößte Erntemenge an Winterraps im Vergleich der Bundesländer erzielt. Mit Raps lassen sich sehr gute Erträge erzielen, die bei entsprechenden Preisen am Markt durchaus zu einem guten Betriebsergebnis beitragen können.

Aus heutiger Sicht ist zu vermuten, dass der Anbau von Winterraps noch weiter zunehmen könnte. Dies betrifft den Food- und den Nonfood-Bereich. Bei Sommerraps ist eher von einer Stagnation oder sogar einer weiter leicht rückläufigen Entwicklung auszugehen. Die Anbaubedeutung von Erucaraps hängt fast ausschließlich vom Bedarf der oleochemischen Industrie ab. Wann der europäische und damit auch der deutsche Markt für den gentechnisch veränderten Raps geöffnet wird und welche Auswirkungen er auf die Anbaustrukturen haben wird, kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden.

Da die landwirtschaftlichen Betriebe aufgrund der ökonomischen Rahmenbedingungen überwiegend auf den Ackerbau ausgerichtet sind, stellt der Raps gleichzeitig eine nicht unwesentliche Einkommensquelle dar. Selbstverständlich spielt es eine Rolle, welche Kosten für Maßnahmen des Pflanzenschutzes und der Düngung erforderlich sind, wenn die Anbaukonzentration weiter wachsen sollte. Ein weiterer Fakt, der beim Anbau von Raps zu beachten ist, sind die jeweiligen Förderbedingungen. So hatte beispielsweise die Angleichung der Ölsaatenbeihilfe auf das Niveau von Getreide keine spürbar negativen Auswirkungen auf die Produktion von Winterraps in Brandenburg.

Außerdem wird sich zeigen müssen, wie sich die neue Form der Agrarförderung auswirkt. Diese hat eine Entkopplung der überwiegend fruchtartenspezifischen Anbauprämiens von der Produktion ab 2005 zum Inhalt. Möglicherweise gibt es Veränderungen bei der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung und damit verbunden auch beim Anbauverhältnis.

Zusammenfassend gilt, dass unter den heutigen Voraussetzungen Raps auf allen Standorten eine außerordentlich starke Wettbewerbsstellung aufweist. Er nimmt stets den ersten oder zweiten Platz in der Rangfolge der Kulturen ein. Auf den jeweils für sie geeigneten Standorten sind Weizen und Mais die stärksten Konkurrenten. Außer auf den bevorzugten Rapsstandorten ist die starke Rangposition von Raps jedoch anfällig. Geringfügige Nuancierungen in den Preismustern haben auf getreide- bzw. maisstarken Standorten einen Wechsel in der Rangfolge der Vorzüglichkeit zum Ergebnis. Des Weiteren ist festzustellen, dass ein Großteil der Wettbewerbsstärke von Raps auf den hohen zugeordneten innerbetrieblichen Wert zurückzuführen ist. Ohne Berücksichtigung dieses Wertes stünde der Raps in keinem Kulturrbaum an erster Stelle. Er bewegte sich dann allenfalls im Mittelfeld.

Mit Sicherheit wird der Raps, insbesondere dessen Winterform, für die Landwirte in Europa und damit auch in Deutschland und Brandenburg, und nicht für diese allein, eine Ölpflanze bleiben, die auch in Zukunft von großer Bedeutung sein wird.

Dr. Thomas Troegel



Bedauerlicherweise sind im ersten Teil dieses Beitrages im Heft IV/2005 in der Tabelle auf Seite 26 fehlerhafte Angaben bei den Veränderungen der Anbauflächen von Sommerraps, Winter- und Sommerrübsen enthalten.

Bitte verwenden Sie die Werte der in diesem Heft beigelegten Korrekturseite. Wir danken für Ihr Verständnis.

Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg

– Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 –

Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse zur Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern, zur Wohnsituation und zu Vermögen und Schulden können jetzt die Ergebnisse über Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte im Land Brandenburg vorgelegt werden.

Im Jahr 2003 erhielt ein brandenburgischer Haushalt im Durchschnitt ein monatliches Bruttoeinkommen von 2 953 EUR, das waren knapp 8 Prozent mehr als 1998. Wichtigste Einkommensquelle waren auch 2003 die Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit (52 Prozent), gefolgt vom Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen (33 Prozent), Einnahmen aus Vermögen (8 Prozent) sowie Einkommen aus selbstständiger Arbeit (4 Prozent). Nach Abzug von Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie von Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung verblieb den brandenburgischen Haushalten im Durchschnitt ein monatliches Nettoeinkommen von 2 388 EUR bzw. 81 Prozent.

Unter Hinzunahme von Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und sonstigen Einnahmen standen einem privaten Haushalt im Land Brandenburg 2003 monatlich im Schnitt 2 417 EUR an ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen zur Verfügung. Davon entfielen 78 Prozent auf die Aufwendungen für den privaten Konsum und 11 Prozent auf übrige Ausgaben. Ebenfalls 11 Prozent dienten der Ersparnisbildung.

Im vorliegenden Beitrag werden Einkommen, Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte im Land Brandenburg nach unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen betrachtet.

Vorbemerkungen

Im Rahmen der alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) geben private Haushalte Auskunft über ihre Ausstattung mit Gebrauchsgütern, ihre Vermögens- und Wohnsituation sowie ihre Einnahmen und Ausgaben. Nachdem bereits Ergebnisse aus dem Einführungsinterview veröffentlicht wurden, werden nachfolgend Ergebnisse aus dem Haushaltbuch der EVS dargestellt.

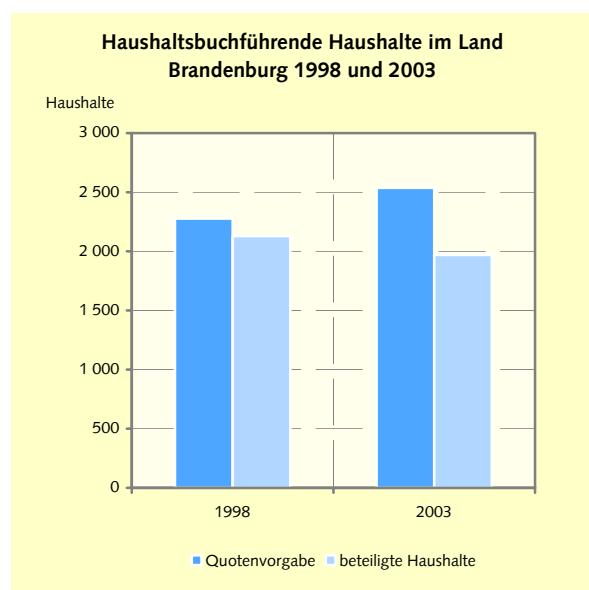
Für die Dauer jeweils eines Quartals führten 2003 im Land Brandenburg knapp 2 000 Haushalte ein Haushaltbuch, in das sie drei Monate lang detailliert ihre Einnahmen und Ausgaben eintrugen. Damit sind die von den beteiligten Haushalten durchgeführten Haushaltbuchaufzeichnungen die umfangreichsten dieser Art zu den Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, die von der amtlichen Statistik erhoben werden.

Die aus diesen Anschreibungen gewonnenen Ergebnisse vermitteln ein verlässliches Gesamtbild über die Einkommens- und Konsumverhältnisse privater Haushalte. Zusammen mit den Ergebnissen zur Ausstattung, zu den Wohnverhältnissen, zum Sach- und Geldvermögen sowie zu den Schulden, ermöglicht die EVS einen umfassenden Einblick in die wirtschaftliche und soziale Lage privater Haushalte unterschiedlicher Größe und Typen sowie verschiedener sozialer Gruppen. Nicht in die Erhebung einzbezogen werden Personen in Gemeinschaftsunterkünften

und Anstalten sowie Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 18 000 EUR.

Für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit von privaten Haushalten genügt es nicht, lediglich Gesamteinnahmen und -ausgaben zu betrachten. Dafür ist eine dem wirtschaftlichen Kreislauf entsprechende Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben notwendig.

Auf der Entstehenseite ist insbesondere das Haushaltsbruttoeinkommen von Interesse, seine Zusammensetzung



und Belastung mit Steuern und Sozialabgaben, die nach deren Abzug zum Haushaltsnettoeinkommen führen.

Für die Einkommensverwendung spielen die ausgabe-fähigen Einkommen und Einnahmen und deren Verwendung für den privaten Konsum, die übrigen Ausgaben sowie die Ersparnisbildung eine zentrale Rolle.

Infolge der Währungsumstellung von DM auf EUR ist ein Vergleich der Ergebnisse der EVS 2003 zu 1998 nur eingeschränkt und mit Umrechnungen möglich.

Haushaltsbruttoeinkommen

Das Bruttoeinkommen der privaten Haushalte im Land Brandenburg betrug 2003 durchschnittlich 2 953 EUR im Monat und lag damit um 213 EUR bzw. 7,8 Prozent über dem von 1998.

Die Bruttoeinkommen privater Haushalte umfassen in der Regel:

- Einkommen aus Erwerbstätigkeit (unselbstständige und selbstständige Arbeit),
- Einnahmen aus Vermögen (z. B. Zinsen, Nettoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung),
- Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen (u. a. Bruttorenten aus der gesetzlichen Renten- und Un-

fallversicherung sowie berufsständischer Versorgungswerke, Beamtenpensionen, Arbeitslosengeld und -hilfe, Sozialhilfe, Kinder-, Mutterschafts- und Erziehungsgeld, Krankengeld, Bafög, Wohngeld),

- Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (z. B. Werks- und Betriebsrenten, Unterhaltszahlungen anderer privater Haushalte, Renten aus privaten Lebensversicherungen),
- andere Einnahmen (z. B. Einnahmen aus Untervermietung).

Die wichtigste Einkommensquelle der privaten Haushalte im Land Brandenburg waren 2003 mit 51,6 Prozent immer noch die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, obwohl deren Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen weiter gesunken ist (1998 Δ 57,1 Prozent).

Ein immer größerer Teil des Bruttoeinkommens der Haushalte stammt aus öffentlichen Transferzahlungen, wie Renten und Pensionen, Kinder- und Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe. 2003 lag der Anteil der öffentlichen Transfers im Land Brandenburg bei knapp einem Drittel (33,1 Prozent) des Bruttoeinkommens privater Haushalte. 1998 hatte der Anteil bei 29,0 Prozent gelegen. In diesem Zeitraum stiegen die Einkünfte der brandenburgischen Haushalte aus staatlichen Sozialleistungen von monatlich 795 EUR auf 976 EUR (+ 22,8 Prozent).

Bruttoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003
– je Haushalt und Monat –

Art der Einkommen und Einnahmen	1998		2003		Veränderung 2003 gegenüber 1998
	EUR	%	EUR	%	
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	1 564	57,1	1 525	51,6	- 2,5
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	122	4,5	107	3,6	- 12,3
Einnahmen aus Vermögen	194	7,1	237	8,0	+ 22,2
darunter:					
aus Vermietung und Verpachtung	16	0,6	12	0,4	- 25,0
unterstellte Mietzahlungen für Eigentümerwohnungen u. Ä.	157	5,7	205	6,9	+ 30,6
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	795	29,0	976	33,1	+ 22,8
darunter:					
Bruttorenten der gesetzlichen Rentenversicherung	494	18,0	596	20,2	+ 20,6
Arbeitslosenhilfe	28	1,0	65	2,2	+ 132,1
Ifd. Übertragungen der Arbeitsförderung	101	3,7	65	2,2	- 35,6
Wohngeld	10	0,4	11	0,4	+ 10,0
Kindergeld	68	2,5	79	2,7	+ 16,2
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	64	2,3	106	3,6	+ 65,6
Einnahmen aus Untervermietung	/	/	/	/	/
Haushaltsbruttoeinkommen	2 740	100	2 953	100	+ 7,8

Dies ist offensichtlich auf die zunehmende Zahl von Renten- und Pensionsbeziehern, die gestiegene Arbeitslosigkeit und die mehrmalige Anhebung des Kindergeldes zurückzuführen.

Obwohl sich das Kindergeld von 1998 bis 2003 im Durchschnitt um 16,2 Prozent erhöht hat, blieb deren Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen nach wie vor gering. Die laufenden Übertragungen der Arbeitsförderung sind zwar um mehr als ein Drittel (~ 35,6 Prozent) gesunken, allerdings hat sich die Arbeitslosenhilfe um mehr als das Doppelte erhöht. Das deutet auf eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit und Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit hin.

Den drittgrößten Beitrag zum Bruttoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg bildeten 2003 wie auch 1998 die Einnahmen aus Vermögen, die sich in diesem Zeitraum überdurchschnittlich erhöht haben. Dies ist nicht das Ergebnis gestiegener Einkünfte aus Zinsen und Dividenden oder der Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Letztere haben sich rückläufig entwickelt, sondern in erster Linie auf die kräftige Erhöhung des Mietwertes der Eigentümerwohnungen zurückzuführen. Zum einen spiegelt diese berechnete Größe die Veränderung der Wohnverhältnisse wider. Immer mehr brandenburgische Haushalte leben in den eigenen vier Wänden. Zum anderen ist diese Entwicklung auch das Ergebnis der stark gestiegenen Wohnkosten.

Der Anteil der Einkommen aus selbstständiger Arbeit und nichtöffentlichen Transferzahlungen am Haushaltsbruttoeinkommen ist im Land Brandenburg nach wie vor gering. Während aber die nichtöffentlichen Transfers, wie Einkommen aus Werks- und Betriebsrenten, Unterhalts-

zahlungen, Renten aus Lebensversicherung u. Ä., von 1998 bis 2003 um weit mehr als die Hälfte gestiegen sind und sich infolge dessen deren Anteil am Bruttoeinkommen erhöht hat, sind die Einkommen aus selbstständiger Arbeit und deren Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen zurückgegangen.

Haushaltsbruttoeinkommen nach soziodemografischen Merkmalen

Soziale Stellung und Alter sowie Größe und Typ des Haushalts sind Merkmale, die das Haushaltseinkommen entscheidend beeinflussen.

Bruttoeinkommen nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers: In der Gliederung der Haushalte nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers bestanden auch 2003 große Unterschiede.

Das höchste Bruttoeinkommen im Land Brandenburg hatten 2003 Haushalte von Beamten, gefolgt von Angestellten- und Selbstständigenhaushalten. Fünf Jahre zuvor standen die Einkommen von Selbstständigen noch an zweiter Stelle, vor denen der Angestellten.

Die niedrigsten Bruttoeinkommen erzielten wie 1998 Haushalte von Arbeitslosen, wobei deren durchschnittliches monatliches Einkommen 2003 gegenüber 1998 noch um 9,6 Prozent gesunken ist. Damit hatten Haushalte von Arbeitslosen nur 37,3 Prozent (1998 ≈ 47,3 Prozent) des Bruttoeinkommens von Arbeiterhaushalten und nur 30,4 Prozent (1998 ≈ 31,9 Prozent) von Selbstständigenhaushalten. Bei Haushalten von Beamten und Angestellten war das Bruttoeinkommen sogar mehr als viermal bzw. mehr als dreimal so hoch als bei den Arbeitslosen.

Bruttoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers
– je Haushalt und Monat –

Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers	Haushaltsbruttoeinkommen	darunter				Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	nichtöffentlichen Transferzahlungen
		aus unselbstständiger Arbeit	aus selbstständiger Arbeit	Einnahmen aus Vermögen			
EUR							
Selbstständige	(4 063)	(618)	(1 879)	(530)	(664)	(366)	
Beamte	5 493	4 135	/	445	678	169	
Angestellte	4 138	3 152	(53)	295	535	102	
Arbeiter	3 313	2 489	/	271	481	66	
Arbeitslose	1 235	(111)	/	(97)	935	(85)	
Nichterwerbstätige	1 946	63	(8)	157	1 622	96	
Haushalte insgesamt	2 953	1 525	107	237	976	106	

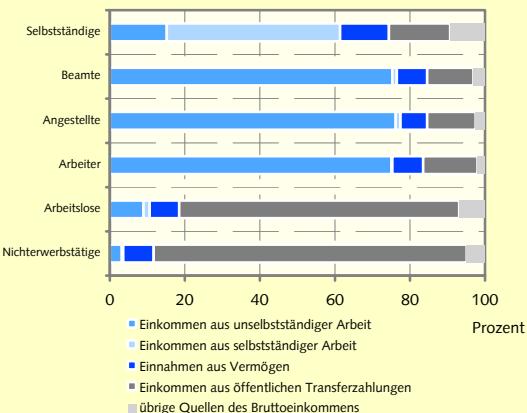
Wie nicht anders zu erwarten, war 2003 für Haushalte von Selbstständigen das Einkommen aus selbstständiger Arbeit der Hauptbestandteil ihres Haushaltsbruttoeinkommens. Gegenüber 1998 ist im Land Brandenburg dieser Anteil aber von 58,6 auf 46,2 Prozent gesunken.

Für brandenburgische Arbeitnehmerhaushalte war das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit mit einem Anteil von 76,2 Prozent bei den Angestellten und 75,1 Prozent bei den Arbeitern die dominierende Quelle des Bruttoeinkommens. Arbeitslosen- und Nichterwerbstätigenhaushalte bezogen ihr Bruttoeinkommen im Wesentlichen aus öffentlichen Transferzahlungen (75,7 bzw. 83,4 Prozent).

Weiter ist festzustellen, dass die Bedeutung der Einnahmen aus Vermögen 2003 weiter zugenommen hat. Bis auf die Haushalte von Arbeitslosen ist gegenüber 1998 der Anteil am Bruttoeinkommen in allen sozialen Haushaltsgruppen gestiegen. Die größten Steigerungen im Land Brandenburg sind dabei bei den Selbstständigenhaushalten zu verzeichnen (1998 Δ 10,3 Prozent, 2003 Δ 13,0 Prozent).

Struktur des Bruttoeinkommens privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers

– je Haushalt und Monat –



Bruttoeinkommen nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers: Ähnlich wie der Einfluss der sozialen Stellung auf das Bruttoeinkommen der privaten Haushalte ist auch der Einfluss des Alters der Haushaltsglieder zu sehen. Wie die Ergebnisse für das Land Brandenburg zeigen, differierte das monatliche Bruttoeinkommen der brandenburgischen Haushalte 2003 in starkem Maße mit dem Alter des Haupteinkommensbeziehers. So verfügten sehr junge Haushalte unter 25 Jahren mit einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von 1 982EUR im Monat nur etwa über die Hälfte des Bruttoeinkommens der 35- bis unter 55-Jährigen.

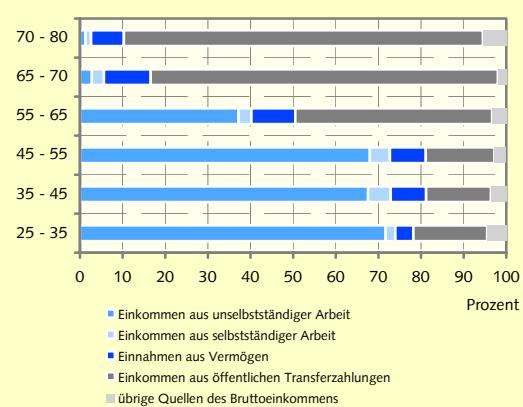
In den nächsthöheren Altersgruppen stiegen die Haushaltsbruttoeinkommen kontinuierlich an. Am höchsten lag das Einkommen bei den 35- bis unter 45-Jährigen mit durchschnittlich 3 896 Euro im Monat.

In den höheren Altersklassen ging das Haushaltsbruttoeinkommen wieder deutlich zurück, wobei die 65- bis unter 70-Jährigen mit durchschnittlich 2 015 EUR im Monat auf weniger kamen als die 70- bis unter 80-Jährigen, die 2 219 EUR Bruttoeinkommen erzielten.

Bei der Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers zeigen sich ähnliche Unterschiede zwischen den Altersklassen. Brandenburgische Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher unter 55 Jahren bezogen 2003 fast drei Viertel ihres Bruttoeinkommens aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit. Dabei fällt auf, dass diese Einkommenskomponente bereits bei Haushalten ab 45 Jahren mit zunehmendem Alter rückläufig ist. Bei Haushalten ab 55 Jahre stiegen die Bruttoeinkommen aus der öffentlichen Hand stark an. Bereits Haushalte der 55- bis unter 65-Jährigen bezogen nahezu jeden zweiten EUR ihres Bruttoeinkommens aus öffentlichen Transferzahlungen.

Struktur des Bruttoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Alter des Haupteinkommensbeziehers

– je Haushalt und Monat –
Alter von ... bis unter ... Jahre



Auch der Beitrag der Vermögenseinnahmen zum Bruttoeinkommen spiegelt dieses Bild wider. Während sehr junge Haushalte aufgrund ihrer geringen Bruttoeinkommen noch geringe Vermögenseinnahmen nachweisen konnten, nahm dieser Betrag auch bei Haushalten ab 45 Jahren mit weiter zunehmendem Alter stetig zu. Die größten Vermögenseinnahmen im Land Brandenburg konnten 2003 Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher zwischen 55 und 70 Jahren erzielen.

Bruttoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Alter des Haupteinkommensbeziehers
– je Haushalt und Monat –

Alter des Haupteinkommensbeziehers	Haushaltsbruttoeinkommen	darunter				
		aus unselbstständiger Arbeit	aus selbstständiger Arbeit	Einnahmen aus Vermögen	Einkommen aus	
		EUR	EUR	EUR	öffentlichen Transferzahlungen	nichtöffentlichen Transferzahlungen
von ... bis unter ... Jahren						
unter 25	(1 982)	/	-	/	/	/
25 – 35	2 812	2 017	/	(117)	487	(126)
35 – 45	3 896	2 635	(205)	322	592	140
45 – 55	3 532	2 403	(166)	296	569	98
55 – 65	2 398	891	(72)	246	1 109	80
65 – 70	2 015	(56)	/	222	1 640	(40)
70 – 80	2 219	/	/	(170)	1 868	(123)
Haushalte insgesamt	2 953	1 525	107	237	976	106

Bruttoeinkommen nach der Haushaltsgroße: Neben der sozialen Stellung und dem Alter privater Haushalte bestimmt auch die Zahl der im Haushalt lebenden Personen das Haushaltsbruttoeinkommen. Je mehr Personen zu einem Haushalt gehören, um so größer war 2003 im Land Brandenburg das durchschnittliche monatliche Haushaltsbruttoeinkommen, wobei bei sehr großen Haushalten mit fünf und mehr Personen, das monatliche Bruttoeinkommen wieder sinkt.

Unterschiede bezüglich der einzelnen Haushaltsgrößen zeigen sich auch bei den Einkommensquellen des Haushaltsbruttoeinkommens. Das hängt eng mit der Struktur der privaten Haushalte zusammen. So waren 51,7 Prozent der brandenburgischen Arbeitslosenhaushalte und 46,9 Prozent der Haushalte von Nichterwerbstätigen 2003 Einpersonenhaushalte. Daher war auch der Anteil der Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen in Einpersonenhaushalten 2003 mit rund 50 Prozent deutlich höher als in den Mehrpersonenhaushalten.

Bruttoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Haushaltsgroße
– je Haushalt und Monat –

Haushaltsgroße	Haushaltsbruttoeinkommen	darunter				
		aus unselbstständiger Arbeit	aus selbstständiger Arbeit	Einnahmen aus Vermögen	Einkommen aus	
		EUR	EUR	EUR	öffentlichen Transferzahlungen	nichtöffentlichen Transferzahlungen
1 Person						
1 Person	1 434	559	/	84	705	51
2 Personen	2 913	1 129	(81)	236	1 321	147
3 Personen	4 289	2 774	(161)	354	866	133
4 Personen	5 189	3 523	(331)	473	757	100
5 und mehr Personen	(4 705)	(2 772)	/	(464)	(1 309)	(91)
Haushalte insgesamt	2 953	1 525	107	237	976	106

In Zweipersonenhaushalten waren die Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen mit 45,3 Prozent Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen ebenfalls die wichtigste Einkommensquelle. Bei den Drei- und Vierpersonenhaushalten ging 2003 der Anteil aus öffentlichen Transfers auf 20,2 bzw. 14,6 Prozent deutlich zurück. Bei noch größeren Haushalten lag dieser Anteil mit 27,8 Prozent wieder höher. Letzteres dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in diesen Haushalten höhere Kindergeldzahlungen das Haushaltseinkommen stärker beeinflussen.

Mit zunehmender Personenzahl stieg der Anteil des Kindergeldes am Haushaltsbruttoeinkommen stetig an. Während er 2003 bei Zweipersonenhaushalten bei 1,0 Prozent und bei Drei- und Vierpersonenhaushalten bei 3,3 bzw. 5,6 Prozent lag, betrug er bei Haushalten mit 5 und mehr Personen schon 10,5 Prozent. Hinzu kommt, dass in größeren Haushalten häufiger als in kleineren Haushalten mehrere Generationen zusammenleben und dadurch bedingt auch häufiger Einkommen in Form von Renten und Pensionen vorliegen.

Nur in brandenburgischen Haushalten mit drei und mehr Personen trug 2003 das Einkommen aus unselbstständiger Arbeit mit mehr als der Hälfte zum Haushaltsbruttoeinkommen bei. Bei Drei- und Vierpersonenhaushalten stammten im Schnitt sogar etwa zwei Drittel des

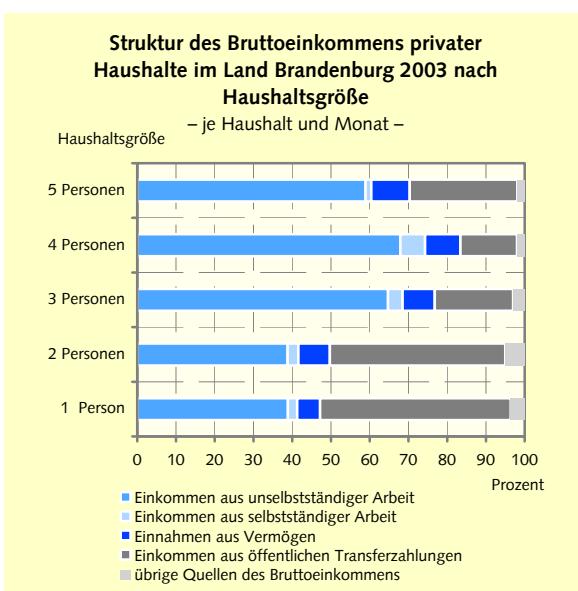
monatlichen Bruttoeinkommens (64,7 bzw. 67,9 Prozent) aus unselbstständiger Arbeit. Haushalte mit fünf und mehr Personen bezogen 58,9 Prozent aus dieser Quelle. Hier hatten dafür die Einnahmen aus Vermögen mit einem Anteil von 9,9 Prozent etwas mehr Gewicht als bei den anderen Haushaltsgrößen. Singlehaushalte und Haushalte von zwei Personen bezogen dagegen nur knapp 40 Prozent ihres Bruttoeinkommens aus unselbstständiger Arbeit.

Bruttoeinkommen nach Haushaltstyp: Ähnlich wie die Höhe und Struktur des Bruttoeinkommens durch die Haushaltsgroße beeinflusst wird, variiert sie in starkem Maße mit der Personenstruktur des Haushaltes. Ein Vergleich der verschiedenen Haushaltstypen im Land Brandenburg zeigt, dass die allein Lebenden 2003 das niedrigste Bruttoeinkommen aufwiesen, wobei die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sehr groß waren. Allein lebende Männer konnten mit 1 532 EUR auf ein um 137 EUR höheres Bruttoeinkommen im Monat als allein lebende Frauen (1 395 EUR) verweisen.

Auch Alleinerziehende lagen 2003 mit ihrem monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen deutlich unter dem Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte. Verglichen mit Paaren mit Kind(ern) unter 18 Jahren betrug ihr Bruttoeinkommen nicht einmal die Hälfte (44,8 Prozent) von dem, was Paare mit Kind(ern) nachweisen konnten.

Die relativ niedrigen Haushaltsbruttoeinkommen von allein lebenden Frauen und Alleinerziehenden sind dadurch begründet, dass diese Haushaltstypen aufgrund ihrer Lebenssituation entweder gar nicht mehr (hoher Anteil allein lebender Frauen im Rentenalter) oder wegen Kindererziehung verkürzt berufstätig sind und nur in begrenztem Umfang Erwerbseinkommen erzielen. Sie sind zum großen Teil zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts von öffentlichen Leistungen, wie Rente, Pension, Sozialhilfe, Kindergeld, Wohngeld und privaten Unterhaltszahlungen, abhängig.

Überdurchschnittlich hoch waren im Land Brandenburg 2003 die Bruttoeinkommen von Paaren ohne Kind(er) und sonstigen Haushalten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in sonstigen Haushalten auch erwachsene Kinder (über 18 Jahre) und Großeltern leben, die selbst Einkommen erzielen oder zusätzliche Einkünfte aus Rente oder Pensionen erhalten.



Bruttoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Haushaltstyp
– je Haushalt und Monat –

Haushaltstyp	Haushalts- brutto- einkommen	darunter				Einkommen aus		
		aus unselbst- ständiger Arbeit	aus selbst- ständiger Arbeit	Einnahmen aus Vermögen				
		EUR						öffentlichen Transfer- zahlungen
Alleinlebende	1 434	559	/	84	705	51		
Alleinerziehende ¹⁾	(2 056)	(915)	/	(95)	(640)	(371)		
Paare ²⁾	3 549	1 811	118	295	1 213	111		
ohne Kind	3 044	1 135	(87)	259	1 453	111		
mit Kind(ern) ¹⁾	4 486	3 198	(182)	370	721	112		
Sonstige Haushalte	4 487	2 744	(234)	411	967	131		
Haushalte insgesamt	2 953	1 525	107	237	976	106		

1) Kind(er) unter 18 Jahren

2) Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschließlich gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften

Betrachtet man die Zusammensetzung der Einkommenskomponenten des Bruttoeinkommens brandenburgischer Haushaltstypen im Detail, so wird deutlich, dass 2003 nur bei Paaren mit Kind(ern), sonstigen Haushalten und Alleinerziehenden Einkünfte aus Erwerbstätigkeit die wichtigste Einkommensquelle war. Bei den anderen Haushaltstypen stammte fast jeder zweite EUR ihres Bruttoeinkommens aus Leistungen der öffentlichen Hand.

nahmen aus Vermögen noch eine gewisse Rolle beim Bruttoeinkommen. Während hier die Anteile noch rund 9 und 8 Prozent betragen, lagen sie bei den anderen Haushaltstypen deutlich darunter.

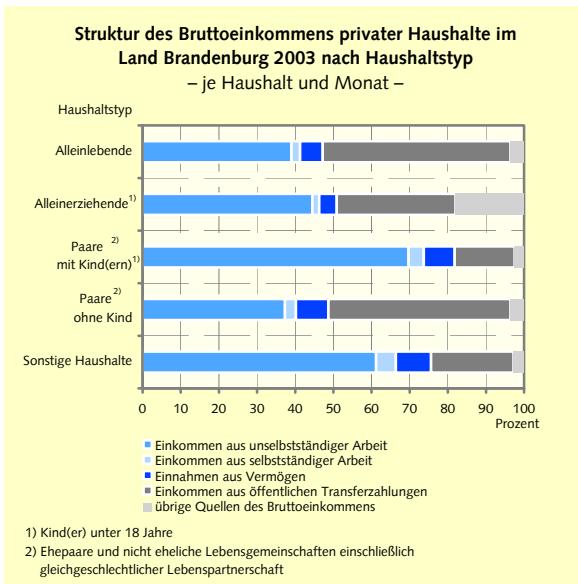
Steuern und Sozialabgaben

Die Bruttoeinkommen geben nur begrenzt Aufschluss über die den Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen, da sie abzuführende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge enthalten. Daher ist die Be trachtung dieser Größen bei der Beurteilung der Einkommen von Bedeutung.

Der Betrag, den private Haushalte im Land Brandenburg im Durchschnitt monatlich an Steuern und Sozialabgaben abzuführen hatten, ist zwischen 1998 und 2003 von 575 EUR auf 566 EUR (– 1,6 Prozent) gesunken. Damit sank die Summe der Abzüge an Steuern und Sozialabgaben 2003 unter 20 Prozent, während sie 1998 noch bei 21 Prozent lag.

Die Zusammensetzung der gesetzlichen Abzüge blieb im Land Brandenburg 2003 gegenüber 1998 nahezu unverändert. Die Beträge für Einkommens-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag lagen 2003 wie 1998 deutlich unter den Pflichtbeiträgen zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung.

Da die Steuer- und Abgabelast in diesem Zeitraum gesunken und das Haushaltsbruttoeinkommen gestiegen ist, hat sich der jeweilige Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Bruttoeinkommen für die brandenburgischen Haushalte verringert (vgl. folgende Tabelle).



Aber auch Alleinerziehende bezogen im Land Brandenburg neben ihrem Erwerbseinkommen jeden dritten EUR aus öffentlichen und jeden fünften EUR aus nichtöffentlichen Transferzahlungen. Nur bei sonstigen Haushalten und Paaren (mit und ohne Kinder) spielten 2003 Ein-

Steuern und Sozialabgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003
 – je Haushalt und Monat –

Steuern und Sozialabgaben	1998		2003	
	insgesamt	Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen	insgesamt	Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen
	EUR	%	EUR	%
Einkommens-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschläge	245	8,9	241	8,2
Pflichtbeiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung	330	12,0	325	11,0
Abgaben insgesamt	575	21,0	566	19,2

Bei der Untergliederung nach verschiedenen Haushaltsmerkmalen wurden für Steuern und Sozialabgaben erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltsguppen nachgewiesen. Bei den Steuern resultieren diese Unterschiede aus der unterschiedlichen steuerlichen Behandlung der verschiedenen Einkommensarten, der Steuerprogression oder aus besonderen steuerlichen Möglichkeiten, das zu versteuernde Bruttoeinkommen zu vermindern.

Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung werden in erster Linie durch die soziale Stellung und das Einkommen bestimmt. So werden Pflichtbeiträge beim Überschreiten des Bruttoverdienstes von Beitragsmessungsgrenzen reduziert oder bestimmte Haushalte ganz von der Versicherungspflicht befreit.

Die größten Unterschiede und Abweichungen vom Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte konnten 2003 in der Untergliederung nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers festgestellt werden.

Beamtenhaushalte wiesen 2003 mit rund 14 Prozent ihres monatlichen Bruttoeinkommens die höchste steuerliche Belastung im Land Brandenburg auf. Auch Haushalte von Angestellten wurden überdurchschnittlich mit Steuern belastet. Sie mussten monatlich rund 13 Prozent ihres Haushaltsbruttoeinkommens dafür aufwenden. Arbeiterhaushalte lagen mit ihrem Steueranteil ebenfalls noch leicht über dem Durchschnitt der steuerlichen Belastung der brandenburgischen Haushalte.

Deutlich unter dem brandenburgischen Durchschnitt blieb 2003 der Steueranteil der Selbstständigenhaushalte. Dieses Ergebnis könnte von den Landwirten, die neben den Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen in dieser Gruppe enthalten sind und besonderen steuerlichen Regelungen unterliegen, beeinflusst worden sein. Außerdem konnten bei bestimmten Einkommensarten bestehende Gestaltungsspielräume offenbar stärker zur Steuerminimierung herangezogen werden.

Steuern und Sozialabgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers
 – je Haushalt und Monat –

Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers	Haushaltsbruttoeinkommen	Einkommens-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag		Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	
		EUR	%	EUR	%
Selbstständige	(4 063)	(298)	(7,3)	(228)	(5,6)
Beamte	5 493	785	14,3	217	4,0
Angestellte	4 138	524	12,7	613	14,8
Arbeiter	3 313	291	8,8	504	15,2
Arbeitslose	1 235	/	/	(24)	(1,9)
Nichterwerbstätige	1 946	(3)	(0,2)	130	6,7
Haushalte insgesamt	2 953	241	8,2	325	11,0

Arbeitslosen- und Nichterwerbstätigenhaushalte blieben 2003 von Steuern so gut wie verschont.

Die anteilmäßig höchsten Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung mussten im Land Brandenburg 2003 Haushalte von Arbeitern entrichten, dicht gefolgt von denen der Angestellten. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der gesamte Bruttoverdienst der Arbeiter, der im Durchschnitt unter dem der Angestellten lag, versicherungspflichtig war. Die Beitragsbemessungsgrenzen wurden durch die Arbeiter nicht erreicht. Bei den Angestelltenhaushalten konnte dagegen aufgrund höherer Bruttoeinkommen ein Teil dieser Angestellten die Beitragsbemessungsgrenzen überschreiten und musste somit nicht mehr für den gesamten Bruttoverdienst Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung leisten.

Brandenburgische Haushalte von Selbstständigen, Beamten und Nichterwerbstätigen waren 2003 recht niedrig und Arbeitslosenhaushalte kaum mit Sozialabgaben belastet. Hier waren die Haupteinkommensbezieher in der Regel von der Versicherungspflicht befreit oder zumindest kaum betroffen.

Haushaltsnettoeinkommen

Das Haushaltsnettoeinkommen ergibt sich aus dem Haushaltsbruttoeinkommen abzüglich der Lohn-, Einkommens- und Kirchensteuer, des Solidaritätszuschlages und der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung aller Haushaltsglieder. Das Haushaltsnettoeinkommen ist daher zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit ein geeigneterer Maßstab als das Haushaltsbruttoeinkommen.

Den privaten Haushalten im Land Brandenburg verblieben 2003 nach Steuern und Sozialabgaben im Monat durchschnittlich 2 388 EUR bzw. 80,9 Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens als Haushaltsnettoeinkommen.

Gegenüber 1998 war dies ein Zuwachs von 223 EUR bzw. um 10,3 Prozent.

Brutto- und Nettoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003

– je Haushalt und Monat –

Einkommen und Abzüge	1998		2003	
	EUR	%	EUR	%
Haushaltsbruttoeinkommen	2 740	100	2 953	100
Gesetzliche Abzüge insgesamt	575	21,0	566	19,2
Haushaltsnettoeinkommen	2 165	78,9	2 388	80,9

Bei der Betrachtung des Haushaltsnettoeinkommens wird deutlich, dass durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge die beim Bruttoeinkommen festgestellten Einkommensunterschiede zwischen einzelnen Haushaltsgruppen abgeschwächt werden. Sehr deutlich wird dies, betrachtet man Brutto- und Nettoeinkommen der Haushalte nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers.

Das Bruttoeinkommen der Angestelltenhaushalte betrug im Land Brandenburg 2003 das 3,3-fache des Bruttoeinkommens der Arbeitslosen- und das 2,1-fache der Nichterwerbstätigenhaushalte.

Beim Haushaltsnettoeinkommen dagegen verringerte sich dieser Abstand auf das 2,5-fache bzw. auf 165,6 Prozent. Damit standen 2003 den brandenburgischen Arbeitslosen- und Nichterwerbstätigenhaushalten nach Abzug von Steuern und Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung der größte Anteil des Bruttoeinkommens zur Verfügung.

Brutto- und Nettoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers

– je Haushalt und Monat –

Soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers	Haushaltsbruttoeinkommen	Gesetzliche Abzüge insgesamt		Haushaltsnettoeinkommen	
	EUR	%	EUR	%	
Selbstständige	(4 063)	(526)	12,9	(3 537)	87,1
Beamte	5 493	1 002	18,2	4 491	81,8
Angestellte	4 138	1 137	27,5	3 002	72,5
Arbeiter	3 313	795	24,0	2 517	76,0
Arbeitslose	1 235	/	/	1 202	97,3
Nichterwerbstätige	1 946	(133)	(6,8)	1 813	93,2
Haushalte insgesamt	2 953	566	19,2	2 388	80,9

Demgegenüber standen den Angestellten- und Arbeiterhaushalten nach den Abzügen der geringste Teil ihres Bruttoeinkommens zur Verfügung. Sie hatten 2003 etwa ein Viertel und damit den höchsten Anteil ihres Haushaltsbruttoeinkommens als gesetzliche Abzüge zu verzeichnen.

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen und ihre Verwendung

Das Haushaltsnettoeinkommen ist zwar ein geeigneter Maßstab, um die finanzielle Situation privater Haushalte beurteilen zu können, darüber hinaus ist aber zu berücksichtigen, dass noch zusätzlich zum Nettoeinkommen unregelmäßig anfallende Einnahmen dem Haushalt zufließen und im Einzelfall seine finanzielle Lage verbessern können. Dabei handelt es sich um Zusatzeinkünfte aus dem Verkauf von Waren, wie z. B. eines gebrauchten PKW und sonstige Einnahmen, wie z. B. Wett- und Lotteriegewinne.

Die so erzielten ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen sind somit die Geldeinkünfte, die den privaten Haushalten zum Wirtschaften und zur Lebensführung insgesamt zur Verfügung stehen. Darin nicht enthalten sind Einnahmen aus der Auflösung von Geld- und Sachvermögen sowie aus der Kreditaufnahme.

Im Land Brandenburg betrugen die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen 2003 im Schnitt monatlich 2 417 EUR. Gegenüber 1998 bedeutet dies eine Erhöhung um 217 EUR bzw. um 9,9 Prozent.

Die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und die sonstigen Einnahmen sind im Land Brandenburg von durchschnittlich 35 EUR auf 30 EUR 2003 bzw. um 14,3

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003 – je Haushalt und Monat –			
Einkommen und Einnahmen	1998	2003	Entwicklung 2003 gegenüber 1998
	EUR	%	
Haushaltsnettoeinkommen zuzüglich	2 165	2 388	+ 10,3
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	24	14	- 41,7
Sonstige Einnahmen	11	16	+ 45,5
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 200	2 417	+ 9,9

Prozent im Monat zurückgegangen. Obwohl die sonstigen Einnahmen deutlich gestiegen sind, hat der starke Rückgang der Verkaufseinnahmen diese Entwicklung hervorgerufen.

Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung wurde die Erhöhung der finanziellen Ausgabemöglichkeiten der Haushalte allerdings beeinträchtigt. Die Verbraucherpreise sind im Land Brandenburg von 1998 bis 2003 um 6,3 Prozent gestiegen, sodass die knapp 10-prozentige Erhöhung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen dadurch nicht unerheblich geschmälert wird.

Konsumgüterausgaben: Gut drei Viertel ihres ausgabefähigen Einkommens verwendeten die brandenburgischen Haushalte 2003 für den privaten Konsum. Gegenüber 1998 hat damit der Anteil der Konsumausgaben am ausgabefähigen Einkommen um 3,5 Prozentpunkte abgenommen.

Mit dem Rückgang der Konsumquote hat sich gleichzeitig die Struktur der Konsumausgaben verändert. Für Wohnen, Ernährung und Bekleidung wurden im Land Brandenburg 2003 insgesamt 51,7 Prozent der gesamten Konsumausgaben aufgewendet. Gegenüber 1998 ist dieser Anteil konstant geblieben. Nach wie vor waren dabei die Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit Abstand der größte Posten im Budget der brandenburgischen Haushalte, wobei der Anteil von 1998 bis 2003 noch um 1,4 Prozentpunkte gestiegen ist.

Weiterhin zugenommen haben vor allem die Ausgaben für die Nachrichtenübermittlung, was auf die deutliche Zunahme des Ausstattungsbestandes privater Haushalte mit Mobiltelefonen zurückzuführen ist.

Anteilig mehr investierten die brandenburgischen Haushalte 2003 auch für andere Waren und Dienstleistungen, wie z. B. Friseur, Körperpflegeartikel, Uhren, Schmuck, Taschen, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen. Ebenso erhöhten sich die Ausgaben für Kultur und Freizeit sowie für die Bildung.

Erhebliche Rückgänge der Konsumanteile waren dagegen bei Innenausstattung, Haushaltsgeräten und -gegenständen, Verkehr, Bekleidung und Schuhen sowie Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren zu verzeichnen.

Ausführlichere Ergebnisse zur Höhe und Struktur der Konsumausgaben im Land Brandenburg werden in einem gesonderten Beitrag dieser Schriftenreihe dargestellt.

Konsumausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003
– je Haushalt und Monat –

Konsumausgaben	1998		2003	
	EUR	%	EUR	%
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	284	15,8	288	15,2
Bekleidung und Schuhe	103	5,7	94	5,0
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	544	30,2	598	31,6
Innenausstattung, Haushaltsgeräte, -gegenstände	145	8,0	114	6,0
Gesundheitspflege	48	2,7	54	2,8
Verkehr	268	14,9	265	14,0
Nachrichtenübermittlung	45	2,5	67	3,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	217	12,0	241	12,7
Bildungswesen	7	0,4	17	0,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	71	3,9	69	3,7
Andere Waren und Dienstleistungen	70	3,9	87	4,6
Privater Konsum insgesamt	1 801	100	1 895	100

Übrige Ausgaben: Von zunehmender Bedeutung für private Haushalte sind die Aufwendungen für Nicht-Konsumzwecke, die so genannten übrigen Ausgaben. Die übrigen Ausgaben beinhalten freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, Beiträge für private Krankenversicherungen, Pensions-, Alters- und Sterbekassen sowie Aufwendungen für Kfz-, Haftpflicht-, Unfall- und weitere Versicherungen. Ebenfalls gehören dazu Kfz-, Hunde-, Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer. Auch Zinsen für Kredite und sonstige geleistete Übertragungen sowie durch die Aufzeichnungen der Haushalte aufgetretene statistische Differenzen sind darin enthalten. Statistische Differenzen entstehen, wenn bestimmte kleinere Beträge für Einnahmen oder Ausgaben von einzelnen Haushalten vergessen und daher in den Haushaltsbüchern nicht eingetragen werden.

10,6 Prozent der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen entfielen im Land Brandenburg 2003 auf die übrigen Ausgaben. Im Schnitt wendeten die privaten Haushalte hierfür im Monat 256 EUR auf, das waren 53 EUR bzw. 26,1 Prozent mehr als 1998.

Den größten Betrag der übrigen Ausgaben umfassten 2003 wie auch 1998 die Zahlungen für Versicherungsbeiträge, obwohl ihr Anteil an den übrigen Ausgaben leicht zurückgegangen ist. 22,1 Prozent haben die brandenburgischen Haushalte 2003 dafür im Durchschnitt monatlich mehr ausgegeben als 1998. Insbesondere die zu den Versicherungsbeiträgen zählenden freiwilligen Zahlungen zur privaten Krankenversicherung sind stark gestiegen.

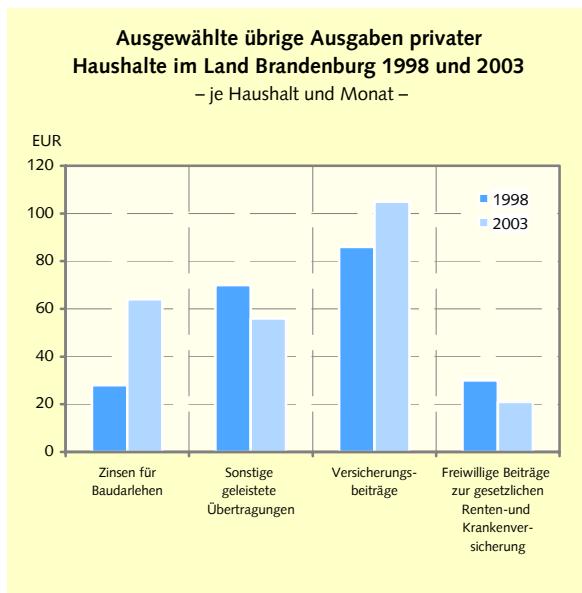
Übrige Ausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg 1998 und 2003
– je Haushalt und Monat –

Übrige Ausgaben	1998		2003	
	EUR	%	EUR	%
Versicherungsprämien und -beiträge	86	42,4	105	41,0
darunter:				
Private Krankenversicherung	10	4,9	19	7,4
Kfz-Versicherung	35	17,2	38	14,8
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung	30	14,8	21	8,2
Sonstige geleistete Übertragungen	70	34,5	56	21,9
Sonstige Steuern	13	6,4	12	4,7
Zinsen für Konsumentenkredite, Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	28	13,8	69	27,0
Statistische Differenz	– 24	– 11,8	– 7	– 2,8
Übrige Ausgaben insgesamt	203	100	256	100

Sie haben sich 2003 gegenüber 1998 nahezu verdoppelt (+ 90,0 Prozent). Auch ihr Anteil hat sich deutlich erhöht. Den größten Ausgabenzuwachs gab es aber bei den Zinszahlungen für Baudarlehen und Konsumentenkredite.

Insbesondere die vermehrte Anschaffung von Wohneigentum hat auch im Land Brandenburg durch die damit verbundene gestiegene Kreditaufnahme zu einer Zunahme der Zinszahlungen von Baudarlehen geführt. Dafür gaben die Haushalte 2003 monatlich fast das 2,5-fache (+ 146,4 Prozent) aus als fünf Jahre zuvor.

Auffallend ist der Rückgang der Aufwendungen für freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung sowie für private Übertragungen, zu denen Unterhaltszahlungen oder Geldgeschenke an andere private Haushalte zählen. Diese Ausgaben sind 2003 gegenüber 1998 um 30,0 bzw. 20,0 Prozent gesunken.



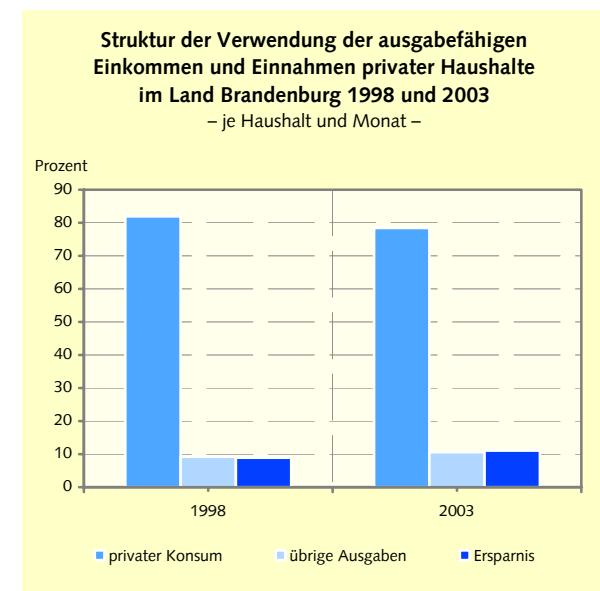
Ersparnis: Nach Abzug aller Ausgaben verblieben den brandenburgischen Haushalten 2003 monatlich im Schnitt 267 EUR von ihren Einnahmen zum Sparen. Damit lag die Durchschnittersparnis je Haushalt und Monat im Land Brandenburg 2003 um 72 EUR höher als 1998. Damals waren es nur 195 EUR.

Die Ersparnis ist eine errechnete Größe, die sich aus den Ausgaben für die Bildung von Sach- und Geldvermögen sowie den Rückzahlungen von Krediten (ohne Zinsen für Baudarlehen) abzüglich der Einnahmen aus der Auflösung von Sach- und Geldvermögen sowie aus der Kreditaufnahme ergibt.

Rund 11 Prozent der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen wurden im Land Brandenburg durchschnittlich

im Monat je Haushalt gespart. Damit ist die Sparquote 2003 gegenüber 1998 gestiegen (8,9 Prozent).

Auch im Land Brandenburg haben sich Verschiebungen in der Struktur der Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen ergeben. Der Anteil der Aufwendungen für den privaten Konsum ist von 1998 bis 2003 um 3,5 Prozentpunkte gesunken. Dies ging zugunsten des Anteils der übrigen Ausgaben und der Sparquote. Während der Anteil der übrigen Ausgaben an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen um 1,4 Prozentpunkte gestiegen ist, hat sich die Sparquote sogar um 2,2 Prozentpunkte erhöht.



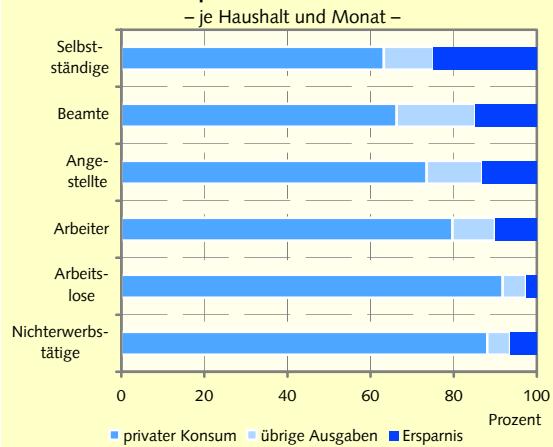
Einkommensverwendung nach soziodemografischen Merkmalen: Insbesondere bei der Gliederung der Haushalte nach der sozialen Stellung und dem Alter des Haupteinkommensbeziehers sowie nach dem Haushaltstyp wurden erhebliche Unterschiede festgestellt.

In starkem Maße variiert die Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte mit der sozialen Stellung. So nutzten im Land Brandenburg Haushalte von Selbstständigen 2003 im Durchschnitt knapp zwei Drittel (63,2 Prozent) ihres monatlichen ausgabefähigen Einkommen für Konsumzwecke und ein Viertel (24,8 Prozent) für die Ersparnisbildung. Haushalten von Arbeitslosen dagegen blieben kaum Spielräume, ihr Einkommen außer dem privaten Konsum für andere Zwecke zu verwenden. Sie gaben fast ihr gesamtes ausgabefähiges Einkommen (91,8 Prozent) für Konsumzwecke und 2,6 Prozent für die Ersparnisse aus. Während Haushalte von Selbstständigen 2003 monatlich knapp 900 EUR sparten, waren es bei denen von Arbeitslosen nur 32 EUR.

Ähnlich war die Situation bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen. Diese konsumierten im Schnitt 88,1 Prozent und sparten 6,4 Prozent ihrer monatlichen ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen.

Auffallend erscheinen die vergleichsweise hohen Anteile der übrigen Ausgaben bei den Haushalten von Selbstständigen, Beamten und Angestellten. Den größten Teil dieser Ausgaben wendeten diese Haushalte für private oder freiwillige Krankenversicherungen auf. Darüber hinaus wiesen sie eine hohe Zinsbelastung für Baudarlehen aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Selbstständigen-, Beamten- und Angestelltenhaushalte 2003 die höchsten Wohneigentumsquoten vorwiesen und dementsprechend hohe Zinsbeträge zu zahlen hatten.

Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers – je Haushalt und Monat –



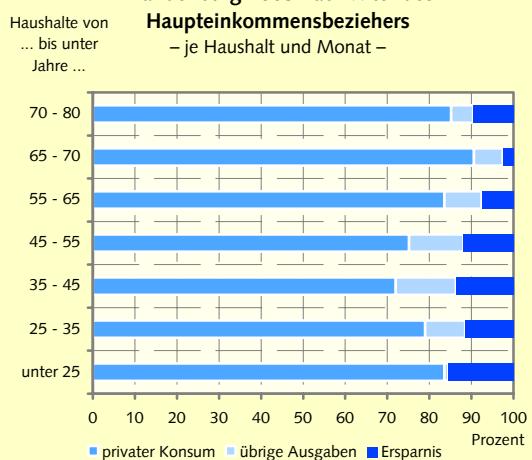
Auch im Altersvergleich bestehen starke Abweichungen bei der Einkommensverwendung. Junge Haushalte im Land Brandenburg setzten 2003 den größten Teil ihres Einkommens (83,6 Prozent) für den Konsum ein. 15,5 Prozent nutzten sie für die Ersparnisbildung. Nicht einmal ein Prozent wendeten Haushalte von unter 25 Jahren für übrige Ausgaben, wie für Versicherungen und Zinszahlungen, auf.

Bei den Haushalten mit Haupteinkommensbeziehern im Alter zwischen 25 und unter 55 Jahren nimmt dagegen die Bedeutung der Konsumausgaben ab. Sie gaben 2003 monatlich im Schnitt zwischen 72 und 79 Prozent ihrer ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen für den privaten Konsum aus. Für Haushalte in diesem Alter nimmt dafür die Bedeutung der Ausgaben für Versicherungen und Kreditzinsen zu.

Bei Haushalten in der Altersgruppe der 35- bis unter 45-Jährigen lag der Anteil der übrigen Ausgaben im Land

Brandenburg bei rund 14 Prozent. Auch die Sparquote war mit ebenfalls rund 14 Prozent vergleichsweise hoch. Haushalte dieses Alters erwerben verstärkt Haus- und Grundbesitz und bilden häufiger finanzielle Rücklagen für die private Altersvorsorge.

Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Alter des Haupteinkommensbeziehers



Ältere Haushalte orientieren sich wieder stärker auf den privaten Konsum. Bei den 55- bis unter 80-Jährigen lagen die Konsumanteile im Land Brandenburg 2003 zwischen 84 und 91 Prozent. Die Sparquote lag hier unter 10 Prozent, wobei in Haushalten ab 70 Jahren die Bildung von Ersparnissen wieder an Gewicht gewann. Die Sparquoten dieser Altersgruppen näherten sich wieder leicht dem Durchschnitt aller brandenburgischen Haushalte an.

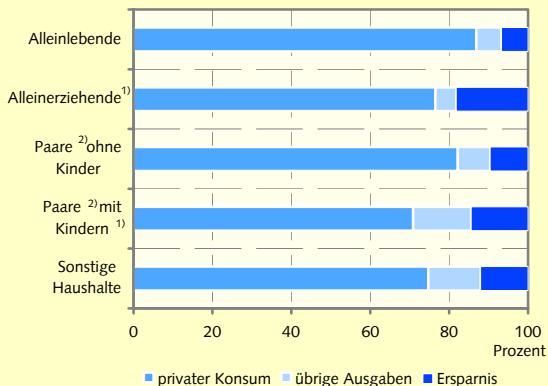
Einkommensverwendung nach Haushaltstyp: Die Ergebnisse der Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen im Vergleich nach Haushaltstypen zeigten, dass allein Lebende und Paare ohne Kind(er) im Land Brandenburg 2003 den überwiegenden Teil ihrer verfügbaren Mittel für den privaten Konsum ausgaben. Allein Lebende konsumierten 86,9 Prozent und kinderlose Paare 82,2 Prozent ihrer ausgabefähigen Einkommen. Entsprechend niedrig sind die Sparleistungen dieser Haushalte. Bei allein Lebenden lag die durchschnittliche Sparquote bei 6,7 Prozent je Monat, bei Paaren ohne Kinder bei 9,6 Prozent.

Völlig anders verhalten sich Haushalte mit Kindern und sonstige Haushalte. Brandenburgische Paare mit Kindern hatten 2003 vergleichsweise die niedrigste Konsumquote. Sie gaben monatlich 70,9 Prozent ihrer verfügbaren Mittel für Konsumzwecke aus und wendeten rund 15 Prozent für übrige Ausgaben und rund 14 Prozent für die Bildung von Ersparnissen auf. Ähnlich wie bei den Paaren mit Kindern war die Einkommensverwendung bei sonstigen Haushalten

Die höchste Sparquote aller Haushaltstypen im Land Brandenburg wiesen 2003 Alleinerziehende auf. Knapp ein Fünftel (18,2 Prozent) ihres monatlichen Gesamtbudgets legten sie durchschnittlich dafür zurück. Die Konsumquote war bei Ihnen mit 76,5 Prozent etwas höher als bei Paaren mit Kind(ern) und sonstigen Haushalten. Dafür gaben Alleinerziehende nur rund 5 Prozent und damit am wenigsten ihrer ausgabefähigen Einkommen für Nicht-Konsumzwecke aus.

Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte im Land Brandenburg 2003 nach Haushaltstyp

– je Haushalt und Monat –



Brandenburg im Vergleich zum Bundesdurchschnitt

Nach wie vor bestehen zwischen Einkommen, Einnahmen und Ausgaben im Land Brandenburg und denen im Bundesdurchschnitt Unterschiede. Das durchschnittliche Haushaltsbruttoeinkommen im Land Brandenburg lag 2003 mit 2 953 EUR bei 82,9 Prozent des monatlichen Durchschnittseinkommens der Haushalte in Deutschland insgesamt (3 561 EUR).

Somit hat sich der Abstand zwischen dem Land Brandenburg und dem Bundesdurchschnitt gegenüber 1998 (83,0 Prozent des Bundesdurchschnitts) nicht verändert.

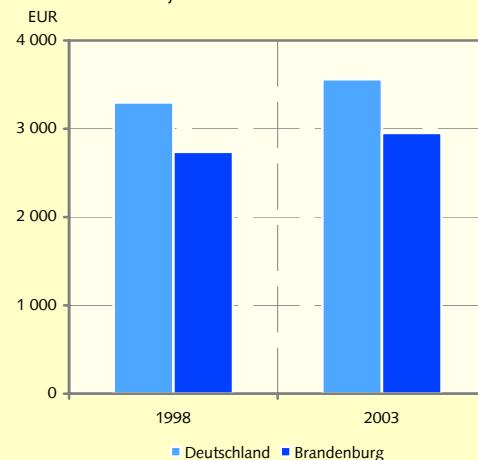
Auch bei der Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens zeigen sich erhebliche Unterschiede. Im Land Brandenburg bezogen die privaten Haushalte 2003 durchschnittlich jeden dritten EUR (33,1 Prozent) im Monat aus Leistungen der öffentlichen Hand. Im Bundesdurchschnitt war es jeder vierte EUR (25,4 Prozent). Damit ist dieser Anteil gegenüber 1998 zwar auch im Bundesdurchschnitt gestiegen (+ 2,3 Prozentpunkte), aber nicht so stark wie im Land Brandenburg (+ 4,1 Prozentpunkte).

Dafür gingen 2003 im Bundesdurchschnitt 58,2 Prozent des Bruttoeinkommens privater Haushalte auf Einkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit zurück, 1998 waren es 60,8 Prozent. Im Land Brandenburg entfielen 55,3 Prozent auf Erwerbseinkünfte, 1998 waren es 61,5 Prozent.

Auch der Beitrag der Vermögenseinnahmen fiel 2003 bei brandenburgischen Haushalten mit 8,0 Prozent trotz eines Anstiegs gegenüber 1998 (+ 22,2 Prozent) deutlich geringer aus als bei Haushalten im Bundesdurchschnitt (2003 ≈ 11,2 Prozent), die hier gegenüber 1998 einen Rückgang zu verzeichnen hatten.

Bruttoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg und Deutschland 1998 und 2003

– je Haushalt und Monat –



Die monatliche Belastung der brandenburgischen Haushalte mit Steuern und Sozialabgaben war 2003 mit 19,2 Prozent niedriger als bei den Haushalten in Deutschland insgesamt (20,4 Prozent). Fünf Jahre zuvor war die Haushaltsbelastung mit gesetzlichen Abgaben im Land Brandenburg mit 21,0 Prozent deutlich höher als in Deutschland insgesamt (20,7 Prozent).

Die Zusammensetzung der Abzüge blieb sowohl im Land Brandenburg als auch in Deutschland insgesamt weitgehend stabil. Die Beträge, die von den Haushalten für Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung aufzuwenden waren, lagen im Land Brandenburg 2003 gegenüber 1998 nahezu gleich hoch. Im Bundesdurchschnitt haben sich diese etwas erhöht. Während die jeweiligen Anteile am Haushaltsbruttoeinkommen im Land Brandenburg allerdings zurückgingen (bei Steuern von 8,9 auf 8,2 Prozent bzw. bei Sozialabgaben von 12,0 auf 11,0 Prozent) betrugen sie in Deutschland insgesamt 2003 wie 1998 jeweils rund 10 Prozent.

**Struktur des Bruttoeinkommens sowie Steuern und Sozialabgaben privater Haushalte
im Land Brandenburg und Deutschland 1998 und 2003**
– je Haushalt und Monat –

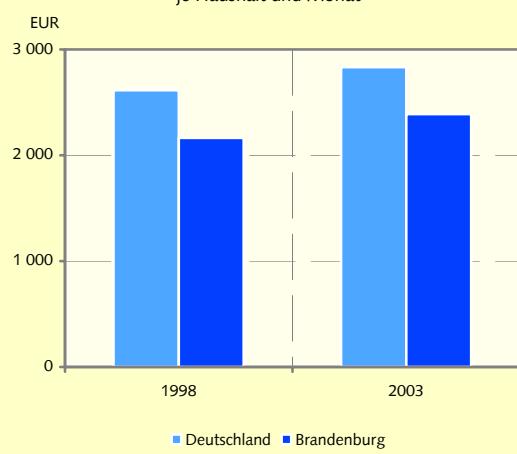
Art der Einkommen und Einnahmen	Deutschland		Brandenburg	
	1998	2003	1998	2003
	EUR			
Einkommen aus unselbstständiger Arbeit	1 782	1 862	1 564	1 525
Einkommen aus selbstständiger Arbeit	224	210	122	107
Einnahmen aus Vermögen	390	399	194	237
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	761	906	795	976
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	139	183	64	106
Einnahmen aus Unter vermietung	1	2	/	/
Haushaltsbruttoeinkommen insgesamt	3 298	3 561	2 740	2 953
Struktur Bruttoeinkommen				
Einkommens-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	355	370	245	241
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	328	358	330	325
Abgaben insgesamt	683	728	575	566
Steuern und Sozialabgaben				

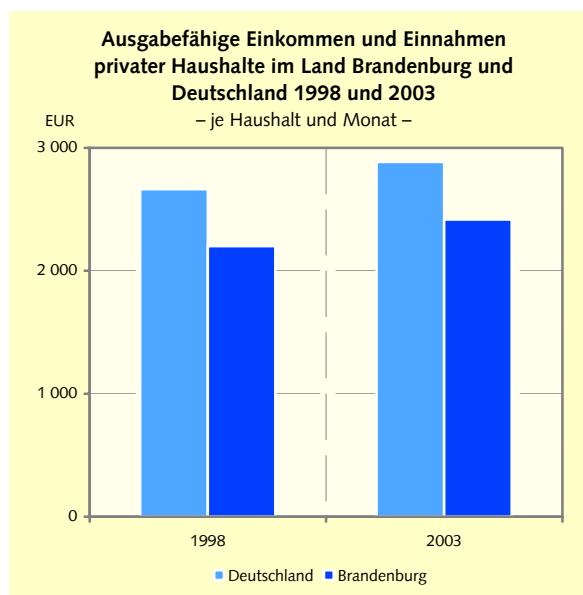
Allerdings führten die brandenburgischen Haushalte unverändert deutlich mehr an Sozialabgaben ab als an Steuern. Von den monatlichen Abzügen insgesamt entfielen hier 2003 wie 1998 fast drei Fünftel auf Sozialbeiträge und nur rund zwei Fünftel auf Steuern. Bei den Haushalten in Deutschland insgesamt betragen diese trotz eines leichten Rückganges der Anteile jeweils rund 50 Prozent.

Das nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verbleibende Nettoeinkommen privater Haushalte lag 2003 im Land Brandenburg um 445 EUR im Monat unter dem bundesdurchschnittlichen Nettoeinkommen. Damit lag das Nettoeinkommen brandenburgischer Haushalte bei 84,3 Prozent des Niveaus aller Haushalte in Deutschland. Gegenüber 1998 hat sich dieser Abstand nur wenig verringert. Damals standen den Haushalten im Land Brandenburg 82,8 Prozent des bundesdurchschnittlichen Nettoeinkommens zur Verfügung.

Bei den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen und deren Verwendung gibt es ebenfalls erhebliche Unterschiede zwischen dem Land Brandenburg und dem Durchschnitt aller deutschen Haushalte. So lag das ausgabefähige Einkommen der brandenburgischen Privathaushalte mit durchschnittlich 2 417 EUR im Monat 2003 deutlich unter dem aller deutschen Haushalte, das 2 885 EUR betrug. Im Vergleich zu 1998 hat sich die Spanne somit nicht wesentlich verkleinert. Den Haushalten im Land Brandenburg stehen weiterhin monatlich viel weniger Geldeinkünfte zum Wirtschaften und zur Lebensführung zur Verfügung als dem Durchschnitt aller Haushalte in Deutschland.

Nettoeinkommen privater Haushalte im Land Brandenburg und Deutschland 1998 und 2003
– je Haushalt und Monat –





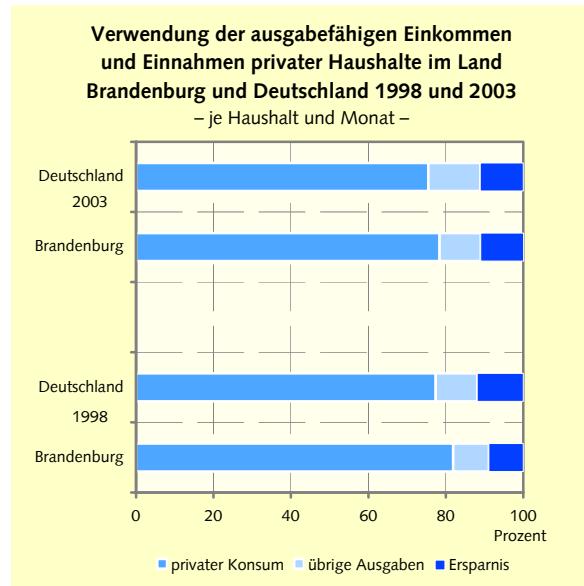
Bei der Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen ist bundesweit ein Rückgang der Konsumquote festzustellen. Allerdings lag sie 2003 im Land Brandenburg mit 78,4 Prozent um 2,9 Prozentpunkte höher als in Deutschland insgesamt. Im Land Brandenburg verwendeten die privaten Haushalte 2003 durchschnittlich 1 895 Euro im Monat für Konsumzwecke, im Bundesdurchschnitt insgesamt waren es 2 177 EUR, also 282 EUR mehr.

Gegenüber 1998 hat sich die Konsumlücke zwischen brandenburgischen Haushalten und deutschen Haushalten insgesamt noch etwas vergrößert. Damals konsumierten die Haushalte im Land Brandenburg mit 1 801 EUR monatlich 260 EUR weniger als der Durchschnitt der Haushalte in Deutschland (2 061 EUR). Aufgrund des im Land Brandenburg im Bundesvergleich niedrigeren verfügbaren Einkommens müssen die brandenburgischen Haushalte größere Teile ihres Budgets für elementare Konsumbedürfnisse ausgeben, sodass für andere Verwendungszwecke engere Spielräume verbleiben.

Im Gegensatz zu den Konsumausgaben hat der Anteil der übrigen Ausgaben an den ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen bundesweit zugenommen. Während sich diese Aufwendungen für Nicht-Konsumzwecke im Land Brandenburg 2003 gegenüber 1998 von 203 EUR auf 256 EUR und damit um 26,1 Prozent erhöhten, stiegen sie im Durchschnitt aller deutschen Haushalte von 287 EUR auf 386 EUR je Haushalt und damit binnen fünf Jahren sogar um 34,5 Prozent.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich bei der Ersparnisbildung. Diese lag 2003 im Land Brandenburg zwar weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt, allerdings hat sich der Abstand um mehr als die Hälfte verringert. Die Haushalte in Deutschland insgesamt sparten 2003 durchschnittlich 321 EUR im Monat (1998 ≈ 316 EUR). Bei den Haushalten im Land Brandenburg waren es 267 EUR (1998 ≈ 195 EUR).

Die Sparquote der brandenburgischen Haushalte ist 2003 mit 11,1 Prozent gegenüber 1998 (8,9 Prozent) deutlich gestiegen und erreichte damit den Bundesdurchschnitt, während die der deutschen Haushalte insgesamt von 11,9 auf 11,1 Prozent gesunken ist.



Insgesamt ist einzuschätzen, dass sich die Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Land Brandenburg fast 15 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch erheblich von denen im Bundesdurchschnitt unterscheiden. Trotz positiver Entwicklungstendenzen bleibt ein deutlich spürbarer Abstand zwischen der wirtschaftlichen Lage und Lebensführung brandenburgischer Haushalte und der der deutschen Haushalte insgesamt bestehen.

Ausblick

Die Ergebnisdarstellung der EVS 2003 wird im laufenden Jahr mit der detaillierten Darstellung der privaten Konsumausgaben fortgesetzt. Den Abschluss bilden die Ergebnisse der Feinaufzeichnungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, die ebenfalls im Jahr 2006 veröffentlicht werden sollen.

Veränderung des Haushaltsnettoeinkommens

Im folgenden Beitrag wird untersucht, inwiefern das Haushaltsnettoeinkommen im Land Brandenburg im Zeitraum 1991 bis 2004 Änderungen unterlag. Dazu werden zunächst zwei wichtige statistische Maße für die Verteilung betrachtet – die Lorenzkurve und der Gini-Koeffizient. Die Untersuchung wird über die Jahre 1991 bis 2004 für die brandenburgischen Werte geführt. Ein Bund-Länder-Vergleich für das Jahr 2004 schließt sich an. Weiterhin wird geprüft, ob die vorliegenden brandenburgischen Daten einer logarithmischen Normalverteilung unterliegen, um mithilfe dieser Verteilung weitere Vergleiche anzustellen.

Geschichtliches

Vor 100 Jahren, im Juni 1905, veröffentlichte der US-amerikanische Mathematiker Max Otto Lorenz (*1876; †1959) eine einfache Methode, um Verteilungen hinsichtlich ihrer Ungleichheit bzw. Konzentration grafisch darzustellen – die so genannte Lorenzkurve¹⁾. Sie wird beispielsweise bei der Illustration von Einkommens- und Vermögensverteilungen sowie der Marktmacht verwendet. Mithilfe dieses Lorenzkurvenkonzeptes ist es möglich, den im Jahre 1912 vom italienischen Mathematiker Corrado Gini (*1884; †1965) entwickelten Gini-Koeffizienten zu berechnen. Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß für die (Un-) Gleichheit einer Verteilung. In der normierten Darstellung nimmt er Werte zwischen Null und Eins an; je höher der Wert, desto größer ist die Ungleichheit.

Lorenzkurve

Datengrundlage: Für die Berechnungen stehen die Daten zu den Haushaltsnettoeinkommen²⁾ des Landes Brandenburg von 1991 bis 2004 aus dem Mikrozensus – einer jährlichen stattfindenden 1-prozentigen Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt – zur Verfügung. Es wurde aus dem Mindestveröffentlichungsprogramm des Bundes und der Länder die Tabelle HF 1.19 Privathaushalte im April/Mai des jeweiligen Jahres nach Haushaltsgröße, Familienstand der Bezugsperson und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen und hier die letzte Zeile – Insgesamt – für Brandenburg im Zeitraum 1991 bis 2004 ausgewertet. Für den bundesweiten Vergleich wurden zusätzlich die entsprechenden Daten der anderen Bundesländer des Jahres 2004 hinzugezogen.

- 1) Manuscript "The Lorenz curve in economics and econometrics" Dr. Christian Kleiber, Universität Dortmund.
- 2) Unter Haushaltsnettoeinkommen ist die Summe der Monatseinkommen aller Haushaltsmitglieder aus Erwerbstätigkeit, Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld und –hilfe, Vermietung und Verpachtung, Sozialhilfe sowie weitere Einnahmen und Unterstützungen zu verstehen, von der die Einkommenssteuer, der Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abgesetzt werden. Das Haushaltsnettoeinkommen umfasst nicht die Auflösung von Ersparnissen, die Aufnahme von Krediten, den Verkauf von Vermögenswerten, Erbschaften, Gewinne und dgl.

Berechnung: Als Erstes wird die Lorenzkurve erstellt. An der Lorenzkurve kann abgelesen werden, wie viel Prozent der Haushalte einen bestimmten Anteil am Gesamteinkommen haben. Man berechnet daher für jede Einkommensklasse den Anteil der darin liegenden Haushalte an der Gesamthaushaltsanzahl. Analog verfährt man mit dem Einkommen der Haushalte. Man berechnet also für jede Einkommensklasse den Anteil des Gesamteinkommens dieser Klasse am Gesamteinkommen aller Klassen. Problematisch ist hierbei, dass für die Gesamtklasseneinkommen keine konkreten Daten vorliegen. Deshalb wird jeweils ein Wert aus dem Einkommensintervall gewählt und dieser mit der Anzahl der Haushalte, die in diesem Intervall liegen, multipliziert. Man könnte beispielsweise den Mittelpunkt der Einkommensklasse wählen. Doch das scheint unrealistisch zu sein, da dies die Annahme voraussetzt, dass das Einkommen innerhalb des Intervalls gleichmäßig verteilt ist. Daher wird als durchschnittliches Klasseneinkommen der Schwerpunkt der Einkommensklasse gewählt. Es gilt für den Schwerpunkt der i-ten Einkommensklasse

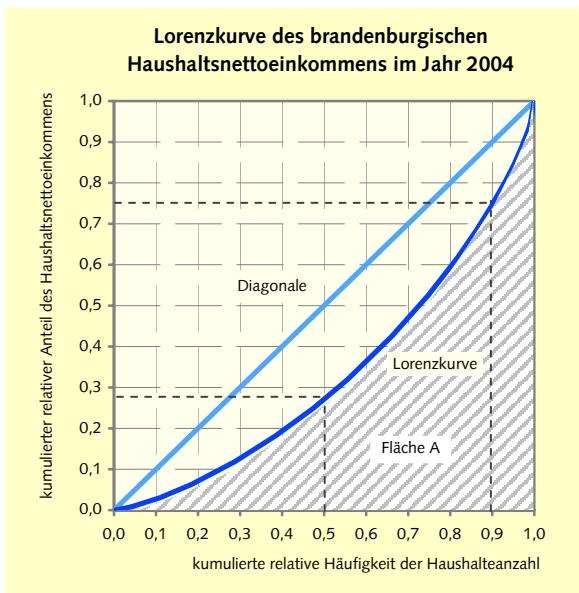
$$s_i = x_i^0 + \frac{n_i + 2n_{i+1}}{3(n_i + n_{i+1})} b_i.$$

Es wird die Formel für den Schwerpunkt eines Trapezes³⁾, das hier aus der Anzahl der Haushalte in zwei benachbarten Einkommensklassen (n_i, n_{i+1}) und der Breite des Einkommensintervalls (b_i) konstruiert wird sowie um den linken Randpunkt der i-ten Einkommensklasse (x_i^0) aus dem Koordinatenursprung nach rechts verschoben ist. Um

3) Bartsch, H.-J. (2004), Taschenbuch mathematischer Formeln, 20. Auflage, Fachbuchverlag Leipzig im Carl Hanser Verlag, München; Wien: Carl Hanser Verlag, S. 154ff.

auch für die letzte Einkommensklasse „mehr als 6 000 EUR“ einen Schwerpunkt berechnen zu können, muss eine Einkommensobergrenze festgelegt werden. Diese wird für die Jahre 2002 bis 2004 willkürlich auf 20 000 EUR, für 1996 bis 2001 auf 40 000 DM festgelegt. Für die Jahre 1991 bis 1995 kann diese Grenze nicht übernommen werden, da hier die letzte Klasse bei mehr als 7 500 DM liegt. Eine Obergrenze von 40 000 DM würde den Gini-Koeffizienten zu groß werden lassen, was zu Verzerrungen führt. Daher wird, um die Vergleichbarkeit zu erhöhen, die Obergrenze für die Jahre 1991 bis 1995 bei 17 500 DM festgelegt. Die Datenpunkte für die Lorenzkurve ergeben sich letztlich aus den kumulierten relativen Anteilen der Haushalte an den Gesamthaushalten sowie den kumulierten relativen Anteilen der Klasseneinkommen am Gesamteinkommen.

Ergebnisse: Im folgenden Diagramm ist die Lorenzkurve bezogen auf die brandenburgischen Daten des Haushaltsnettoeinkommens für das Jahr 2004 abgebildet.



Abzulesen ist beispielsweise, dass die 50 Prozent einkommensschwächsten Haushalte ca. 27,5 Prozent des Gesamthaushaltsnettoeinkommens auf sich vereinigen, wohingegen die 10 Prozent einkommensstärksten Haushalte ca. 25 Prozent des Gesamthaushaltsnettoeinkommens beziehen. In der Grafik ist neben der Kurve der brandenburgischen Werte eine Diagonale gezeichnet. Diese Lorenzkurve würde entstehen, wenn alle Haushalte das identische Einkommen zur Verfügung hätten, also das gesamte Einkommen gleichmäßig unter allen Haushalten aufgeteilt wäre. Jeder Haushalt hätte in diesem Fall das gleiche Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung.

Gini-Koeffizient

Berechnung: Der Gini-Koeffizient entspricht dem Anteil der Fläche zwischen Diagonale und Lorenzkurve an der Gesamtfläche unter der Diagonale. Die Fläche unter der Diagonale beträgt $\frac{1}{2}$ der Gesamtfläche des Diagramms.

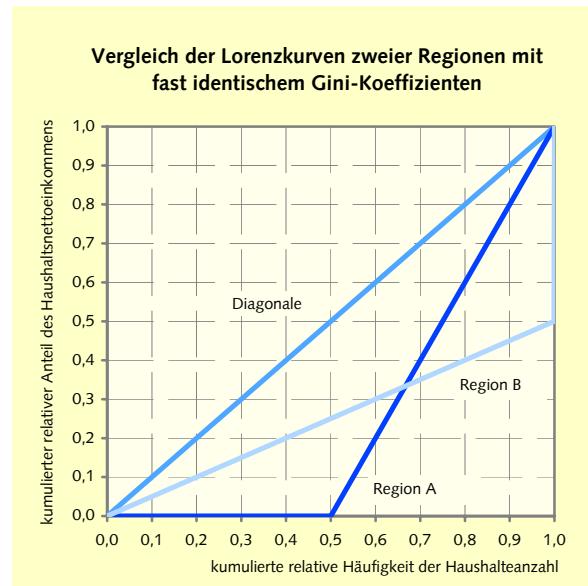
Für den Gini-Koeffizienten ergibt sich damit

$$G = \frac{\frac{1}{2} - A}{\frac{1}{2}} = 1 - 2A$$

wobei A der Flächeninhalt unter der Lorenzkurve ist. Je stärker die Krümmung der Lorenzkurve – desto größer die Ungleichheit der Verteilung.

Der Gini-Koeffizient reagiert sehr sensibel auf Veränderungen im mittleren Einkommensbereich und eher schwach auf Schwankungen im Bereich des höchsten Einkommens. Dies kommt uns hier zugute, da diese Einkommen nicht besonders stark untergliedert sind.

Allerdings hat ein gleicher Gini-Koeffizient nicht gleichzeitig eine identische Einkommensverteilung zu bedeuten⁴⁾. Beispielsweise kann eine fiktive Region A, in der 50 Prozent der Haushalte zu gleichen Teilen das gesamte Einkommen besitzen und der Rest leer ausgeht, einen Gini-Koeffizienten von 0,5 aufweisen, während eine andere Region B, in der 99,9 Prozent der Haushalte zu gleichen Teilen 50 Prozent des Einkommens besitzen und 0,1 Prozent der Haushalte die zweite Hälfte auf sich vereinen, einen mit der Region A fast identischen Gini-Wert von 0,499 hat.



4) Bohley, R. (1996), Statistik, 6. Auflage, München; Wien: Oldenbourg Verlag, S. 185ff.

Der Gini-Koeffizient der beiden Regionen im vorherigen Diagramm ist trotz unterschiedlichster Verteilungen nahezu identisch, da die unter den Lorenzkurven liegenden Flächen fast gleich groß sind.

Bei einer tiefer gehenden Analyse darf man sich folglich nicht nur auf eine Betrachtung des Gini-Koeffizienten beschränken, sondern muss auch immer die Lorenzkurve und möglichst andere Ungleichheitskoeffizienten⁵⁾ heranziehen.

Ergebnisse: Bei der Berechnung der Gini-Koeffizienten des **brandenburgischen Haushaltsnettoeinkommens** von 1991 bis 2004, kann man erkennen, dass der Gini-Koeffizient seit dem Jahr 1998 deutlich angestiegen ist. Das heißt, das Einkommen hat sich gemäß dieser Kennzahl seit 1998 zunehmend ungleicher zwischen den Haushalten verteilt.

Entwicklung des Gini-Koeffizienten des brandenburgischen Haushaltsnettoeinkommens von 1991 – 2004



Der **bundesweite Vergleich** beschränkte sich auf eine Analyse des Jahres 2004. Die Gini-Koeffizienten der einzelnen Bundesländer wurden analog zum oben für Brandenburg beschriebenen Verfahren berechnet. Zur Berechnung der Gini-Koeffizienten Gesamtdeutschlands sowie der neuen und alten Bundesländer wurden die Klassenhäufigkeiten der jeweils dazugehörigen Bundesländer kumuliert. Dies ist möglich, da die Einkommensklassen in allen Bundesländern identisch definiert sind.

Es ist erkennbar, dass der brandenburgische Gini-Koeffizient im Vergleich aller Bundesländer an elfter Stelle liegt, wobei Brandenburg unter den neuen Bundesländern die Spitzenposition einnimmt. Weiterhin ist ein Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern deutlich zu erkennen, da mit Ausnahme Bremens alle alten Bundes-

länder eine höhere Ungleichverteilung des Haushaltsnettoeinkommens vorweisen als die neuen Bundesländer. Der geringe Gini-Koeffizient Bremens lässt sich damit erklären, dass in den Mikrozensusergebnissen dieses Bundeslandes die Einkommensklassen unter 300 EUR und über 5 500 EUR überhaupt nicht besetzt sind.

Rangfolge der Gini-Koeffizienten des Haushaltsnettoeinkommens aller Bundesländer im Jahre 2004

Bundesland	Gini-Koeffizient
Hamburg	0,373
Berlin	0,363
Bayern	0,363
Baden-Württemberg	0,362
Rheinland-Pfalz	0,362
Hessen	0,361
Niedersachsen	0,355
Schleswig-Holstein	0,353
Nordrhein-Westfalen	0,352
Saarland	0,337
Brandenburg	0,335
Mecklenburg-Vorpommern	0,331
Sachsen-Anhalt	0,323
Sachsen	0,317
Thüringen	0,317
Bremen	0,312
Deutschland	0,357
Alte Bundesländer ¹⁾	0,360
Neue Bundesländer ²⁾	0,324

1) mit Berlin-Ost

2) ohne Berlin-Ost

Die Entwicklung des brandenburgischen Gini-Koeffizienten hin zu immer höheren Werten und damit zu mehr Ungleichgewicht im Haushaltsnettoeinkommen lässt sich neben den **Ursachen**, die sich aus marktwirtschaftlicher Sicht nennen lassen, auch noch durch die Veränderung der Haushaltstrukturen – hin zu immer kleineren Haushalten – begründen. Auch der im Osten wesentlich höhere Anteil der Arbeitslosen und die damit verbundenen Sozialzahlungen mit ihren geringeren Einkünften können zu einer Gleichverteilung beitragen.

Brandenburg hat von den neuen Bundesländern den höchsten Gini-Koeffizienten, also das größte Ungleichgewicht bei der Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens. Neben den zuvor genannten Ursachen kann dafür der Einfluss Berlins als ein Wachstumszentrum angesehen wer-

5) Z. B. der Herfindal-Index und/oder die (Informations-) Entropie, Kohn, W. Statistik, Springer Verlag 2005, S. 92ff.

den. Dass die neuen Länder und Berlin-Ost insgesamt eine wesentlich gleichmäßigeren Haushaltsnettoeinkommensverteilung als die alten Länder aufweisen, hängt vielleicht mit dem vom DIW⁶⁾ festgestellten Fehlen der Eliten in Ostdeutschland zusammen. Weder in den großen Unternehmen noch im Mittelstand sind ausgesprochene „Schwerverdiener“ vorhanden. Die großen Betriebe wurden erfolgreich privatisiert und befinden sich in der Hand der westdeutschen oder ausländischen Konzerne (Bergbau und Stromerzeugung, Regionalversorger, Erdölverarbeitung). Den Unternehmern des neuen Mittelstandes fehlt es aufgrund ihres geringen Alters meist an einer ausreichenden Kapitalausstattung. Sie können noch keine sehr hohen Gehälter realisieren.

Logarithmische Normalverteilung

Im weiteren Teil dieses Beitrages soll der Frage nachgegangen werden, ob das Haushaltsnettoeinkommen einer logarithmischen Normalverteilung unterliegt. So kann man beispielsweise theoretisch die bis 2001 noch in DM-Klassen erfassten Statistiken der Haushaltsnettoeinkommen in die neu definierten EUR-Klassen umrechnen, ohne die durch den Wechselkurs verursachten verzerrten Klassenbreiten zu erhalten. Dies erhöht die Vergleichbarkeit der entsprechenden Tabellen. Die Berechnung weiterer statistischer Kennziffern wie des Gini-Koeffizienten, des Mittelwertes, der Standardabweichung, der Schiefe, der Steilheit, des Median u. a. ist sehr einfach und schnell möglich. Weiterhin ergeben sich Vorteile bei der mathematischen Modellierung, bei der Optimierung von Stichproben und bei Befragungen zur sozialen Lage von Haushalten.

Mathematische Grundlagen: Zunächst soll für den mathematisch interessierten Leser eine kurze Einführung in die theoretischen Grundlagen einer solchen Datenanalyse präsentiert werden.

Das Haushaltsnettoeinkommen wird im Folgenden als Zufallsgröße E interpretiert. Diese Zufallsgröße ist lognormalverteilt, falls $\ln(E)$ einer Gauß'schen Normalverteilung mit den Parametern μ (Erwartungswert) und σ^2 (Varianz) unterliegt. Für die eine Zufallsgröße charakterisierende Dichtefunktion $f_E(x)$ gilt im Falle einer solchen Lognormalverteilung mit entsprechenden Parametern μ und σ^2 $f_E(x) = 0$ für $x \leq 0$ sowie

$$f_E(x) = \frac{1}{x\sqrt{2\pi\sigma^2}} e^{-\frac{(\ln(x)-\mu)^2}{2\sigma^2}}, \quad x > 0.$$

6) DIW Wochenbericht 28/2005, Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland bis 2004: Zunehmender Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Armut und Ungleichheit. Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M. S. 429-436

Mit dieser Dichtefunktion berechnet man nun durch Integration die Verteilungsfunktion $F_E(x)$ der Zufallsgröße, also

$$F_E(x) := \int_{-\infty}^x f_E(y) dy.$$

Damit ist es nun möglich, die Wahrscheinlichkeit P auszurechnen, dass E Werte in einem bestimmten Intervall annimmt. Es gilt nämlich

$$P(E < x) := F(x),$$

$$P(y \leq E < z) = F(z) - F(y).$$

Um dies tun zu können, muss jedoch zunächst überprüft werden, ob die vorliegenden gruppierten Daten überhaupt die Annahme einer Lognormalverteilung zulassen. Die Vorgehensweise ist die Folgende⁷⁾:

- Schätzung der Parameter μ und σ^2 der Dichtefunktion aus den erhobenen Daten,
- Durchführung eines Chi-Quadrat-Anpassungs-Tests zum Signifikanzniveau $\alpha = 5$ Prozent.

Zur Schätzung der Parameter wird die so genannte Maximum-Likelihood-Methode verwendet. Die Parameter ergeben sich aus folgenden Formeln⁸⁾:

$$\hat{\mu} = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^k n_i \ln(s_i),$$

$$\hat{\sigma}^2 = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^k n_i (\ln(s_i) - \hat{\mu})^2.$$

Hierbei ist n die Gesamtzahl der betrachteten Haushalte, k die Anzahl der Einkommensklassen, n_i die Anzahl der Haushalte in der i -ten Einkommensklasse sowie s_i der Schwerpunkt der i -ten Einkommensklasse.

Nun wird der Chi-Quadrat-Anpassungstest durchgeführt, um zu ermitteln, ob die Hypothese einer lognormal verteilten Zufallsgröße mit den geschätzten Parametern μ und σ^2 aufrechterhalten werden kann oder abzulehnen ist. Dabei wird im Wesentlichen die empirische Klassenhäufigkeit aus den gruppierten Daten mit der theoretischen Klassenhäufigkeit verglichen. Die theoretische Klassenhäufigkeit \hat{n}_i ergibt sich aus der Wahrscheinlichkeit, in der i -ten Einkommensklasse zu liegen, multipliziert mit der Gesamtzahl der betrachteten Haushalte n , also

$$\hat{n}_i := n \cdot P(x_i^0 \leq E < x_i^1),$$

7) Rinne, H. (2003), Taschenbuch der Statistik, 3. Auflage, Frankfurt am Main: Verlag Harry Deutsch, S. 566f.

8) Rinne, H. (2003), Taschenbuch der Statistik, 3. Auflage, Frankfurt am Main: Verlag Harry Deutsch, S. 449ff.

wobei x_i^0 die untere und x_i^1 die obere Schranke der i-ten Klasse bezeichnet.

Die Durchführbarkeit des Tests ist im Übrigen nur gewährleistet, falls die Häufigkeiten in den einzelnen Klassen jeweils mindestens fünf betragen. Dies hat zur Folge, dass einige Klassen adäquat zusammengefasst werden müssen, um korrekte Ergebnisse zu erzielen.

Falls die letztendlich ermittelte Prüfgröße kleiner als das von der Anzahl der betrachteten Klassen und dem Signifikanzniveau abhängigen Chi-Quadrat-Quantil ist, wird die Hypothese, dass das Nettohaushaltseinkommen lognormalverteilt ist, aufrechterhalten; ansonsten abgelehnt.

Ergebnisse: Der beschriebene Test wird nun auf die zur Verfügung stehenden brandenburgischen Daten der Jahre 1991 bis 2004 angewendet.

Man kann feststellen, dass für die Jahrgänge 1991 bis 1996, 1998 und 1999 die Hypothese eines lognormalverteilten Haushaltsnettoeinkommens zu verwerfen ist, wohingegen für das Jahr 1997 sowie die Jahre 2000 bis 2004 eine solche Hypothese aufrechterhalten werden kann.

Test der Hypothese auf Lognormalverteilung des brandenburgischen Haushaltsnettoeinkommens der Jahre 1991 – 2004

Jahr	μ	σ^2	Prüfgröße	Chi-Quadrat 95%-Quantil ¹⁾	Ergebnis
1991	7,39	0,34	69,88	15,51	ablehnen
1992	7,59	0,32	42,00	18,31	ablehnen
1993	7,73	0,34	33,08	21,03	ablehnen
1994	7,80	0,34	31,27	22,36	ablehnen
1995	7,85	0,35	31,02	22,36	ablehnen
1996	7,90	0,31	24,18	22,36	ablehnen
1997	7,91	0,31	22,61	23,68	beibehalten
1998	7,92	0,31	27,34	23,68	ablehnen
1999	7,95	0,32	23,90	23,68	ablehnen
2000	7,97	0,35	21,44	25,00	beibehalten
2001	7,98	0,36	19,79	25,00	beibehalten
2002	7,35	0,36	12,44	23,68	beibehalten
2003	7,34	0,36	10,39	23,68	beibehalten
2004	7,33	0,40	14,28	23,68	beibehalten

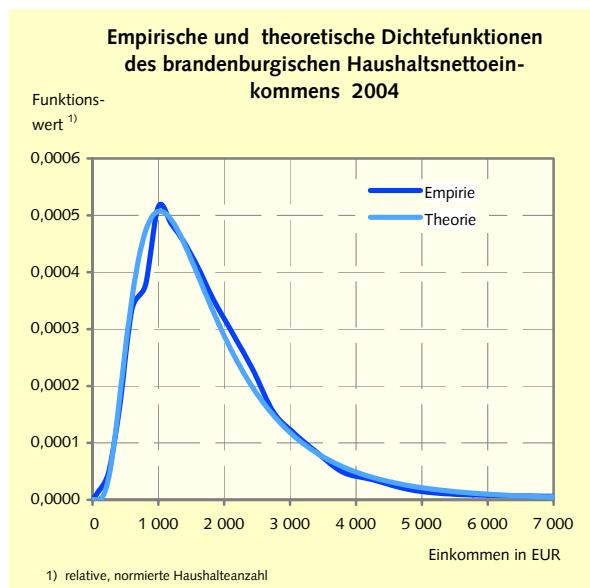
1) Göhler, W. (1999), Formelsammlung höhere Mathematik, 14. Auflage, Frankfurt am Main; Thun: Verlag Harry Deutsch, S. 118f.

Es ist dabei zu betonen, dass nicht behauptet werden kann, das Haushaltsnettoeinkommen unterliege seit dem Jahr 2000 einer Lognormalverteilung mit entsprechenden Parametern! Es handelt sich hier lediglich um eine Modellierung, die keinesfalls der Wahrheit entsprechen muss.

Das Ergebnis bedeutet in erster Linie, dass die Wahrscheinlichkeit, eine richtige Hypothese abzulehnen, bei 5 Prozent liegt. Der Test dient im Prinzip nur zur Absicherung, dass mit der Hypothese nicht völlig danebengelegen wird.

Um die Stärken und Schwächen dieser Modellierung festzustellen, werden beispielhaft in der Tabelle auf der folgenden Seite die aus den Verteilungskurven der Jahre 1997 und 2004 berechneten Klassenhäufigkeiten mit den empirischen Häufigkeiten verglichen.

Es ist eindeutig erkennbar, dass die Modellierung insbesondere in den beiden untersten und den drei höchsten Einkommensklassen stark von der Realität abweicht. Das liegt an der Charakteristik der Lognormalverteilung, die erst etwas später beginnt zu steigen, dann aber sehr stark anwächst und zum Ende dafür nicht so schnell abklingt. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer linkssteilen bzw. rechtsschiefen Verteilung. Als Beispiel ist die Dichtefunktion für die angenommene Verteilung des Haushaltsnettoeinkommens Brandenburgs 2004 abgebildet. In diesem Diagramm ist zum Vergleich neben der theoretischen Dichtefunktion auch die aus den erhobenen Daten erstellte empirische Dichtefunktion dargestellt.



Relative Abweichung der theoretischen von den empirischen Häufigkeiten in den einzelnen Einkommensklassen des brandenburgischen Haushaltsnettoeinkommens der Jahre 1997 und 2004

Ifd. Nr.	Einkommensklasse			1997			Einkommensklasse			2004		
	Unter-grenze	Ober-grenze	Theorie	Empirie	relative Abwei-chung	Ifd. Nr.	Unter-grenze	Ober-grenze	Theorie	Empirie	relative Abwei-chung	
	DM		Haushalteanzahl in Tausend		%		EUR		Haushalteanzahl in Tausend		%	
1	0	300	0,04	1,2	- 96,42	1	0	150	0,14	2,5	- 94,46	
2	300	600	3,62	7,6	- 52,34	2	150	300	5,74	8,3	- 30,86	
3	600	1 000	35,60	39,2	- 9,19	3	300	500	39,85	38,6	+ 3,25	
4	1 000	1 400	86,24	80,5	+ 7,13	4	500	700	83,24	79,8	+ 4,30	
5	1 400	1 800	120,48	102	+ 18,12	5	700	900	110,75	89,5	+ 23,74	
6	1 800	2 200	130,48	126,2	+ 3,39	6	900	1 100	119,84	122,2	- 1,93	
7	2 200	2 500	93,99	95,5	- 1,59	7	1 100	1 300	116,42	115,0	+ 1,23	
8	2 500	3 000	138,52	125,0	- 10,81	8	1 300	1 500	106,36	107,1	- 0,69	
9	3 000	3 500	111,71	121,5	- 8,06	9	1 500	1 700	93,68	96,8	- 3,22	
10	3 500	4 000	86,49	95,9	- 9,81	10	1 700	2 000	116,36	124,5	- 6,53	
11	4 000	4 500	65,50	84,2	- 22,21	11	2 000	2 300	90,48	103,1	- 12,24	
12	4 500	5 000	49,05	56,9	- 13,80	12	2 300	2 600	69,39	80,9	- 14,23	
13	5 000	5 500	36,54	41,6	- 12,16	13	2 600	2 900	52,93	55,2	- 4,11	
14	5 500	6 000	27,19	28,3	- 3,91	14	2 900	3 200	40,35	42,1	- 4,15	
15	6 000	6 500	20,26	19,3	+ 5,00	15	3 200	3 600	39,40	40,7	- 3,19	
16	6 500	7 000	15,14	13	+ 16,50	16	3 600	4 000	27,70	23,2	+ 19,40	
17	7 000	7 500	11,36	8,8	+ 29,10	17	4 000	4 500	23,60	21,2	+ 11,33	
18	7 500	10 000	26,64	17,5	+ 52,24	18	4 500	5 500	26,02	19,2	+ 35,52	
19	10 000	12 000	6,39	3,1	+ 106,16	19	5 500	6 000	7,10	5,1	+ 39,16	
20	12 000	∞	4,25	2,2	+ 93,12	20	6 000	∞	17,45	11,8	+ 47,86	
Summe			1 069,5	1 069,5	X	Summe			1 186,8	1 186,8	X	

Diskussion: Da zum 01.01.2002 die DM vom EUR als gesetzliches Zahlungsmittel abgelöst wurde, veränderten sich die bei der Datenerhebung zugrunde liegenden Einkommensklassen. Beispielsweise würde eine Umrechnung der untersten Einkommensklasse ‚weniger als 300 DM‘ mit dem festgelegten Wechselkurs von 1 EUR = 1,95583 DM als neue Einkommensklasse ‚weniger als ~153,39 EUR‘ ergeben. Um diese „krummen“ Zahlen zu vermeiden wurden damals neue Einkommensklassen festgelegt. Da für die Jahre 1997, 2000 und 2001 die Hypothese eines lognormalverteilten Haushaltsnettoeinkommens beibehalten werden konnte, ist es möglich, für diese Jahrgänge die theoretischen Häufigkeiten in den neu definierten Klassen zu berechnen, um sie für die späteren Jahrgänge vergleichbar zu machen. Dazu müssen zunächst die ermittelten Dichtefunktionen „in EUR umgerechnet“ werden. Dies geschieht durch eine einfache Transformation, die hier nicht hergeleitet wird. Es müssen gemäß dieser

Transformation lediglich die Schätzparameter für μ verändert werden, σ^2 bleibt konstant. Konkret ergibt sich

$$\hat{\mu}_{EUR} = \hat{\mu} - \ln(1,95583).$$

Damit können nun die Häufigkeiten für die neuen Einkommensklassen berechnet werden. Das Ergebnis für das Jahr 1997 ist in der folgenden Tabelle zu sehen.

Auch hier ist, wie schon vorher beschrieben, zu beachten, dass die Modellierung mit Fehlern behaftet ist. Es liegen zwar diesmal keine konkreten Vergleichswerte vor, doch man kann davon ausgehen, dass insbesondere in den Randklassen enorme Abweichungen auftreten. Es sollten daher besser keine direkten Vergleiche mit den empirischen Daten der späteren Jahrgänge angestellt werden, sondern eher mit den theoretischen, aus der Verteilungs-

funktion berechneten Werten. Deshalb wurde in der folgenden Tabelle den theoretischen Daten von 1997 zum Vergleich die theoretischen Daten von 2004 gegenübergestellt.

Vergleich der theoretischen Häufigkeit des brandenburgischen Haushaltsnettoeinkommens 1997 und 2004

Ifd. Nr.	Einkommensklasse		Theoretische Häufigkeit	
	Unter-grenze	Ober-grenze	1997 ¹⁾	2004
	EUR		Haushalteanzahl in Tausend	
1	0	150	0,04	0,14
2	150	300	3,21	5,74
3	300	500	32,70	39,85
4	500	700	81,34	83,24
5	700	900	115,92	110,75
6	900	1 100	127,53	119,84
7	1 100	1 300	122,49	116,42
8	1 300	1 500	108,91	106,36
9	1 500	1 700	92,47	93,68
10	1 700	2 000	108,94	116,36
11	2 000	2 300	78,94	90,48
12	2 300	2 600	56,24	69,39
13	2 600	2 900	39,80	52,93
14	2 900	3 200	28,15	40,35
15	3 200	3 600	25,25	39,40
16	3 600	4 000	16,11	27,70
17	4 000	4 500	12,37	23,60
18	4 500	5 500	11,66	26,02
19	5 500	6 000	2,67	7,10
20	6 000	∞	4,78	17,45
Summe	-	-	1 069,5	1 186,8

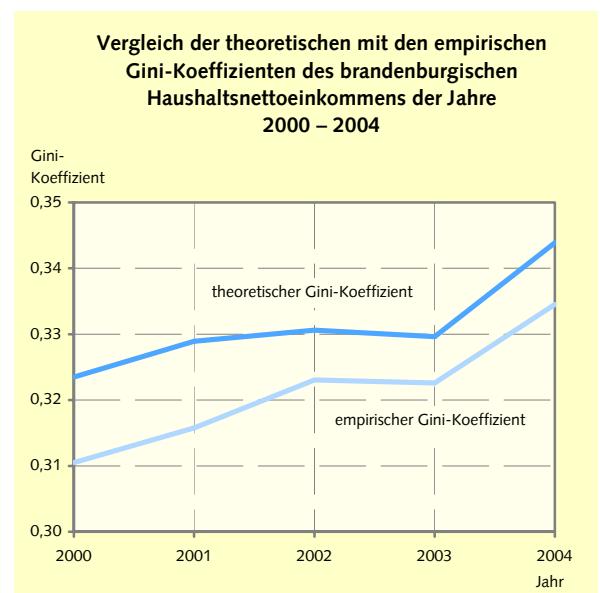
1) nach Umrechnung von DM in EUR

Für die Jahre 1997 und 2000 bis 2004 kann aufgrund der Annahme der Hypothese einer Lognormalverteilung auch ein theoretischer Gini-Koeffizient berechnet werden. Dieser ergibt sich aus

$$G = 2\Phi\left(\sqrt{\frac{\sigma^2}{2}}\right) - 1.$$

Dabei ist $\Phi(x)$ die Verteilungsfunktion einer standardnormalverteilten Zufallsgröße, deren Werte in jeder gängigen Formelsammlung tabelliert sind⁹⁾. Es wird deutlich, dass für die Berechnung des Gini-Koeffizienten lediglich der Parameter σ , der in gewisser Weise als Maß für die Streuung der Daten interpretiert werden kann, benötigt wird.

In folgenden Diagramm werden die theoretischen Gini-Koeffizienten des Haushaltsnettoeinkommens der Jahre 2000 bis 2004 mit den empirischen Gini-Koeffizienten verglichen.



Die theoretischen „Gini's“ liegen für den gesamten Beobachtungszeitraum über den direkt aus den empirischen Daten bestimmten Koeffizienten. Die Erklärung dafür ist in der auf der vorherigen Seite abgebildeten Tabelle zu finden. Es ist erkennbar, dass die hohen Einkommensbereiche theoretisch stärker besetzt sind als empirisch. Ebenso verhält es sich mit den unteren Einkommensklassen, wobei die sehr dünn besetzten ersten beiden Einkommensklassen dabei außer Acht gelassen werden können. Da die mittleren Einkommensklassen aber theoretisch schwächer besetzt sind als empirisch erhoben, ist das Haushaltsnettoeinkommen theoretisch ungleicher verteilt als empirisch. Die theoretische Lorenzkurve ist nicht so stark gekrümmt wie die empirische Lorenzkurve. Hier ist also eine weitere Schwäche der Modellierung zu finden. Der Trend des Gini-Koeffizienten ist in beiden Linien nahezu identisch, was die Vergleichbarkeit unter diesen Bedingungen ermöglicht – wenn auch eingeschränkt.

9) Göhler, W. (1999), Formelsammlung Höhere Mathematik, 14. Auflage, Frankfurt am Main; Thun: Verlag Harry Deutsch, S. 117

Fazit

Gini-Koeffizient und Lorenzkurve sind geeignete Methoden, um aus statistischer Sicht Gleich- oder Ungleichverteilungen und deren Entwicklung abzuschätzen. Beide Verfahren sind unabhängig von wechselnden Klassenbreiten und Untersuchungsumfängen. Aufgrund des Stichprobencharakters und der Angabe des Haushaltsnettoeinkommens in Klassen ist nicht immer von einer Lognormalverteilung des brandenburgischen Haushaltsnettoeinkommens auszugehen.

Das Nettoeinkommen der brandenburgischen Haushalte hat sich im Zeitraum von 1991 bis 2004 bis auf die Jahre 1996 bis 1999 immer ungleichmäßiger entwickelt. Im Jah-

re 2004 hatte Brandenburg von allen neuen Ländern die ungleichmäßigste Einkommensverteilung, lag aber beim bundesweiten Vergleich auf dem elften Platz.

Unter bestimmten Umständen, wenn die Hypothese im Chi-Quadrat-Anpassungstest nicht abgelehnt wird, kann das Haushaltsnettoeinkommen in Brandenburg durch eine Lognormalverteilung abgebildet werden, was für weitere Untersuchungen und Vergleiche neue Möglichkeiten eröffnet. Allerdings könnte es nützlich sein, zu dem Problem der oberen und unteren Randklassen weitere Untersuchungen durchzuführen.

Jürgen Hübner
Jens Noack



Herr Jens Noack ist Student an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, Fachrichtung Wirtschaftsmathematik. Er absolvierte ein Praktikum im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg.

Neukonzeption der Verdienststatistiken

Das heutige verdienststatistische Berichtssystem basiert im Wesentlichen auf dem Lohnstatistikgesetz aus den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Die aktuellen Anforderungen der Nutzer werden nur noch unzureichend abgedeckt. Eine strukturelle Revision der Verdienststatistiken ist zwingend erforderlich. Insbesondere die Ausweitung der laufenden Verdiensterhebung auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche und die Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigen in die kurzfristige Erhebung bringt einen erheblichen Informationsgewinn.

Hintergrund

Der statistische Beirat¹⁾ hat am 18. Juni 1999 das Statistische Bundesamt beauftragt, im Rahmen des Programms zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik zu prüfen, ob das Gesamtsystem der Verdienststatistik den aktuellen Anforderungen genügt und wo Weiterentwicklungsbedarf besteht.

Als generelle Zielsetzung strebte der Statistische Beirat eine Modernisierung der Verdienststatistik an, die zu einer Verringerung öffentlicher Tätigkeiten – Schlagwort Bürokratieabbau – und einer Kostenreduzierung bei den Statistikproduzenten, den Statistischen Ämtern und den betroffenen Unternehmen, führen sollte.

Die in den folgenden Jahren vor allem von einer Bundes-Länder-Arbeitsgruppe vorgenommenen Untersuchungen führten zum Ergebnis, keine Totalrevision des verdienststatistischen Systems vorzunehmen.

Alle Beteiligten vertraten die Auffassung, an der eigenständigen Verdienststatistik im dreigliederigen Aufbau festzuhalten:

- Kurzfristige Statistiken,
- Jahresstatistiken und
- Statistiken in mehrjährigem Turnus.

Der Statistische Beirat empfahl deshalb im Juni 2002 die Revision des Systems der Verdienststatistiken, das im Wesentlichen auf dem Lohnstatistikgesetz aus den 1950er Jahren beruht, fortzuführen, mit der Ausweitung auf folgende Themenfelder:

- Vollständige Erfassung des Dienstleistungsbereiches,
- Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten in die laufenden Erhebungen,
- breitere Anwendung von Online-Verfahren,

- automatisierte Datengewinnung aus dem betrieblichen Rechnungswesen.

Der dabei bisher erreichte Arbeitsstand ist Gegenstand dieses Kurzbeitrages.

Heutiges System der Verdienststatistiken

Grundlage des verdienststatistischen Berichtssystems ist das Gesetz über die Lohnstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. April 1996 (BGBl. S. 598), zuletzt geändert durch Artikel 35 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. S. 1046). Gesetzlich angeordnet sind die Erhebung von vier laufenden Statistiken mit vierteljährlicher bzw. jährlicher Periodizität und drei Statistiken mit mehrjähriger Periodizität. Alle Statistiken werden als Stichprobenerhebung in repräsentativ ausgewählten Unternehmen mit in der Regel zehn und mehr Beschäftigten durchgeführt. Ausnahmen sind die Verdiensterhebungen im Handwerk und der Landwirtschaft, bei denen alle Unternehmen mit mindestens einem abhängig vollzeitbeschäftigte Arbeiter die Auswahlgrundlage bilden.

Laufende Statistiken sind die

- Verdiensterhebung im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe
 - Vierteljährliche Verdiensterhebung mit den Erhebungsmonaten Januar, April, Juli und Oktober
 - Bruttojahresverdiensterhebung,
- Verdiensterhebung im Handwerk jährlich im Monat Mai und die
- Verdiensterhebung in der Landwirtschaft jährlich im Monat September

Statistiken mit mehrjähriger Periodizität sind die

- Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (zukünftig Verdienststrukturerhebung), vierjährig,

1) Gremium aus Vertretern der Bundesministerien, der Deutschen Bundesbank, des Bundesrechnungshofes, des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, der gewerblichen Wirtschaft, der Arbeitgeber- und kommunalen Spitzenverbände, der Gewerkschaften, der Wissenschaft sowie der Statistischen Ämter.

- Arbeitskostenerhebung, vierjährig,
- Statistik der betrieblichen Altersversorgung, unregelmäßig, letztmalig für 1990 ausschließlich in den alten Bundesländern durchgeführt.

Mit Ausnahme der Verdienststrukturerhebung und der Verdiensterhebung in der Landwirtschaft (Individualangaben) werden bei allen Statistiken Summenangaben in der Untergliederung nach Arbeitnehmergruppen erfragt.

Die Arbeitskosten- und Verdienststrukturerhebung, die in allen EU-Mitgliedstaaten durchzuführen sind, beruhen neben der nationalen Rechtsgrundlage auf der EG-Verordnung Nr. 530/1999 des Rates vom 09. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten (ABl. EG Nr. L 63 S.6). Beide Erhebungen unterliegen deshalb nur begrenztem deutschem Einfluss und werden aus diesem Grund weitgehend aus den Betrachtungen ausgeklammert.

Die Überlegungen zur Modernisierung der Verdienststatistiken konzentrieren sich auf die laufenden Erhebungen mit der Zielstellung, in absehbarer Zeit das Lohnstatistikgesetz zu novellieren²⁾ und damit die rechtliche Grundlage für den angestrebten Informationsgewinn für die Nutzer bei gleichzeitiger Entlastung der Unternehmen und Kostenneutralität für die Statistischen Ämter zu schaffen.

Vierteljährliche Verdiensterhebung

Heute werden, auf getrennten Erhebungsbögen für vollzeitbeschäftigte Arbeiter (nur im produzierenden Gewerbe) und vollzeitbeschäftigte Angestellte (produzierendes Gewerbe sowie Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe), die regelmäßigen Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen), unterteilt nach Geschlecht, Leistungsgruppen (Arbeiter = 3, Angestellte = 4) sowie bei den Arbeitern die bezahlte Arbeitszeit (darunter Mehrarbeitszeit) und bei den Angestellten die Beschäftigungsart (kaufmännisch, technisch) erhoben. Außerdem wird die in den Betrieben angewandte Tarifregelung erfragt.

Zukünftig soll der Erhebungsbereich auf alle Wirtschaftsbereiche, außer Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht sowie private Haushalte, ausgedehnt werden. Auf die Trennung nach Arbeitern und Angestellten soll verzichtet werden, da mit dem Wegfall der Unterscheidung in der Rentenversicherung zum 01. Januar 2005 sowie in einer Reihe von Tarifverträgen (Entgelttarifverträgen) getrennte Angaben nach Arbeitern und Angestellten für die Unternehmen immer schwieriger werden.

2) Nach aktuellen Informationen des Statistischen Bundesamtes tritt das Gesetz zur Neufassung des Gesetzes über die Lohnstatistik als „Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten (Verdienststatistikgesetz – VerdStatG“ frühestens am 01. April 2007 in Kraft.

Angegeben werden sollen die Bruttoverdienste, darunter Sonderzahlungen sowie die Zahl der Arbeitsstunden für das gesamte Berichtsquartal (nicht mehr Berichtsmonat). Die Angaben sollen getrennt nach dem Geschlecht der Arbeitnehmer, dem Beschäftigungsumfang (Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung) und Leistungsgruppen (fünf anstelle von bisher insgesamt sieben) gemacht werden. Auf die angewandte Tarifregelung, als Nachweis der Tarifbindung der Unternehmen, wird nicht verzichtet.

Zur Vereinfachung der Datenerfassung wird den Unternehmen bei elektronischer Übermittlung freigestellt,

- die Daten monatlich für alle drei Monate eines Quartals oder als Quartalssumme,
- Summandaten oder Individualdaten zu liefern.

Bruttojahresverdiensterhebung

Heute erfolgt eine getrennte Erhebung der Jahresverdienste einschließlich der Sonderzahlungen für Arbeiter und Angestellte bei den gleichen Auskunftspflichtigen wie der vierteljährlichen Verdiensterhebung, unterteilt nach dem Geschlecht aber ohne Untergliederung nach Leistungsgruppen.

Zukünftig wird auf die Bruttojahresverdiensterhebung verzichtet, da aus der neuen vierteljährlichen Verdiensterhebung Jahresergebnisse errechnet werden können.

Verdiensterhebung im Handwerk

Heute werden jährlich im Monat Mai in zehn Handwerkszweigen die Arbeitszeit, darunter die Mehrarbeitszeit von vollzeitbeschäftigten Arbeitern und die Bruttoverdienste erhoben, getrennt nach dem Geschlecht und zwei Arbeitergruppen (Gesellen und übrige Arbeiter) erhoben. Außerdem werden die im Handwerksbetrieb angewandte Tarifregelung und die Anzahl der insgesamt tätigen Beschäftigten (vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte) erfragt.

Zukünftig ist die Verlängerung der Periodizität von ein auf vier Jahre mit im Wesentlichen unverändertem Merkmalsprogramm vorgesehen. Auf Wunsch des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZDH) soll die Unterteilung der Arbeiter um die Gruppe der Meister und Vorarbeiter erweitert werden.

Die Repräsentativität der Ergebnisse wird durch Erweiterung der Handwerkszweige von zehn auf maximal 15 als Handwerk betriebene Gewerke verbessert.

Handwerksbetriebe mit zehn und mehr Beschäftigten erhalten eine Auswahlchance für die neue vierteljährliche Verdiensterhebung und gehen in das Ergebnis des jeweiligen Wirtschaftszweiges ein.

Anzumerken ist, dass die Abgrenzung als Handwerk eine wirtschaftshistorisch bedingte nationale deutsche Besonderheit ist. Nach wie vor ist das Interesse an Verdiensten im Handwerk in Deutschland sehr groß, sodass auf die Erhebung nicht vollständig verzichtet werden kann. Europäische Anforderungen gibt es nicht.

Verdiensterhebung in der Landwirtschaft

Heute werden jährlich im September für familienfremde vollzeitbeschäftigte Arbeiter die bezahlte Arbeitszeit, darunter die Mehrarbeitszeit, die Entlohnungsart (Stunden- oder Monatslohn), die berufliche Qualifikation, der Brutto- lohn, die gesetzlichen Abzüge, der Nettolohn sowie der Wert der Naturalleistungen als Individualdaten erhoben. Außerdem werden die im Unternehmen angewandte Tarifregelung und die Gesamtzahl der vollzeitbeschäfti- tigten Arbeiter/-innen erfragt. Zur Entlastung größerer Unternehmen ab 20 Beschäftigten wird die Anzahl der zu meldenden Arbeiter/-innen durch einen vorgegebenen Aus- wahlabstand reduziert.

Zukünftig ist die Durchführung der Verdiensterhebung in der Landwirtschaft, wie beim Handwerk, nur noch alle vier Jahre vorgesehen. Der Merkmalskatalog bleibt unverändert.

Künftiges System der Verdienststatistiken

Bei Realisierung der Neukonzeption der Verdienststatisti- ken werden zukünftig nur noch folgende Erhebungen durchgeführt (vgl. auch Schema):



- Vier Mal im Jahr die vierteljährige Verdiensterhebung.
- Alle vier Jahre die Arbeitskostenerhebung und die Verdienststrukturerhebung (gemäß EU-Verordnung) sowie die Verdiensterhebungen im Handwerk und der Landwirtschaft.

Die Stichprobenumfänge werden im Wesentlichen beibehalten. Die Belastung für die Wirtschaft verringert sich partiell für das produzierende Gewerbe, den Handel sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe durch die sinkende Anzahl Auskunftspflichtiger, für das Handwerk und die Landwirtschaft durch die Verlängerung der Periodizität. Mit der Einbeziehung nahezu aller Wirtschaftsbereiche wird die Belastung gerechter verteilt und gleichzeitig ein erheblicher Informationsgewinn für die Nutzer erreicht.

Wilfried Schenk



Unternehmen des brandenburgischen Baugewerbes und deren Investitionen 1997 bis 2004

Die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen des brandenburgischen Bauhauptgewerbes und des Ausbaugewerbes war seit 1997 überwiegend von negativen Tendenzen geprägt. In beiden Bausparten ist seit 1997 ein ständiger Rückgang der Unternehmen und Beschäftigten um mehr als die Hälfte zu verzeichnen.

Die Jahresbauleistung bzw. der Gesamtumsatz blieben im Jahr 2004 weit unter den Werten von 1997, dagegen erhöhte sich der Gesamtumsatz je Beschäftigten um 30 Prozent im Bauhauptgewerbe und 16 Prozent im Ausbaugewerbe.

Der Rückgang der Unternehmen und Beschäftigten wirkte sich auch auf die Investitionstätigkeit im Baugewerbe aus. In beiden Bausparten reduzierten sich die Investitionen um über zwei Drittel.

Vorbemerkungen

Die Unternehmens- einschließlich Investitionserhebung liefert wichtige Informationen über die Bauleistung, die Beschäftigung und die Investitionen der Bauunternehmen zur Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung und Investitionstätigkeit im Baugewerbe. Die in einem Unternehmen getätigten Investitionen sind ein wichtiges Merkmal für die Beurteilung der zukünftigen konjunkturellen und strukturellen Entwicklung im jeweiligen Wirtschaftszweig.

Zur Darstellung und Beurteilung der Entwicklung im Baugewerbe dient die Jahreserhebung einschließlich Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes und bei Unternehmen des Ausbaugewerbes. Auskunfts-pflichtig hierzu sind alle Unternehmen mit wenigstens 20 Beschäftigten. Die jährliche Erhebung der Daten ermöglicht eine Betrachtung der Entwicklung und eine Darstellung zu Veränderungen über einen längeren Zeitraum.

Rechtsgrundlage für diese Statistik sind das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 104 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304) sowie die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik (ABl. EG Nr. L 14 S. 1), zuletzt geändert durch Anhang III Nr. 69 der Verordnung (EU) Nr. 1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (ABl. EU Nr. L 384 S. 1), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322).

Seit dem Berichtsjahr 1995 basiert die Unternehmens- ein-

schließlich Investitionserhebung im Baugewerbe auf der Klassifikation der „Wirtschaftszweige – Ausgabe 1993“ (WZ 93). Sie ist die von der Europäischen Kommission genehmigte nationale Fassung der NACE Rev. 1 für die Bundesrepublik Deutschland.

Im Jahr 2003 wurde die WZ 2003 aufgrund der aktualisierten EU-Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 1.1 eingeführt. Sie ist das Ergebnis einer behutsamen Aktualisierung der WZ 93, deren Struktur weitgehend beibehalten werden konnte. In Brandenburg wurden durch die Einführung der WZ 2003 drei Unternehmen aus dem Abschnitt Baugewerbe herausgelöst. Eine rückwirkende Nachaufbereitung war nicht erforderlich. Die ausgewiesenen Veränderungen zu Vorberichtsangaben sind korrekt. Außerdem wurde die inhaltliche Beschreibung der Unterteilungen der Klassifikation der Wirtschaftszweige aktualisiert und erweitert.

Im Sinne des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe werden dem Bauhauptgewerbe die Gruppen „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ (45.1), „Hoch- und Tiefbau“ (45.2) und dem Ausbaugewerbe die Gruppen „Bauinstallation“ (45.3) und „Sonstiges Ausbaugewerbe“ (45.4) sowie „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“ (45.5) zugeordnet.

Die Unternehmen sowie die Arbeitsgemeinschaften (Argen) und ihre Investitionen im Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) und im Ausbaugewerbe (Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe) Brandenburgs werden nachfolgend getrennt nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Beschäftigtengrößenklassen für den Zeitraum von 1997 bis 2004 dargestellt und abschließend in ihren Entwicklungen gegenübergestellt sowie Vergleiche zur Entwicklung in Deutschland bis 2003 gezogen.

Unternehmen des brandenburgischen Baugewerbes seit 1997

Die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen des brandenburgischen Bauhauptgewerbes ist seit 1997 durch überwiegend negative Tendenzen geprägt.

Unternehmen, Beschäftigte, Jahresbauleistung im brandenburgischen Bauhauptgewerbe 1997 – 2004

Ergebnisse von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Jahr	Unternehmen/ Argen am 31.12.	Beschäftigte am 30.09.	Jahresbauleistung und sonstige Umsätze	
			insgesamt	je Be- schäftigten
	Anzahl		Mill. EUR	EUR
1997	785	43 317	3 686	85 095
1998	700	37 595	3 283	87 318
1999	666	37 425	3 211	85 794
2000	561	30 119	2 638	87 586
2001	461	25 589	2 266	88 562
2002	389	21 520	1 958	90 992
2003	344	18 813	1 923	102 192
2004	300	16 364	1 812	110 703
Veränderung 2004 zu 1997				
absolut	– 485	– 26 953	– 1 874	+ 25 608
in %	– 61,8	– 62,2	– 50,8	+ 30,1

Für das Geschäftsjahr 2004 wurden 300 meldepflichtige Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit rund 16 400 Beschäftigten registriert. Von 1997 bis zur Erhebung 2004 ist ein ständiger Rückgang der Unternehmen und Beschäftigten zu verzeichnen. So reduzierten sich im untersuchten Zeitraum die Unternehmen um 485 und die Zahl der Beschäftigten ging um fast 27 000 zurück. Beide Kennziffern sanken um über 60 Prozent. 16 364 Beschäftigte erbrachten im Jahr 2004 rund 1 800 Millionen EUR Jahresbauleistung und sonstige Umsätze. Das waren über 50 Prozent weniger als 1997 von 43 317 Beschäftigten erwirtschaftet wurden. Da der Rückgang der Jahresbauleistung und sonstigen Umsätze insgesamt geringer als die Zahl der Beschäftigten ausfiel, stieg die Leistungskennziffer Jahresbauleistung und sonstige Umsätze je Beschäftigten von 1997 zu 2004 um 30 Prozent. 1997 wurden im Durchschnitt von einem Beschäftigten 85 095 EUR Jahresbauleistung und sonstige Umsätze erwirtschaftet und 2003 waren es 102 192 EUR. Für Deutschland betrug dieser Wert im Jahr 2003 jedoch 130 475 EUR. Dieser deutliche Abstand lässt weitere Anpassungsprozesse in Brandenburg erwarten. 2004 ist dieser Wert in Brandenburg auf 110 703 EUR je Beschäftigten angestiegen. Der Vergleichswert für Deutschland lag bei Redaktionsschluss nicht vor.

Im Ausbaugewerbe war die Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten prozentual noch stärker rückläufig als im Bauhauptgewerbe. Die Unternehmen gingen hier um 352 (– 65,8 Prozent) und die Beschäftigten um 15 880 (– 68,7 Prozent) zurück. Der im Ausbaugewerbe ermittelte Gesamtumsatz reduzierte sich um fast 912 Millionen EUR (– 63,7 Prozent). Der Gesamtumsatz je Beschäftigten jedoch erhöhte sich auch im Ausbaugewerbe. Er stieg von 1997 zu 2003 um 6 924 EUR (11,2 Prozent), liegt aber 2003 mit 68 788 EUR noch weit unter dem Wert von Deutschland (89 593 EUR je Beschäftigten). Im Jahr 2004 erreichte dieser Wert in Brandenburg 71 637 EUR je Beschäftigten. Auch hier liegt der aktuelle Vergleichswert 2004 für Deutschland noch nicht vor.

Unternehmen, Beschäftigte, Jahresbauleistung im brandenburgischen Ausbaugewerbe 1997 – 2004

Ergebnisse von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Jahr	Unternehmen/ Argen am 31.12.	Beschäftigte am 30.09.	Gesamtumsatz	
			insgesamt	je Be- schäftigten
	Anzahl		1 000 EUR	EUR
1997	535	23 124	1 430 540	61 864
1998	425	18 350	1 159 298	63 177
1999	414	17 371	1 136 922	65 449
2000	324	12 973	857 047	66 064
2001	286	11 606	764 737	65 891
2002	251	10 138	708 662	69 902
2003	210	8 494	584 285	68 788
2004	183	7 244	518 935	71 637
Veränderung 2004 zu 1997				
absolut	– 352	– 15 880	– 911 605	+ 9 773
in %	– 65,8	– 68,7	– 63,7	+ 15,8

Investitionen nach Art der Sachanlagen

Bei den Bruttozugängen an Sachanlagen werden drei Arten unterschieden:

- Bauten und bebaute Grundstücke,
- unbebaute Grundstücke sowie
- Maschinen, maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen.

Zu den Bauten und bebauten Grundstücken zählen Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik-, Wohn- und anderen Bauten einschließlich Gleisanlagen, Kanalbauten, Parkplätzen usw., außerdem Bauarbeiten auf noch nicht bebauten Grundstücken und Eigenbauten auf fremden Grundstücken. In Grundstücken ohne Bauten sind die Grundstückserschließungskosten enthalten. Unter Maschinen, maschinellen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsaus-

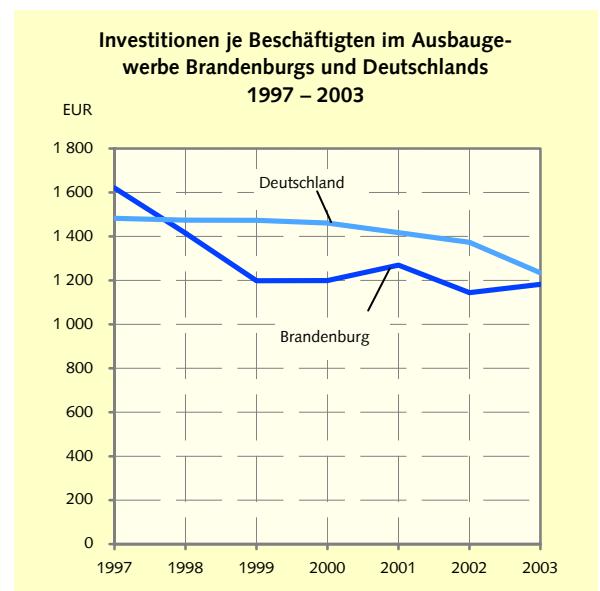
stattungen werden Baugeräte, Werkzeuge, Gerüste, Gerüsteile, Schalungen, Fahrzeuge und andere aktivierte geringwertige Wirtschaftsgüter erfasst.

Während 1997 noch 88 Prozent der Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit aktivierten Investitionen registriert wurden, reduzierte sich deren Anteil im Jahr 2004 auf 73 Prozent. Die Investitionen der Unternehmen des Bauhauptgewerbes waren 1997 mit über 132 Millionen EUR am Höchsten. Ab 1998 gingen sie mit zwischenzeitlichen leichten Anstiegen zurück und erreichten 2004 mit 40 Millionen EUR den absolut niedrigsten Wert. Im Jahr 2004 wurden von den Unternehmen des Bauhauptgewerbes 92 Millionen EUR (– 70 Prozent) weniger investiert als 1997. Diese rückläufige Tendenz war bei allen Sachanlagen zu verzeichnen. Der absolut größte Rückgang mit über 57 Millionen EUR (– 60 Prozent) weniger Investitionen war bei Maschinen und maschinellen Anlagen eingetreten, wobei im Bauhauptgewerbe in allen Jahren überwiegend in Maschinen und maschinelle Anlagen investiert wurde. Bei Bauten und bebauten Grundstücken sowie bei unbauten Grundstücken sind prozentuale Rückgänge in der Investitionstätigkeit von deutlich über 90 Prozent zu beobachten.

Im Ausbaugewerbe wurden 1997 noch durch 90 Prozent der Unternehmen Investitionen getätigt. Im Jahr 2004 ging der Anteil auf 84 Prozent zurück. Das Maximum der Investitionstätigkeit lag mit über 37 Millionen EUR auch im Jahr 1997. Danach gingen die Werte bis 2004 zurück. Die Investitionstätigkeit verschlechterte sich hier prozentual noch stärker als im Bauhauptgewerbe. 2004 wurden fast 29 Millionen EUR (– 77,2 Prozent) weniger investiert. Der größte absolute Rückgang ist mit über 17 Millionen EUR auch bei Maschinen und maschinellen Anlagen eingetreten. Die übrige Investitionstätigkeit spielt im Ausbaugewerbe nur eine untergeordnete Rolle.

Die Investitionen je Beschäftigten als Leistungskennziffer werden in den folgenden Grafiken für das Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe Brandenburgs im Vergleich zur Entwicklung in Deutschland dargestellt. Die Entwicklungskurven im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe verliefen bei dieser Kennziffer analog. Im Jahr 1997 waren in Brandenburg die Investitionen je Beschäftigten höher als in Deutschland. 1998 waren sie noch annähernd gleich hoch und von 1999 bis 2003 lag diese Kennziffer in Brandenburg unter dem Wert von Deutschland; der Abstand zu Deutschland schwankte in diesen Jahren. Im Jahr 2003 hatte sich der brandenburgische Wert fast an dem von Deutschland angeglichen. 2004 wurden im Schnitt im brandenburgischen Bauhauptgewerbe 2 462 EUR je Beschäftigten investiert. Das sind fast ein Fünftel weniger als 1997. Im Ausbaugewerbe liegt die vergleichbare Kennziffer 2004 mit 1 179 EUR pro Beschäftigten deutlich niedriger. Der Wert ist gegenüber 1997 damit um über ein

Viertel niedriger ausgefallen. Die aktuellen Vergleichsdaten für Deutschland lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.



Investitionen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Betrachtet man die am stärksten besetzten Wirtschaftszweige (WZ-4-Steller), wird hier der Rückgang der Unternehmen in Brandenburg sehr deutlich und die damit zum Teil verbundene geringere Investitionstätigkeit. Im Hochbau, Brücken- und Tunnelbau gingen die Unternehmen mit aktivierte Investitionen von 423 im Jahr 1997 auf 131 Unternehmen im Jahr 2004 zurück. Prozentual bedeutet das eine Reduzierung der Unternehmen um 69 Prozent. Die Bruttozugänge an Investitionen gingen in diesem Bereich um 82 Prozent zurück, wobei ein Rückgang in allen Sachanlagen festgestellt werden kann.

**Investitionen der Unternehmen im brandenburgischen Baugewerbe 1997 und 2004
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig	Unternehmen/ Argen am 31.12. mit aktivierten Investitionen	Aktivierte Bruttozugänge an Investitionen			
		Bauten und bebaute Grundstücke	unbebaute Grundstücke	Maschinen, maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Zugänge insgesamt
		Anzahl	1 000 EUR		
1997					
45.21	Hochbau, Brücken- und Tunnelbau u. Ä.	423	19 326	5 159	47 395
45.22	Dachdeckerei, Abdichtung und Zimmerei	111	15 67	31	6 174
45.23	Straßenbau und Eisenbahnoberbau	66	2 661	775	14 661
45.24 – 45.25	Wasserbau; Spezialbau und sonstiger Tiefbau	81	4 577	2 126	22 873
45.31	Elektroinstallation	113	4 882	612	13 136
45.33	Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	185	8 269	1 421	18 157
45.44	Maler- und Glaser gewerbe	76	783	3	7 016
45	Baugewerbe	1 173	39 501	9 693	120 755
2004					
45.21	Hochbau, Brücken- und Tunnelbau u. Ä.	131	326	43	12 301
45.22	Dachdeckerei, Abdichtung und Zimmerei	12	–	–	238
45.23	Straßenbau und Eisenbahnoberbau	40	523	65	15 495
45.24 – 45.25	Wasserbau; Spezialbau und sonstiger Tiefbau	32	1 721	62	7 863
45.31	Elektroinstallation	58	34	2	3 302
45.33	Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	51	136	87	2 288
45.44	Maler- und Glaser gewerbe	14	113	–	770
45	Baugewerbe	374	2 977	261	45 595
48 833					

Die Unternehmen der Dachdeckerei mit aktivierten Investitionen reduzierten sich um 89 Prozent und ihre Investitionen gingen um 97 Prozent zurück. Anders verlief die Entwicklung der Unternehmen, die Straßen-, Bahnverkehrsstrecken, Rollbahnen und Sportanlagen bauen. Hier wurden 2004 zwar 26 Unternehmen weniger (–39 Prozent) registriert, aber der Investitionsrückgang ist bei diesen Unternehmen mit 2 Millionen EUR (–11 Prozent) wesentlich moderater als bei den anderen Wirtschaftszweigen ausgefallen. In Maschinen und maschinelle Anlagen investierten diese Unternehmen im Jahr 2004 rund 15 Millionen EUR (6 Prozent) mehr als 1997. In Bauten und bebaute Grundstücke ist in diesem Bereich, wie bei den anderen Unternehmen, kaum noch investiert worden. Die Unternehmen im Wasserbau und sonstigen spezialisierten Hoch- und Tiefbau reduzierten sich um über die Hälfte. Diese Unternehmen verringerten ihre Investitionen in Maschinen und maschinellen Anlagen sowie in Bauten und bebaute Grundstücke auch um die Hälfte. 2004

wurde durch sie insgesamt 9,6 Millionen EUR investiert. Schwerpunkt sind auch in dieser Sparte Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen.

Im brandenburgischen Ausbaugewerbe sind 2004 die meisten Unternehmen mit Investitionen im Bereich der Elektroinstallation, der Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation sowie im Maler- und Glaser gewerbe angesiedelt. Die prozentuale Reduzierung der Unternehmen mit aktivierten Investitionen und deren Investitionsvolumen ist in gleicher Größenordnung wie im Bauhauptgewerbe ausgefallen. Am meisten wurde 2004 noch im Bereich der Elektroinstallation mit 3,3 Millionen EUR investiert, gefolgt von Unternehmen der Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation mit einer Investitionssumme von 2,5 Millionen EUR. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit ist analog dem Bauhauptgewerbe auch die Investition in Maschinen und maschinelle Anlagen.

Investitionen nach Beschäftigtengrößenklassen

Die Investitionstätigkeit der Bauunternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen wird durch unterschiedliche Verteilungen und Entwicklungen gekennzeichnet. Im Bauhauptgewerbe wurden 1997 durch die größeren Unternehmen mit 100 und mehr tätigen Personen 40 Prozent der Investitionen getätigt und sie steigerten diesen Anteil 2004 geringfügig auf 42 Prozent.

Bei den kleinen Unternehmen mit 20 bis 49 tätigen Personen blieb der Anteil zwischen 2004 und 1997 gleich, die mittleren Unternehmen reduzierten ihren Investitionsanteil geringfügig um 3 Prozentpunkte.

Im Ausbaugewerbe reduzierte sich der Investitionsanteil der großen Unternehmen an den Investitionen von 20 Prozent 1997 auf 8 Prozent 2004. Anders als im Bauhauptgewerbe wird im Ausbausektor durch die größeren Unternehmen am Wenigsten investiert. Die kleinen Unternehmen (20 bis 49 tätige Personen) weisen den weitaus größten Anteil an den Investitionen auf. Sie steigerten diesen im Jahr 2004 von 58 auf 61 Prozent. Die mittleren Unternehmen (50 bis 99 tätige Personen) steigerten ihren Anteil an der Investitionstätigkeit im Ausbaugewerbe von 22 Prozent im Jahr 1997 auf 36 Prozent im Jahr 2004 deutlich.

Unternehmen, Beschäftigte und Investitionen im brandenburgischen Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe 1997 und 2004 nach Beschäftigtengrößenklassen
Ergebnisse von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Beschäftigte von ... bis ...	Unternehmen/Argen am 31.12.	darunter mit aktivierten Investitionen	Beschäftigte am 30.09.	Bruttozugänge an Investitionen				
				Bauten und bebaute Grundstücke	unbebaute Grundstücke	Maschinen, maschinelle Anlagen	Zugänge insgesamt	Anteil an Zugänge insgesamt
		Anzahl		1 000 EUR			%	
Bauhauptgewerbe 1997								
20 – 49	529	455	16 000	5 619	929	37 643	44 190	33
50 – 99	167	152	11 295	9 621	272	25 797	35 690	27
100 und mehr	89	87	16 022	13 859	7 267	31 462	52 588	40
Insgesamt	785	694	43 317	29 098	8 468	94 903	132 469	100
Ausbaugewerbe 1997								
20 – 49	409	358	12 172	7 831	869	13 042	21 741	58
50 – 99	104	99	7 224	1 394	316	6 722	8 433	22
100 und mehr	22	22	3 728	1 180	40	6 089	7 308	20
Insgesamt	535	479	23 124	10 404	1 225	25 853	37 482	100
Bauhauptgewerbe 2004								
20 – 49	218	145	6 744	897	92	12 748	13 737	34
50 – 99	56	52	3 803	556	78	9 024	9 658	24
100 und mehr	26	23	5 817	1 117	–	15 780	16 897	42
Insgesamt	300	220	16 364	2 570	171	37 551	40 292	100
Ausbaugewerbe 2004								
20 – 49	147	121	4 495	402	87	4 754	5 244	61
50 – 99	30	28	1 983	4	–	3 035	3 039	36
100 und mehr	6	5	766	–	2	255	257	3
Insgesamt	183	154	7 244	407	90	8 044	8 541	100

Mietinvestitionen

Hier wird der Wert der im Geschäftsjahr von z. B. Leasingfirmen neu gemieteten und gepachteten neuen Sachanlagen (einschließlich Ersatzbeschaffungen im Rahmen laufender Leasingverträge) erhoben. Zu den geleasten Sachanlagen zählen insbesondere Gebäude, EDV- und Telefonanlagen, Kraftfahrzeuge, Baugeräte sowie Maschinen und maschinelle Anlagen.

Die Höhe der Mietinvestitionen im Bauhauptgewerbe schwankte in den Jahren 1997 bis 2004. Der niedrigste Wert wurde 2001 mit 4,5 Millionen EUR festgestellt und der höchste Wert im Jahr 2003 mit 12,7 Millionen EUR erreicht. Der größte Teil der Mietinvestitionen entfällt im Bauhauptgewerbe auf Maschinen und maschinelle Anlagen. In neu gemietete oder gepachtete Grundstücke mit neuen Bauten wird durch die Bauunternehmen sporadisch und nur in geringem Umfang seit 1997 investiert. Das Verhältnis von Mietinvestitionen zu den Bruttozugängen an Investitionen insgesamt hatte sich trotz einiger Schwankungen zwischenzeitlich von 1997 mit 9,3

Prozent zu 2003 mit 23,3 Prozent deutlich erhöht, wobei 2004 einen Rückgang aufweist. Die Mietinvestitionen gewannen im Verhältnis zu den Bruttozugängen an Investitionen klar an Bedeutung.

Im Ausbaugewerbe ist die Bedeutung der Mietinvestitionen noch größer als im Bauhauptgewerbe. 1997 wurden bereits 23 Prozent Mietinvestitionen im Verhältnis zu den eigentlichen Investitionen getätigt. Bis 2001 sank das Verhältnis zu den eigentlichen Investitionen auf 17,8 Prozent, stieg danach auf knapp unter 30 Prozent und erreichte 2004 den Höchstwert mit 44 Prozent. Im Ausbaugewerbe entfiel, wie im Bauhauptgewerbe, der überwiegende Teil der Mietinvestitionen auf Maschinen und maschinelle Anlagen. Mieten oder Pachten von Grundstücken ist seit 1997 tendenziell rückläufig und kaum noch Gegenstand der Investitionstätigkeit der Ausbauunternehmen.

Verkaufserlöse aus dem Abgang von Sachanlagen

Es wird die Gesamtsumme der Verkaufserlöse, auch Erlöse aus dem Verkauf von Anlagen als Schrott, erfasst. Im Bauhauptgewerbe waren die Verkaufserlöse aus dem Abgang von Sachanlagen in den Jahren von 1997 bis 2004 rückläufig. Sie reduzierten sich in diesem Zeitraum um über 9 Millionen EUR (– 65 Prozent). Der Verkauf von Grundstücken ohne Bauten ist seit 1997 rückläufig und spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Offensichtlich haben die Unternehmen keinen veräußerungsfähigen Bestand mehr. Wurden 1997 noch fast 6 Millionen EUR aus dem Verkauf von Grundstücken erzielt, sind es 2004 nur noch 0,5 Millionen EUR.

Im Ausbaugewerbe hat sich die Gesamtsumme der Verkaufserlöse über die Jahre auf relativ gleichem Niveau bewegt. 1997 sind 3,2 Millionen EUR Verkaufserlöse aus dem Abgang von Sachanlagen erzielt worden und im Jahr 2004 noch 2,3 Millionen EUR. Die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken spielen im Ausbaugewerbe keine Rolle.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Entwicklung der Brandenburger Bauunternehmen in den Jahren von 1997 bis 2004 ist durch Rückgänge der Unternehmen und Beschäftigten von über 60 Prozent geprägt. Großunternehmen, die höhere Investitionen tätigten, haben Beschäftigte abgebaut, sich umstrukturiert, aus Brandenburg zurückgezogen oder mussten sogar Insolvenz melden. Die kleinen und mittleren Bauunternehmen wurden von den gleichen bereits genannten Prozessen betroffen. Im Ausbaugewerbe war der Rückgang bei den Unternehmen, ihren Beschäftigten und dem Gesamtumsatz noch höher als im Bauhauptgewerbe ausgefallen.

Jahr	Wert der neu gemieteten und gepachteten neuen Sachanlagen			Verhältnis Mietinvestitionen zu Investitionen %
	insgesamt	Grundstücke mit neuen Bauten	neue Maschinen und maschinelle Anlagen	
	1 000 EUR			
Bauhauptgewerbe				
1997	12 342	1 926	10 417	9,3
1998	10 687	809	9 878	9,4
1999	10 767	1 194	9 573	10,5
2000	6 957	171	6 786	10,5
2001	4 489	–	4 489	6,4
2002	7 294	156	7 139	16,9
2003	12 713	1 924	10 788	23,3
2004	5 594	1	5 593	13,9
Ausbaugewerbe				
1997	4 399	1 611	2 788	23,0
1998	2 941	447	2 494	22,2
1999	4 032	473	3 558	19,4
2000	2 942	179	2 763	18,9
2001	2 628	229	2 398	17,8
2002	3 419	314	3 104	29,5
2003	2 756	34	2 722	27,5
2004	3 773	56	3 717	44,2

Die Jahresbauleistung im Baugewerbe ging um über die Hälfte zurück. Die Investitionstätigkeit der Brandenburger Bauunternehmen folgt zwangsläufig den negativen Trends. Im Bauhauptgewerbe reduzierte sich das Investitionsvolumen um fast 70 Prozent und im Ausbaugewerbe sogar um fast 80 Prozent.

Positiv entwickelt haben sich im brandenburgischen Baugewerbe die Leistungskennziffern Jahresbauleistung bzw.

Gesamtumsatz je Beschäftigten. Allerdings bestehen noch deutliche Unterschiede zum Bundesdurchschnitt. Das lässt noch auf weitere Strukturangepassungen schließen. Auch ein weiterer Rückgang der Baunachfrage, der aus den unterjährigen Konjunkturbeobachtungen erkennbar ist, wird die Gesamtentwicklung der Bauunternehmen beeinflussen.

Margit Uhlig



Neues Themenheft "Familien in Brandenburg" erschienen



Im November 2005 gab der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik das im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg erarbeitete Themenheft mit dem Titel „Familien in Brandenburg“ heraus.

Mit diesem Themenheft werden auf der Basis umfassender Daten der amtlichen Statistik Informationen über die Bevölkerung, die Familiengründung und über die veränderten Strukturen und Lebensumstände der Familien und Privathaushalte bereitgestellt. Breiten Raum nimmt die Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Familien ein, insbesondere die Betrachtung der äußeren Rahmenbedingungen, wie Einkommen, Sozialhilfebedürftigkeit, Verbraucherpreise und Wohnsituation. Des Weiteren werden auf die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und die Kinderbetreuung eingegangen sowie auf eine Reihe staatlicher Leistungen für Familien. Die Veröffentlichung enthält auch Ergebnisse, wie z. B. die Schwerbehinderung und das Unfallgeschehen von Kindern und Jugendlichen, die jedoch in der amtlichen Statistik nicht familienbezogen erfasst sind, aber immer eine Familie betreffen.

Bis auf wenige Ausnahmen beziehen sich die Aussagen für das Berichtsjahr 2004 im Vergleich zum Jahr 1995.

Das Heft (ISSN 1617-2809) umfasst 125 Seiten zusätzlich 45 Seiten Anhang, in dem Regionaltabellen mit Daten für die Landkreise und kreisfreien Städte enthalten sind. Es ist zum Preis von 13,80 EUR erhältlich.

Interessenten können sich unter <http://www.lds-bb.de/cms/detail.php/lbm1.c.315885.de> einen kurzen Überblick über den Bericht verschaffen.

Bestellt werden kann das Themenheft beim:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



033139-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de

Ergebnisse der Bundestagswahl am 18. September 2005 im Land Brandenburg

In den 10 Bundestagswahlkreisen des Landes Brandenburg standen am 18. September 2005 insgesamt 9 Parteien für die Vergabe der Mandate über die Landeslisten der Parteien zur Wahl. Dem Erststimmenvotum der Wählerinnen und Wählern zum Erwerb von Direktmandaten zum 16. Deutschen Bundestag stellten sich 66 Direktkandidaten. Zur Bundestagswahl 2005 traten ca. 1 595 Tausend wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger an. Die Wahlbeteiligung belief sich im Land Brandenburg fast auf 75 Prozent. Sie ist gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 1,3 Prozent angestiegen. Nach wie vor ist das Land Brandenburg eine SPD-Hochburg. Auch bei der Bundestagswahl 2005 erzielte die SPD, wie bei allen bisherigen Bundestagswahlen, beginnend mit der Wahl 1994, die maximal mögliche Zahl der Direktsitze im Bundestag. Ebenso seit der Bundestagswahl 1994 wurde 2005 von der SPD kein einziges Mandat über die Landesliste der Partei erzielt. Während die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) bei der Bundestagswahl 2002 in Brandenburg weder ein Direktmandat noch einen Sitz über die Landesliste erzielen konnte, ist sie nach Namensänderung zur Die Linkspartei. PDS (Die Linke.) zur zweitstärksten Partei im Land Brandenburg geworden. Die Linke. gewann 5 Sitze im 16. Deutschen Bundestag über die Landesliste. Aber kein einziger Direktkandidat dieser Partei konnte seit der Bundestagswahl 1990 ein Direktmandat zum Deutschen Bundestag erhalten. Insgesamt entfielen im Land Brandenburg auf die SPD 35,8 Prozent, die CDU 20,6 Prozent, die Linke. 26,6 Prozent und die FDP 6,9 Prozent der gültigen Zweitstimmen.

Allgemeines zum Wahlverfahren

Im Land Brandenburg gab es zur Bundestagswahl 2005 zehn Wahlkreise. Die Anzahl der Wahlkreise blieb gegenüber der Bundestagswahl 2002 unverändert. Die Vergleichszahlen der vorangegangenen Bundestagswahlen 1994 und 1998 sowie der Landtagswahl 2004 wurden auf die aktuellen 10 Bundestagswahlkreise gemäß der Anlage zu § 2 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes umgerechnet. Die 16. Bundestagswahl wurde als Urnen- und Briefwahl durchgeführt. Die Briefwahlergebnisse sind im Folgenden im jeweiligen Wahlkreisergebnis der Bundestagswahl 2005 analog zur Bundestagswahl 2002 enthalten.

Jeder Wähler hatte bei der Bundestagswahl 2005 zwei Stimmen. Mit der Erststimme wählte der Wähler in jedem Wahlkreis einen Kandidaten aus einer Partei als Abgeordneten mit einem Direktmandat für den 16. Deutschen Bundestag. Als gewählt gilt der Bewerber, der im Wahlkreis die meisten Erststimmen erhält. Mit der Zweitstimme wurde von den Wählerinnen und Wählern die Landesliste einer Partei gewählt. Auf der Landesliste sind die Bewerber einer Partei in einer festgelegten Reihenfolge aufgeführt.

Die Zweitstimmen für die Landesliste der Parteien sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten der Parteien und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag ausschlaggebend.

Im Deutschen Bundestag sind Abgeordnete mit Direktmandaten (Direktsitze bzw. Wahlkreissitze) und mit den Mandaten über die Landeslisten der Partei (Landeslistenplätze) vertreten. Die Zuteilung der auf die einzelnen Parteien insgesamt entfallenden Sitze und die Verteilung dieser Sitze auf die einzelnen Landeslisten der Parteien erfolgt seit der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987 unter der Anwendung des Berechnungsverfahrens nach Niemeyer¹⁾.

Wahlkreise im Land Brandenburg zur Bundestagswahl am 18. September 2005

- 56 Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I
- 57 Uckermark – Barnim I
- 58 Oberhavel – Havelland II
- 59 Märkisch-Oderland – Barnim II
- 60 Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittelmark I – Teltow-Fläming I
- 61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II
- 62 Landkreis Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I
- 63 Frankfurt(Oder) – Oder-Spree
- 64 Cottbus – Spree-Neiße
- 65 Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II

1) Ausführlicher zum Sitzverteilungsverfahren siehe in: Gaspers, K. „Daten zur Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987“ in „Wirtschaft und Statistik“ 12/1986, S. 959 f.

Wahlkandidaten

Die vorgezogene Neuwahl²⁾ des 16. Deutschen Bundestages wurde am 18. September 2005 bundesweit ohne den Wahlkreis 160³⁾ durchgeführt. Im Land Brandenburg beteiligten sich an der Bundestagswahl 2005 insgesamt neun Parteien, politische Vereinigungen und Listenvereinigungen. Sie erhielten Zulassung ihrer Landeswahllisten und stellten sich dem Zweitstimmenvotum der Wählerinnen und Wähler. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 beteiligte sich bei der Bundestagswahl 2005 eine Partei mehr.

Analog zur Bundestagswahl 2002 kandidierten auch bei der Bundestagswahl 2005 die Parteien SPD, CDU, Die Linke.⁴⁾, FDP, GRÜNE, NDP und GRAUE über die Landeslisten. Erstmals kandidierte über die Landeswahlliste die Partei 50 Plus-Bürger- und Wählerinitiative (50 Plus) für Brandenburg. Die Partei stellte jedoch keinen Direktkandidaten zur Direktwahl in den Wahlkreisen. Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) trat erneut seit der Bundestagswahl 1994 mit ihrer Landeswahlliste an, stellte jedoch auch keinen Direktkandidaten in den Wahlkreisen. Während die Landesliste der Partei Schill für die Bundestagswahl 2002 mit 14 Kandidaten zugelassen war, hat sich die Partei Rechtsstaatlicher Offensive unter der neuen Kurzbezeichnung Offensive D⁵⁾ für die Bundestagswahl 2005 nicht mehr über Landeswahlliste beworben.

Insgesamt kandidierten für den 16. Deutschen Bundestag 93 Personen, darunter über die Landeslisten 80 Personen. Die Anzahl der Bewerber auf den Landeslisten ist gegenüber der Bundestagswahl 2002 um zwei Bewerber (+ 2,6 Prozent) angestiegen. Mehr Bewerber stellten auf der Landeswahlliste die Parteien Die Linke., GRÜNE und NPD. Dabei hat sich die Anzahl der Kandidaten auf der Liste der Partei GRÜNE mehr als verdoppelt. Gegenüber nur vier Bewerbern in 2002 standen auf der Landesliste 2005 nun zehn Bewerber. Die Bewerberanzahl der NDP stieg von sechs auf zehn Bewerber an. Die Linke. stellte zwei Bewerber mehr zur Landeslistenwahl als 2002. Die CDU und FDP behielten ihre Bewerberzahl von jeweils zehn Personen bei. Die Parteien GRAUE, 50 Plus und MLPD stellten 2005 jeweils fünf Bewerber auf ihren Landeslisten vor. Dem gegenüber steht bei der Bundestagswahl 2005 im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 der Rückgang der Kandidatenzahl auf der Landesliste SPD von vier Personen und GRAUE von zwei Personen sowie der Wegfall aller 14 Bewerber der Partei Offensive D.

Von den 93 Bewerbern traten 53 Kandidaten sowohl auf einer Landesliste als auch in einem Wahlkreis an. Insgesamt standen für die Vergabe der Erststimmen für den Bundestag 66 Direktkandidaten zur Wahl 2005. Die Zahl der Wahlkreisbewerber ist 2005 im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 um sechs Personen (+ 10 Prozent) angestiegen.

Bewerber auf den Landeslisten sowie Wahlkreisbewerber bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005

Partei Einzelbewerber	Anzahl der Bewerber auf den Landeslisten		Anzahl der Direktkandidaten bzw. Einzelbewerber in den Wahlkreisen	
	2002	2005	2002	2005
SPD	17	13	10	10
CDU	10	10	10	10
Die Linke.	10	12	10	10
FDP	10	10	10	10
GRÜNE	4	10	10	9
NDP	6	10	3	10
GRAUE	7	5	2	-
50 Plus	-	5	-	-
MLPD	-	5	-	-
FAMILIE	-	-	1	2
Offensive D	14	-	1	1
Einzelbewerber insgesamt	-	-	3	4
Landeslisten/Wahlkreisbewerber insgesamt	78	80	60	66

- 2) Der 15. Deutsche Bundestag wurde vom Bundespräsidenten Horst Köhler auf Vorschlag des Bundeskanzlers Gerhard Schröder am 21. Juli 2005 gemäß Artikel 68 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz (GG) aufgelöst.
- 3) Bedingt durch den Tod einer Direktkandidatin wurde die Wahl in diesem Wahlkreis auf den 2. Oktober 2005 verschoben.
- 4) Die Linkspartei.PDS (Die Linke.) ist bis zur Namensänderung durch Parteibeschluss vom 17.07.2005 unter der Bezeichnung Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) aufgetreten.
- 5) Offensive D trat zur Bundestagswahl 2002 unter der Kurzbezeichnung Schill an.

Wie bei der Bundestagswahl 2002 kandidierten die Wahlkreisbewerber der Parteien SPD, CDU, Die Linke. und FDP bei der Wahl 2005 in allen 10 Wahlkreisen. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bewarb sich bei der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag bei den Zweitstimmen über die Landeswahllisten und auch bei den Erststimmen mit Direktkandidaten in den Wahlkreisen. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 war die NPD bei der Wahl 2005 um 7 Direktkandidaten stärker vertreten. Die Kandidaten der Partei GRÜNE bewarben sich bei der Bundestagswahl 2005 im Gegensatz zu den zehn Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 2002 nur in neun Wahlkreisen. GRAUE stellten 2005 keinen Direktkandidaten mehr. Bei der Wahl 2002 traten sie in zwei Wahlkreisen an. Zur Direktwahl in den Wahlkreisen stellten sich bei der Bundestagswahl 2005 vier Einzelbewerber. Bei der Wahl 2002 traten drei Einzelbewerber an.

Wähler und Wahlbeteiligung

Zur Bundestagswahl 2005 wurden im Land Brandenburg 2 128 352 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger aufgerufen. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 ist die Zahl der Wahlberechtigten um 27 327 Personen (+ 1,3 Prozent) angestiegen. Gegenüber der Bundestagswahl 1998 wurde sogar ein Anstieg der Zahl der Wahlberechtigten um 4,7 Prozent registriert.

Ihre Stimmen gaben bei der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 1 594 983 wahlberechtigte Brandenburgerinnen und Brandenburger ab. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 ist die Zahl der Wähler um 47 026 Personen (ca. + 3 Prozent) angestiegen. Die Wahlbeteiligung belief sich 2005 im Land Brandenburg auf 74,9 Prozent und lag um ca. 1,3 Prozentpunkte höher als bei der Bundestagswahl 2002. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1998 waren es ca. 3,2 Prozentpunkte weniger Brandenburgerinnen und Brandenburger. Bei der Bundestagswahl 1998 lag die Wahlbeteiligung noch bei 78,1 Prozent.

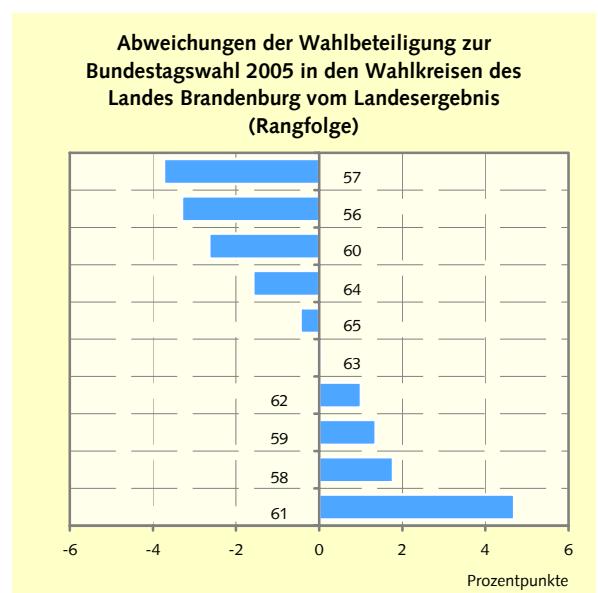
Die Wahlbeteiligung im Land Brandenburg lag 2005 um 2,8 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt der Länder von 77,7 Prozent. Die Differenz zum Länderdurchschnitt hatte sich gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 2,6 Prozentpunkte erhöht. 2002 betrug sie 5,4 Prozentpunkte. Die Wahlbeteiligung im Durchschnitt der Länder ist von 2002 zu 2005 insgesamt um 1,4 Prozentpunkte gesunken. Die Wahlbeteiligung im Land Brandenburg lag insgesamt bei jeder bisherigen Bundestagswahl seit 1990 unter der Wahlbeteiligung in Deutschland.

Während die höchste Wahlbeteiligung von 79,4 Prozent in den Ländern Niedersachsen und Saarland festgestellt wurde, lag das Land Brandenburg mit der fast 75-prozentigen Wahlbeteiligung auf dem Platz 14 im Ländervergleich. Die niedrigste Wahlbeteiligung von 71 Prozent

wurde in Sachsen-Anhalt registriert, obwohl diese gegenüber 2002 neben der Wahlbeteiligung in Sachsen am stärksten um 2,3 Prozentpunkte zunahm.

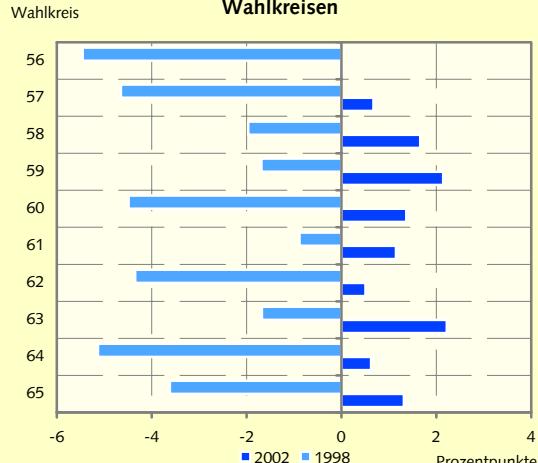


In der Hälfte der insgesamt zehn Wahlkreise lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 über dem Landesdurchschnitt Brandenburgs. In der anderen Hälfte der Wahlkreise wurde eine im Vergleich zum Landesdurchschnitt geringere Wahlbeteiligung registriert. Die Landesspanne der Wahlbeteiligung betrug insgesamt 8,4 Prozentpunkte und lag zwischen dem minimalen Wert von 71,2 Prozent im Wahlkreis 57 Uckermark – Barnim I und dem maximalen Wert von 79,6 Prozent im Wahlkreis 61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II.



Nur im Wahlkreis 56 Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland ist die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 0,1 Prozentpunkte gesunken. In allen anderen Wahlkreisen ist die Wahlbeteiligung höher aus gefallen als bei der Bundestagswahl 2002. Der höchste Anstieg von 2,2 Prozentpunkten wurde im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree registriert. Gegenüber der Bundestagswahl 1998 ist jedoch die Wahlbeteiligung ausnahmslos in allen zehn Wahlkreisen gesunken.

**Abweichung der Wahlbeteiligung bei der
Bundestagswahl 2005 gegenüber der
Bundestagswahl 1998 und 2002 nach
Wahlkreisen**



Wahlverhalten

Im Land Brandenburg wurden bei der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 1 564 970 Erststimmen und 1 567 614 Zweitstimmen für gültig erklärt. 30 013 Erststimmen und 27 369 Zweitstimmen waren ungültig. Absolut nahm die Zahl sowohl der gültigen als auch der ungültigen Erst- und Zweitstimmen gegenüber der Bundestagswahl 2002 zu. Der prozentuale Anteil der ungültigen Stimmen ist jedoch zuungunsten der gültigen Stimmen größer geworden.

So wurden 2005 von den Wählern Brandenburgs 5 414, (+ 0,3 Prozentpunkte) mehr ungültige Erststimmen abgegeben als 2002. Die Tendenz entspricht dem Bundesergebnis. Der Anteil der ungültigen Erststimmen betrug 2005 ca. 1,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen der Wähler. Er lag 0,1 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnittswert.

Bei der Bundestagswahl 2005 wurden im Land Brandenburg auch 5 918 (+ 0,3 Prozentpunkte) mehr Zweitstimmen als bei der Bundestagswahl 2002 für ungültig erklärt. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen belief sich 2005 auf 1,7 Prozent aller Wählerstimmen und lag ebenso um 0,1 Prozentpunkte über dem Bundesergebnis. In Deutschland stieg der Anteil der ungültigen Zweitstimmen um 0,4 Prozentpunkte an.

Gegenüberstellung der gültigen und ungültigen Stimmen bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002 im Land Brandenburg und im gesamten Bundesgebiet

Stimme/Land	Bundestagswahl am				Veränderung 2005 zu 2002	
	22.09.2002		18.09.2005			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Brandenburg						
Gültige Erststimmen	1 523 358	98,4	1 564 970	98,1	+ 41 612	- 0,3
Gültige Zweitstimmen	1 526 506	98,6	1 567 614	98,3	+ 41 108	- 0,3
Ungültige Erststimmen	24 599	1,6	30 013	1,9	+ 5 414	+ 0,3
Ungültige Zweitstimme	21 451	1,4	27 369	1,7	+ 5 918	+ 0,3
Bundesgebiet						
Gültige Erststimmen	47 841 724	98,4	47 194 062	98,2	- 647 662	- 0,3
Gültige Zweitstimmen	47 996 480	98,8	47 287 988	98,4	- 708 492	- 0,4
Ungültige Erststimmen	741 037	1,5	850 072	1,8	+ 109 035	+ 0,3
Ungültige Zweitstimme	586 281	1,2	756 146	1,6	+ 169 865	+ 0,4

Entsprechend ist bei der Wahl 2005 der Anteil der gültigen Erst- und Zweitstimmen sowohl im Land Brandenburg als auch im Bundesgebiet gegenüber 2002 geringer geworden. Der Anteil der gültigen Erststimmen betrug im Land Brandenburg 2005 ca. 98,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen und ist analog dem Bundesdurchschnitt um 0,3 Prozentpunkte gesunken. Bei der Anzahl der gültigen Erststimmen ist jedoch eine entgegengesetzte Entwicklung festzustellen. Während die Anzahl der gültigen Erststimmen im Bundesgebiet von 2002 zu 2005 um 647 662 Stimmen zurückging, wurden im Land Brandenburg 41 612 Erststimmen mehr gezählt. Der Anteil der gültigen Erststimmen im Land Brandenburg lag aber trotz Erhöhung der Anzahl um 0,1 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Das gleiche Verhalten wurde auch bei den gültigen Zweitstimmen festgestellt. Dabei verringerte sich der Anteil der gültigen Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2005 im Land Brandenburg gegenüber 2002 um 0,3 Prozentpunkte und betrug 2005 ca. 98,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Zahl der gültigen Zweitstimmen ist jedoch dabei um 41 108 Stimmen (+ 4,1 Prozent) angestiegen. 2005 wurden im Land Brandenburg insgesamt 1 567 614 gültige Zweitstimmen abgegeben. Auch hier lag der Anteil der gültigen Zweitstimmen im Land Brandenburg gering um 0,1 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Anteil der Briefwähler an der Gesamtbeteiligung an der Bundestagswahl 2005 betrug nur 9,7 Prozent. Auf das Briefwahlergebnis entfielen ca. 13 Prozent jeweils aller gültigen Erst- und Zweitstimmen sowie 8,1 Prozent der ungültigen Erststimmen und 7,1 Prozent der ungültigen Zweitstimmen. Der Anteil der Briefwahl an den gültigen Erst- und Zweitstimmen ist gegenüber der Bundestagswahl 2002 um jeweils 2,2 Prozentpunkte angestiegen.

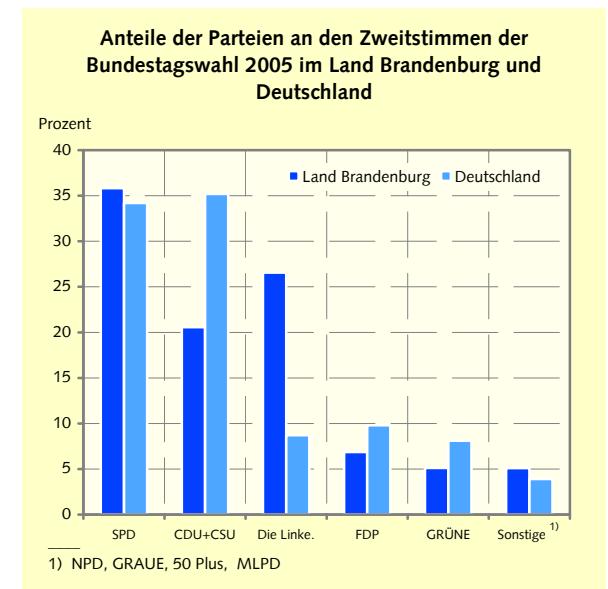
Bei den Zweitstimmen zeichnete sich 2005 bei der Urnenwahl und Briefwahl das gleiche Wahlverhalten ab. Bei den Erststimmen sind geringe Abweichungen im Ergebnis der Urnenwahl und Briefwahl bis zu maximal 1,7 Prozentpunkten festzustellen.

Wahlergebnisse

Wahlergebnisse bei Zweitstimmen: Die SPD wurde bei der Bundestagswahl 2005 erneut die stärkste Partei im Land Brandenburg. Sie erzielte einen Zweitstimmenanteil von 35,8 Prozent an allen gültigen Zweitstimmen. Von den insgesamt 1 567 614 gültigen Zweitstimmen erhielt sie bei der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 561 689 Stimmen. Die CDU vereinigte 322 400 der gültigen Stimmen auf sich und kam auf einen Stimmanteil von 20,6 Prozent. Der Partei Die Linke. gaben 416 359 Wählerin-

nen und Wähler ihre Stimmen. Die Linke. erzielte damit im Land Brandenburg den zweithöchsten Zweitstimmenanteil von 26,6 Prozent. Die FDP kam mit 117 155 abgegebenen Zweitstimmen auf einen Stimmenanteil von 6,9 Prozent. Die Partei GRÜNE konnte mit einem Stimmenanteil von 5,1 Prozent knapp die Fünfprozentmarke überwinden und dadurch ein Bundestagsmandat erzielen. 80 253 Wähler und Wählerinnen schenkten der Partei ihr Vertrauen. Die vier sonstigen Parteien⁶⁾ erzielten im Land Brandenburg mit insgesamt 79 177 Zweitstimmen einen Anteil von ca. 5 Prozent.

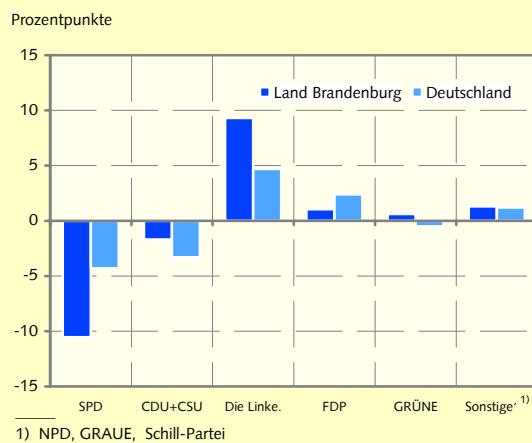
Im Vergleich zu den anderen Bundesländern erzielte die SPD bei der Bundestagswahl 2005 im Land Brandenburg das sechsbeste Landeslistenergebnis. Der Anteil der Zweitstimmen der SPD lag 1,6 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 34,2 Prozent.



Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 hat sich jedoch das Wahlergebnis der SPD im gesamten Deutschland verschlechtert. So verlor die SPD bei der Bundestagswahl 2005 bundesweit 4,3 Prozent der Zweitstimmen an die anderen Parteien. Im Ländervergleich verbuchte das Land Brandenburg den zweitgrößten Anteilsverlust am Zweitstimmenergebnis der SPD in Höhe von 10,5 Prozentpunkten. Das Ergebnis überstieg den gesamtdeutschen Anteilsverlust der SPD um 6,2 Prozentpunkte. Nur im Land Saarland wurde ein stärkerer Anteilsrückgang von 12,7 Prozentpunkten registriert. Auch gegenüber den Bundestagswahlen 1998 und 1994 konnte die SPD im Land Brandenburg nur ein noch schlechteres Ergebnis erreichen. So nahm der Zweitstimmenanteil der SPD Brandenburgs gegenüber 1998 um 7,7 Prozentpunkte und gegenüber 1994 um 9,2 Prozentpunkte ab.

6) 2005: NDP, GRAUE, 50Plus und MLPD

Gewinne und Verluste der Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2005 gegenüber 2002 in Brandenburg und Deutschland

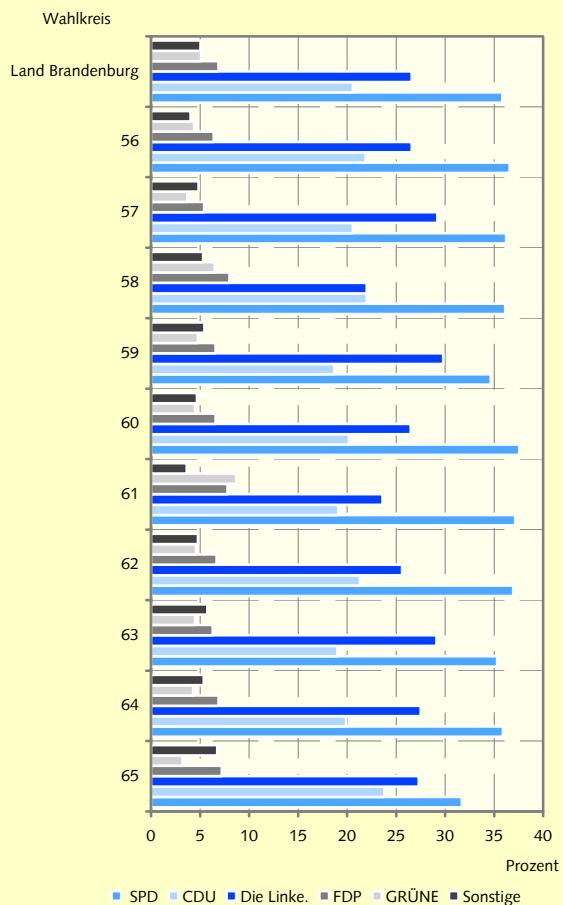


Die SPD hatte bei der Bundestagswahl 2005 in allen zehn Wahlkreisen des Landes Brandenburg die meisten Zweitstimmen errungen. In sieben Wahlkreisen lag der Zweitstimmenanteil der SPD über dem Landesdurchschnitt. Das beste SPD-Zweitstimmenergebnis war mit dem Stimmenanteil von 37,6 Prozent im Wahlkreis 60 Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow-Fläming zu verzeichnen. Es lag 1,8 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt von 35,8 Prozent.

Gegenüber 2002 erlitt die SPD bei der Bundestagswahl 2005 einen Verlust des Zweitstimmenanteils in allen zehn Wahlkreisen des Landes Brandenburg. Der Wahlkreis 65 Elbe-Elster-Oberspreewald-Lausitz II wurde dabei durch den größten Stimmenverlust von 14,1 Prozentpunkten geprägt. Auch gegenüber den Bundestagswahlen 1998 und 1994 schnitt die SPD am Zweitstimmenanteil in allen Wahlkreisen Brandenburgs schlechter ab.

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern erreichte die CDU im Land Brandenburg das schlechteste Ergebnis. Der Anteil der Zweitstimmen für die CDU lag mit 20,6 Prozent um 7,2 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt der CDU von 27,8 Prozent. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 nahm der Anteil der Zweitstimmen der CDU Brandenburgs gleich dem Bundesdurchschnitt um 1,7 Prozentpunkte ab. Die CDU verlor ihren Zweitstimmenanteil im Land Brandenburg bereits seit der Bundestagswahl 1994. Gegenüber der Bundestagswahl 1994 reduzierte sich der Stimmenanteil 2005 um 7,5 Prozentpunkte sowie gegenüber der Bundestagswahl 1998 um 0,2 Prozentpunkte.

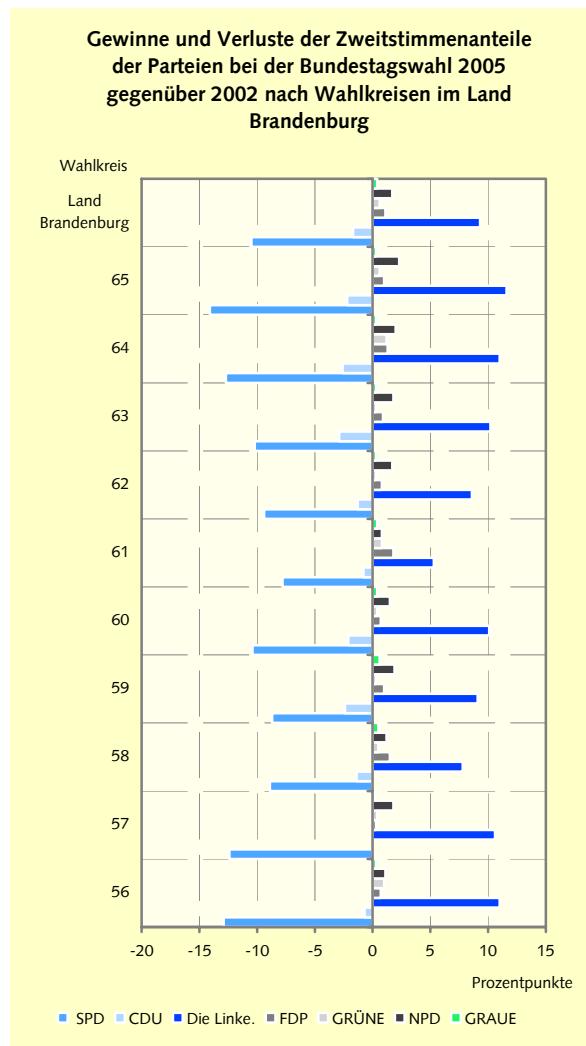
Zweitstimmenanteile der Parteien bei der Bundestagswahl 2005 nach Wahlkreisen im Land Brandenburg



Auch die CDU hatte bei der Bundestagswahl 2005 gegenüber 2002 mit Ausnahme des Wahlkreises 57 Uckermark-Barnim I in allen anderen Wahlkreisen ihre Zweitstimmen verloren. Der größte Stimmenverlust von 2,9 Prozentpunkten wurde im Wahlkreis 63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree registriert. Gegenüber der Bundestagswahl 1994 verlor die CDU in allen zehn Wahlkreisen Brandenburgs ihren Zweitstimmenanteil.

Die Partei **Die Linke.** gehörte im gesamten Bundesgebiet zu den Gewinnern. Sie erzielte bei der Bundestagswahl 2005 im Land Brandenburg, wie auch im Land Sachsen-Anhalt, ein Ergebnis von 26,6 Prozent am Zweitstimmenanteil. Der Zweitstimmenanteil der Partei **Die Linke.** im Land Brandenburg überstieg um 17,9 Prozentpunkte deren Anteil am gesamtdeutschen Zweitstimmenergebnis in Höhe von 8,7 Prozent. Gegenüber der Bundestagswahl

2002 hat sich das Ergebnis der Partei verbessert. Der Anteil der Zweitstimmen der Linken. ist 2005 um 9,3 Prozentpunkte angestiegen.



Mit einer einzigen Ausnahme, im Wahlkreis 58 Oberhavel-Havelland II, erreichte Die Linke. bei der Bundestagswahl 2005 in allen anderen Wahlkreisen des Landes Brandenburg den zweithöchsten Zweitstimmenanteil nach der SPD. Der höchste Zweitstimmenanteil von 29,8 Prozent wurde von der Partei Die Linke. bei der Bundestagswahl 2005 im Wahlkreis 59 Märkisch-Oderland – Barnim II erreicht. Er lag 3,2 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt von 26,6 Prozent. Im Wahlkreis 58 gaben die Wähler und Wählerinnen Der Linken. und der CDU die gleiche Zweitstimmenzahl.

Gegenüber der Bundestagswahl 2002 war im Jahr 2005 in allen zehn Wahlkreisen ein Zweitstimmengewinn Der Linken. zu verzeichnen. Den größten Anteilsgewinn von 11,6 Prozentpunkten erzielte Die Linke. im Wahlkreis 65 Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II. In diesem Wahlkreis wurde der größte Anteil der verlorenen SPD- und CDU-

Stimmen an die Partei Die Linke. abgegeben. Gegenüber der Bundestagswahl 1998 und 1994 gehörte Die Linke. mit Ausnahme des Wahlkreises 61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II in allen Wahlkreisen zu den Zweitstimmengewinnern der Bundestagswahl 2005.

Die **FDP** erzielte in Brandenburg im Vergleich zum Bundesergebnis (9,8 Prozent) ein unterdurchschnittliches Ergebnis von 6,9 Prozent und lag somit auf dem 15. Platz im Bundesländervergleich. Gegenüber 2002 war ein leichter Anteilsanstieg von 1,1 Prozentpunkt zu verzeichnen. Den größten Stimmenanteil von 8 Prozent erreichte die FDP im Wahlkreis 58 Oberhavel – Havelland II. Er lag 1,1 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 wurde in diesem Wahlkreis ein Stimmenanteilszuwachs von 1,5 Prozentpunkte erreicht. Den größten Stimmanteilsgewinn von 1,8 Prozentpunkte gegenüber 2002 erreichte die FDP im Wahlkreis 61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II. Ohne Ausnahme schnitt die FDP in allen Wahlkreisen des Landes Brandenburg gegenüber allen bisherigen Bundestagswahlen (2002, 1998, 1994) jeweils mit einem Zweitstimmengewinn ab.

Auch der Zweitstimmenanteil der Partei **GRÜNE** am Wahlergebnis in Brandenburg lag mit 5,1 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt (8,1 Prozent). Im Vergleich zu 2002 stieg der Stimmenanteil gering um 0,6 Prozentpunkte an. Der größte Stimmenzuwachs von 1,2 Prozentpunkt wurde im Wahlkreis 64 Cottbus – Spree-Neiße erreicht und übersteigt den Landeszuwachs um 0,6 Prozentpunkte. So wie die FDP gehörte auch die Partei **GRÜNE** in allen Wahlkreisen des Landes Brandenburg gegenüber allen bisherigen Bundestagswahlen (2002, 1998 und 1994) zu den Zweitstimmengewinnern.

Der Stimmanteil der **sonstigen Parteien** nahm gegenüber der Bundestagswahl 2002 um 1,3 Prozentpunkte zu und lag mit 5,1 Prozent um 1,2 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 3,9 Prozent.

Wahlergebnisse bei Erststimmen: Die Wahlkreisbewerber der großen Parteien SPD, CDU und Die Linke. erhielten bei der Bundestagswahl 2005 im Land Brandenburg mehr Erststimmen als ihre Parteien Zweitstimmen. Bei der SPD ist der Abstand zwischen dem Erststimmenanteil der Direktkandidaten und dem Zweitstimmenanteil der Partei mit ca. 3 Prozentpunkten am größten. Die SPD-Direkt-Kandidaten erhielten im Land Brandenburg 38,9 Prozent aller Erststimmen. Der Stimmenanteil lag 3,1 Prozentpunkte über dem Zweitstimmenanteil der SPD. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 wurden von den Direktkandidaten der SPD 6,3 Prozentpunkte weniger bei den Erststimmen erzielt. Die Kandidaten der CDU erhielten 22,9 Prozent aller gültigen Erststimmen, das waren 2,3 Prozentpunkte mehr als der Zweitstimmenanteil der Partei

CDU. Auch die Direktkandidaten der CDU erhielten gegenüber 2002 weniger Erststimmen (-0,3 Prozentpunkte). Die Linke. hatte 27 Prozent aller Erststimmen Brandenburgs gewonnen. Ihre Direktkandidaten gewannen 2005 im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 immerhin 6,4 Prozentpunkte mehr an Erststimmen der Wählerinnen und Wähler.

Die SPD erzielte bei der Bundestagswahl 2005 seit der Bundestagswahl 1994 in allen Wahlkreisen des Landes Brandenburg die meisten Erststimmen. In jedem Wahlkreis Brandenburgs wurde somit ein Direktkandidat aus der SPD gewählt. Die CDU konnte seit der Bundestagswahl 1994 in keinem Wahlkreis über die Erststimmen gewinnen.

Das landesbeste Erststimmenergebnis von ca. 42,8 Prozent erzielte 2005 der Kandidat der SPD im Wahlkreis 62 Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz. Sein Stimmenanteil lag 3,9 Prozentpunkte höher als das Landesergebnis und fiel um 5,8 Prozentpunkte höher als der Anteil der Zweitstimmen der SPD (36,9 Pro-

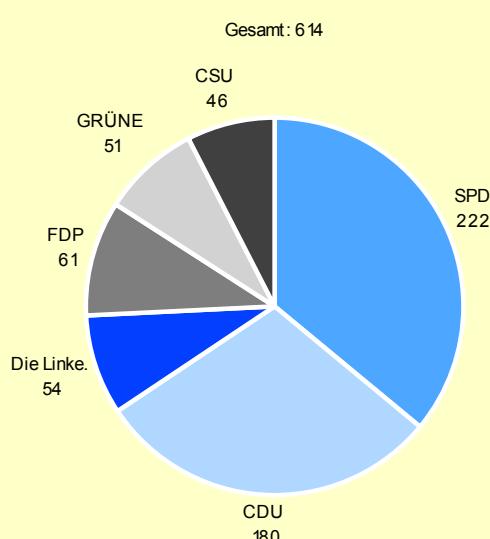
zent) im Wahlkreis aus. Bei der Bundestagswahl 2002 wurde mit 49,3 Prozent das beste Erststimmenergebnis vom Kandidaten der SPD im Wahlkreis 57 Uckermark – Barnim I erreicht.

Vertretung im 16. Deutschen Bundestag

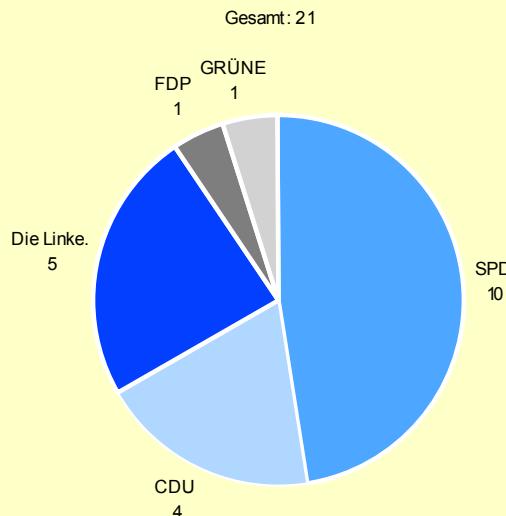
Insgesamt sind 21 Abgeordnete des Landes Brandenburg im 16. Deutschen Bundestag vertreten. Davon wurden 10 Abgeordnete direkt in den Wahlkreisen und 11 Abgeordnete über die Landeslisten gewählt. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 hat sich die Anzahl der über die Landeslisten erzielten Mandate der Parteien vergrößert.

Die SPD hat im Land Brandenburg alle Direktmandate errungen und zog unverändert zu 2002 mit zehn Direktmandaten in den Bundestag ein. Die CDU vertritt das Land ebenso unverändert mit vier Landeslisten-Abgeordneten. Die Parteien FDP und GRÜNE kamen ebenso unverändert auf jeweils ein Landeslisten-Mandat.

Sitzverteilung im 16. Deutschen Bundestag



Mandate der Brandenburger Parteien im 16. Deutschen Bundestag



Erzielte Sitze der Brandenburger Parteien im Deutschen Bundestag von 1990 – 2005

Jahr der Bundestagswahl	Insgesamt	Partei				
		SPD	CDU	Die Linke. ¹⁾	FDP	GRÜNE
erzielte Sitze im Wahlkreis						
1990	12	5	7	–	–	–
1994	12	12	–	–	–	–
1998	12	12	–	–	–	–
2002	10	10	–	–	–	–
2005	10	10	–	–	–	–
erzielte Sitze über die Landesliste						
1990	10	2	1	3	2	2
1994	11	–	6	4	1	–
1998	11	–	5	4	1	1
2002	6	–	4	–	1	1
2005	11	–	4	–	1	1
erzielte Sitze insgesamt						
1990	22	7	8	3	2	2
1994	23	12	6	4	1	–
1998	23	12	5	4	1	1
2002	16	10	4	–	1	1
2005	21	10	4	5	1	1

1) Die Linke. bis zur Namensänderung durch Parteitagsbeschluss vom 17.07.2005 unter PDS angetreten

Erstmals seit 1990 ist die Partei Die Linke. des Landes Brandenburg im 16. Deutschen Bundestag mit fünf Abgeordneten vertreten. Bei den Bundestagswahlen 1998 und 1994 gewann die PDS über die Landeslisten jeweils vier Mandate. Bei der Bundestagswahl 2002 konnte sie dagegen kein einziges Bundestagsmandat erringen.

Der Gesamtanteil der Bundestagssitze der Brandenburger Abgeordneten an der Gesamtzahl der Sitze im 16. Deutschen Bundestag (614 Sitze) liegt bei 3,4 Prozent. Auf das Land Brandenburg fallen dabei 4,5 Prozent aller Mandate der SPD, 1,8 Prozent der Mandate der CDU/CSU, 9,3 Prozent der Mandate der Partei Die Linke., 2 Prozent der Mandate der Partei GRÜNE und 1,6 Prozent der Mandate der FDP.

Dr. oec. Nina Goppold



Todesursachen 1904 und 2004

Beim Vergleich der Statistiken zu den Todesursachen der Jahre 1904¹⁾ und 2004 werden Veränderungen in der Systematik und in der statistischen Aussage deutlich sichtbar. Einige Todesursachen sind heute fast vollständig verschwunden (Tuberkulose, Typhus, Kind- oder Wochenbett u. a.). Die Erkrankungen des Kreislaufs und die Neubildungen bzw. die Krebskrankheit sind – vorsichtig ausgedrückt – nach wie vor nicht besiegt.

Beim Vergleich der beiden Tabellen ist zu beachten, dass Preußen gegen Ende des Jahres 1904 – auf der Basis einer arithmetischen Interpolation der damals alle 5 Jahre stattfindenden Volkszählungen – 36 729 161 Einwohner hatte und Brandenburg am 31.12.2004 – aufgrund der Bevölkerungsfortschreibung – auf 2 567 704 Personen kam. Das sind fast sieben (oder genau 6,99) Prozent.

Jürgen Hübner



Todesursachen.	unter bis 1 Jahr	Gestorbene im Alter						Summe der Gestor- benen ¹⁾
		über 1 bis 15	über 15 bis 30	über 30 bis 60	über 60 bis 70	über 70		
		Jahre						
1	2	3	4	5	6	7	8	
1. Angeborene Lebensschwäche u. Bildungsfehler	45 145	—	—	—	—	—	—	45 145
2. Altersschwäche (über 60 Jahre).	—	—	—	9 733	63 574	73 331	—	—
3. Im Kindbett gestorben.	—	1 848	2 543	—	—	—	—	4 395
darunter: Kindbettfieber.	—	1 030	1 072	—	—	—	—	2 103
4. Scharlach.	983	8 897	245	75	1	1	10 202	—
5. Masern und Röteln.	2 541	4 803	16	5	2	—	7 367	—
6. Diphtherie und Krapp.	2 229	11 645	211	63	10	4	14 162	—
7. Keuchhusten.	7 806	4 228	2	4	5	6	12 051	—
8. Typhus.	49	651	1 032	964	128	43	2 867	—
9. Übertragbare Tierkrankheiten.	—	6	2	16	2	1	27	—
10. a) Rose (Erysipel).	398	62	90	461	158	157	1 326	—
b) Andere Wundinfektionskrankheiten.	533	359	367	834	178	117	2 388	—
11. Tuberkulose.	3 333	8 917	19 259	29 495	6 218	2 093	69 326	—
12. Lungenentzündung (Pneumonie).	12 698	14 165	2 629	12 043	7 412	5 863	54 815	—
13. Influenza.	276	311	158	916	984	1 150	3 796	—
14. Andere übertragbare Krankheiten.	558	229	83	146	38	19	1 073	—
darunter: Venerische Krich.	380	21	17	72	14	2	506	—
15. Krankheiten der Atmungsorgane (ausschl. Nr. 6, 7, 11, 12, 13 und 20).	7 786	5 739	2 033	8 246	7 044	5 652	36 501	—
16. Krankheiten der Kreislaufforgane (Herz usw.).	3 278	3 102	3 078	15 200	10 772	9 903	45 340	—
17. a) Gehirnschlag.	2 138	570	413	5 670	5 770	6 948	21 519	—
b) Andere Krankheiten des Nervensystems.	3 733	7 881	2 190	5 645	1 880	1 101	22 432	—
18. Krankheiten d. Verdauungsorgane (ausschl. Nr. 11 u. 20).	60 019	10 997	2 378	8 253	4 572	2 862	89 082	—
darunter:								
a) Magen- und Darmkatarrh.	3 0376	5 532	139	623	437	504	37 611	—
b) Brachydurchfall.	27 194	3 096	34	98	47	48	30 517	—
19. Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane (ausschl. Nr. 3 und 20).	425	1 599	1 102	4 478	2 146	1 596	11 347	—
20. a) Krebskrankheit.	19	83	261	10 567	7 335	4 320	22 586	—
b) Andere Neubildungen.	68	196	259	1 194	447	299	2 464	—
21. a) Selbstmord.	—	66	1 759	3 914	940	560	7 290	—
b) Mord und Totschlag.	148	53	254	213	19	11	709	—
c) Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkung.	297	3 412	3 148	4 685	1 004	708	13 357	—
22. Andere benannte Todesursachen.	67 523	15 379	1 572	7 801	5 029	3 344	100 660	—
darunter: Alkoholismus (Säuferwahnseins).	—	—	62	772	135	25	1 001	—
23. Todesursache nicht angegeben und unbekannt.	11 854	4 435	1 035	3 517	2 454	3 225	26 589	—
Gestorbene überhaupt.	233 842	107 786	45 424	126 948	74 281	113 557	702 147	—

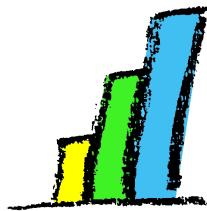
¹⁾ Die unbekannten Alters Gestorbenen sind in den Hauptzahlen enthalten.

1) Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, Berlin 1905, S. 30

Gestorbene 2004 nach Diagnoseklassen, Altersgruppen und Geschlecht²⁾

Pos.-Nr. der ICD-10	Diagnoseklasse	Insgesamt	im Alter von ... bis unter ... Jahren								
			unter 15	15 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 70	70 - 80	80 - 90	90 und älter
A00 - B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	i m w	150 84 66	2 1 1	1 4 —	4 5 —	6 11 1	12 20 13	33 26 23	49 13 19	32 13 8
C00 - D48	Neubildungen	i m w	7 346 4 025 3 321	8 6 2	24 17 29	65 36 150	350 200 262	717 455 762	2 071 1 309 991	2 308 1 317 827	1 370 543 433
D50 - D89	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	i m w	62 19 43	1 — 1	— — —	1 1 —	1 3 —	5 5 2	9 4 4	14 4 10	23 4 19
E00 - E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	i m w	534 196 338	— — —	3 1 2	10 8 9	27 18 8	25 17 8	78 50 28	124 58 66	185 33 152
F00 - F99	Psychische und Verhaltensstörungen	i m w	206 165 41	— — —	4 4 5	13 8 11	63 52 11	56 51 5	44 38 6	18 12 6	5 — 5
G00 - G99	Krankheiten des Nervensystems	i m w	374 177 197	7 2 5	11 5 6	10 6 4	23 16 7	29 18 11	74 46 28	95 44 51	90 31 59
I00 - I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	i m w	12 030 4 885 7 145	5 4 1	14 7 7	51 36 15	282 234 48	471 379 92	1 513 1 066 447	3 044 1 541 1 503	3 906 2 744 2 244
J00 - J99	Krankheiten des Atmungssystems	i m w	1 528 738 790	2 1 1	3 1 2	2 2 —	21 14 7	46 34 12	208 142 66	445 142 183	473 262 286
K00 - K93	Krankheiten des Verdauungssystems	i m w	1 591 899 692	1 1 —	8 7 1	46 37 9	188 139 49	249 182 67	362 245 117	328 190 138	279 71 208
L00 - L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	i m w	2 2 —	— — —	— — —	— — —	— — —	1 1 —	— — —	— — —	1 1 —
M00 - M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	i m w	33 14 19	— — —	— — —	— — —	1 1 —	1 — 1	9 4 5	9 6 3	9 1 8
N00 - N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	i m w	365 147 218	— — —	1 1 1	— — —	6 5 1	13 8 5	55 30 25	95 48 47	134 35 99
O00 - O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	i m w	2 — 2	— — —	1 — 1	— — —	1 — 1	— — —	— — —	— — —	— — —
P00 - P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	i m w	42 20 22	41 19 22	1 1 —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —	— — —
Q00 - Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	i m w	35 19 16	18 11 7	6 4 2	1 1 —	1 — 1	2 — 2	3 2 3	2 1 —	1 1 —
R00 - R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die ansonsten nicht klassifiziert sind	i m w	314 207 107	14 11 3	8 4 4	25 18 7	49 38 11	52 40 12	65 49 16	50 28 22	33 11 22
S00 - T98	Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	i m w	1 245 822 423	17 6 11	165 141 24	109 90 19	208 169 39	158 122 36	167 124 43	160 101 59	170 43 127
A00 - T98	Todesursachen insgesamt	i m w	25 859 12 419 13 440	116 62 54	250 193 57	337 246 91	1 227 892 335	1 837 1 321 516	4 691 3 128 1 563	6 741 3 639 3 102	6 710 2 091 4 619
											3 950 847 3 103

2) Quelle: Statistischer Bericht A IV 3 – j / 04, Sterbefälle nach Todesursachen einschließlich vorsätzlicher Selbstbeschädigung im Land Brandenburg 2004



Daten + Analysen

Jahres-Inhaltsverzeichnis 2005

	Heft	Seite
Allgemeine Fragen der Statistik		
Die Umgestaltung der laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005	I	16
Neukonzeption des Gemeindeverzeichnisses GV 2000	I	20
Leben in Europa	I	25
Amtliche Mikrodaten für die wissenschaftliche Forschung	I	64
Weiterentwicklung der amtliche Statistik – auch für die Kommunen?	II	51
Druck- und Nachbereitungszentrum im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg	II	53
Statistischer Auskunftsdiest im Informationsmanagement	II	56
Metadaten – Eine Grundlage für die Auswertung amtlicher Statistiken durch die Wissenschaft	III	38
Das brandenburgische Eingangs-Kontroll-System	IV	70
Präsident des LDS Brandenburg Arend Steenken im Ruhestand	IV	81
Bevölkerung		
Wanderungsgewinne und -verluste in den Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands	II	58
Bildung und Kultur		
Brandenburgische Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Schuljahren 1995/1996 bis 2004/2005	IV	38
Ausbildungsförderung im Land Brandenburg 2004	IV	43
Energie		
Die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs und der Kohlendioxid-Emissionen im Land Brandenburg von 1990 bis 2002	I	47
Erwerbstätigkeit		
Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt – die Statistik und die Berichterstattung	II	46
Gleichstellung von Frauen und Männern in Ausbildung und Beruf?	IV	60
Gesundheit		
Inanspruchnahme vollstationärer Krankenhausleistungen im Land Brandenburg im Jahr 2004	IV	55

Haushalt und Familie

Wohnsituation privater Haushalte im Land Brandenburg	I	30
Geldvermögen und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte im Land Brandenburg	II	22
Haus- und Grundbesitz privater Haushalte im Land Brandenburg	II	31
Neue Lebensformen gewinnen immer mehr an Gewicht	II	40
Online-Erhebung bei privaten Haushalten	III	34

Historisches

Viehzählung am 1.12.1904 und Bevölkerung am 1.12.1900	I	62
1905 Wohnungswechsel und Multikulti in Preußen	II	64
Sterbetafel 1891/1900 und 2001/2003	III	50
Abschluss der Gemeindegebietsreform ermöglicht Neuauflage des „Historischen Gemeindeverzeichnisses“ des Landes Brandenburg	IV	73
Volkszählung am 1. Dezember 1905	IV	78

Land- und Forstwirtschaft

Raps – eine Ölpflanze mit Zukunft – Teil I	IV	18
--	----	----

Löhne und Gehälter

Verdienstentwicklung im Handwerk des Landes Brandenburg 2004 gegenüber 2000	I	38
---	---	----

Produzierendes Gewerbe und Bautätigkeit

Die Entwicklung des Wirtschaftszweiges „Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden“ im Land Brandenburg in den Jahren 1995 bis 2004	III	31
---	-----	----

Regionenvergleich

Wie attraktiv sind Brandenburgs kreisfreie Städte?	I	48
--	---	----

Umwelt

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen im Land Brandenburg	IV	47
--	----	----

Verkehr und Dienstleistungen

Ergebnisse der Strukturstatistik im Dienstleistungsbereich für die Jahre 2001 bis 2003	III	22
Verkehrsunfallgeschehen 2004	III	43

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Wirtschaftstrends im Überblick – November 2004	I	12
Wirtschaftstrends im Überblick – Februar 2005	II	12
Wirtschaftstrends im Überblick – Mai 2005	III	11
Die Wirtschaft im Land Brandenburg bis zum Jahr 2004	III	15
Wirtschaftstrends im Überblick – August 2005	IV	13

Wahlen

Rückblick auf die Landtagswahl am 19.09.2004	II	16
--	----	----

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam
Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 – 444
Fax: 0331 39 – 418
Internet: www.lbs-bb.de
E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

ISSN 1617 - 2809

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im Februar 2006

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.
Medium der Veröffentlichungen:  - Print,  - Disketten,  - CD-ROM, [www](http://www LDS-BB.de) - kostenloser Download unter [www.LDS-BB.de/ldsbb/download](http://www LDS-BB.de).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR		
		www		 / 
	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene			
A II 1 - m 10/05	- Oktober 2005	X	5,15	20,00
A II 1 - m 11/05	- November 2005	X	5,15	20,00
A II 2 - j/05	Gerichtliche Ehelösungen 2005	X	6,00	20,00
A V 1 - j/05	Gebiets- und Namensänderungen 01.01.2005 bis 01.01.2006	X	5,30	20,00
A VI 7 - m 12/05	Arbeitsmarkt, Dezember 2005	X	6,35	20,00
C I 1 - j/05	Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe 2005, Endgültiges Ergebnis	X	5,25	20,00
C III 1/2 - j/05	Viehbestände am 03. Mai 2005, Repräsentative Erhebung - Endgültiges Ergebnis	X	5,30	20,00
C III 1/3 - j/05	Viehbestände am 03. Mai 2005, Rinder und Schweine, Repräsentative Erhebung	X	5,20	20,00
	Milcherzeugung und Milchverwendung			
C III 3 - m 05/05	- Mai 2005	X	5,15	20,00
C III 3 - m 06/05	- Juni 2005	X	5,15	20,00
C III 3 - m 07/05	- Juli 2005	X	5,15	20,00
C III 3 - m 08/05	- August 2005	X	5,15	20,00
C III 3 - m 09/05	- September	X	5,15	20,00
C III 3 - m 10/05	- Oktober	X	5,15	20,00
C III 6; 7 - vj 4/2005	Legehennenhaltung, Eiererzeugung und Schlachtungen von Geflügel 2005	X	5,35	20,00
	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
E I 1; 3 - m 12/05	- Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, Dezember 2005	X	7,15	20,00
E I 2 - m 12/05	- Produktionsindex, Dezember 2005	X	5,70	20,00
E II 1 - m 12/05	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)			
	- Dezember und Jahr 2005	X	6,15	20,00
E III 1 - vj 4/05	Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe 4. Vierteljahr und Jahr 2005	X	5,45	20,00
G I 1 - m 12/05	Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel sowie Kraftfahrzeughandel -Messzahlen-			
	- Dezember 2005, Vorläufiges Ergebnis	X	5,40	20,00
	Aus- und Einfuhr			
G III 1; 3 - m 11/05	- November 2005, Vorläufige Ergebnisse		3,30	
G III 1; 3 - m 12/05	- Dezember 2005, Vorläufige Ergebnisse		3,30	
G IV 3 - m 12/05	Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe -Messzahlen-			
	- Dezember 2005, Vorläufiges Ergebnis	X	5,50	20,00
	Straßenverkehrsunfälle			
H I 1 - m 12/05	- Dezember 2005, Vorläufiges Ergebnis	X	5,15	20,00
H I 1 - m 12/05	- Dezember 2005, Endgültiges Ergebnis		3,30	
H I 1 - j/05	- Endgültiges Ergebnis 2005		10,10	
H I 4 - vj 4/05	Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 4. Vierteljahr 2005	X	5,15	20,00
M I 2 - m 02/06	Verbraucherpreisindex, Februar 2006	X	6,45	20,00
Verzeichnis	Verzeichnis der Ämter, Gebietsstand: 01.01.2006		6,25	21,25
Verzeichnis	Verzeichnis der allgemein bildenden Schulen 2005/2006		11,50	26,50

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“						
Heft	Themenhefte	Preis		Heft	Quartalshefte	Preis
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR		I/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR		II/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 - 2000	3,00 EUR		III/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2003	Frauen in Brandenburg	6,25 EUR		IV/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2004	Jahresbericht 2003	7,00 EUR		I/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2004	Registergestützter Zensustest	5,20 EUR		II/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
3/2004	Kinder in Brandenburg	5,90 EUR		III/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2005	Hochschulen in Brandenburg	4,90 EUR		IV/2004	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2005	Jahresbericht 2004	7,00 EUR		I/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
3/2005	Familien in Brandenburg	13,80 EUR		II/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
				III/2005	Quartalsheft	4,00 EUR
				IV/2005	Quartalsheft	4,00 EUR

Statistisches Jahrbuch 2005 für das Land Brandenburg



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik gibt im November das Statistische Jahrbuch 2005 für das Land Brandenburg heraus. Mit diesem Nachschlagewerk erhält der Leser auf über 600 Seiten einen Informationsquerschnitt über alle Lebensbereiche von A wie Ausbildung bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Das Statistische Jahrbuch gehört zu den bekanntesten und am meisten gefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet aktuelle Zahlen und Fakten über das Land Brandenburg, seine Landkreise und kreisfreien Städte, zum Teil mit Vergleichen aus den Vorjahren. Ein Ländervergleich bietet die Möglichkeit, das Land Brandenburg zu den anderen Bundesländern bzw. dem bundesdeutschen Durchschnitt in Relation zu setzen.

Das Buch (ISBN 3-931767-20-5) kostet 20,00 EUR und ist zum gleichen Preis auch als CD (ISBN 3-931767-21-3) erhältlich. Buch und CD zusammen (ISBN 3-931767-22-1) kosten 30,00 EUR.

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam

0331 39 - 418

E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lbs-bb.de